

## Beschluss (vorläufig)

D – Was Freiheit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

### Antragstext

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die  
2 Europäer\*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute  
3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,  
4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor  
5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass  
6 alle Bürger\*innen der EU ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis  
7 nach Brüssel.

8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und  
9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;  
10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt  
11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir  
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht  
14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre  
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch  
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger\*innen zu  
17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das  
18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,  
20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme  
21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess  
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern  
23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer  
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig  
25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Mit der Kraft des Wortes und der Diskussion  
26 steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt,  
27 aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

28 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung  
29 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, gehört zu den größten politischen Erfolgen der  
30 Weltgeschichte. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist\*innen aller Art:  
31 Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien  
32 mundtot machen will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will –  
33 für den ist die EU ein Dorn im Auge.

34 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,  
 35 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.  
 36 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen  
 37 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die  
 38 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger\*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.  
 39 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger\*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das  
 40 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU  
 41 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die nötige  
 42 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht  
 43 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

44 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine  
 45 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von  
 46 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,  
 47 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Und auch solange trans, inter und  
 48 nichtbinäre Menschen diskriminiert werden, können noch nicht alle gleichberechtigt  
 49 teilhaben. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren Zusammenhalt  
 50 indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären. Das schwächt uns alle und  
 51 droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein vielfältiges  
 52 Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. Wir  
 53 stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil wir  
 54 die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie  
 55 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei  
 57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa  
 58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen  
 59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit  
 60 Geflüchteten. Wir wollen Schutz bieten für Menschen, die vor Krieg und politischer  
 61 Verfolgung fliehen müssen. Wir wollen Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die als  
 62 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum Erfolg unserer  
 63 Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können. Migration ist nicht nur  
 64 Triebfeder für Fortschritt, sie ist auch eine Kraftanstrengung. Menschen kommen nach Europa  
 65 mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Gesellschaftsbildern. Wir wollen uns  
 66 dieser großen Herausforderung politisch stellen. Damit das gelingt, braucht es die  
 67 Bereitschaft, gemeinsam Einwanderungsgesellschaften auf Grundlage europäischer  
 68 Wertvorstellungen zu gestalten. Das gilt für die Menschen, die hier leben, ebenso wie für  
 69 diejenigen, die nach Europa kommen und teilweise völlig andere Wertvorstellungen haben.

70 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft  
 71 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein  
 72 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents  
 73 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen  
 74 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet und sich nicht abschottet. Dieses  
 75 Europa wollen wir sein.

## 76 **1. Demokratische Institutionen**

### 77 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

78 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit  
 79 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in  
 80 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der  
 81 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und  
 82 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen, Frauen-, Minderheiten- und LGBTIQ\*  
 83 Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen,

84 bereiten sie den Weg für Diskriminierung. Damit schwächen sie die EU. Deshalb ist es  
85 unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und schneller  
86 genutzt und weiterentwickelt werden.

87 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz  
88 bieten.. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist ihre  
89 Schutzwirkung bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für rein nationales  
90 Handeln der Mitgliedstaaten gelten und dort einklagbar werden. Wenn eine Regierung die  
91 Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt  
92 werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen  
93 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen  
94 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

95 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der  
96 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht  
97 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter  
98 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche  
99 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch  
100 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen  
101 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel  
102 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,  
103 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im  
104 Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr  
105 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

106 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer  
107 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer Steuergelder  
108 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter  
109 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine  
110 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.  
111 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das  
112 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren  
113 werden.

114  
115 Bei Vertragsverletzungsverfahren setzen wir auf klare Regeln und mehr Transparenz. Die  
116 Kommission wird ihrer Rolle als Hüterin der Verträge dann gerecht, wenn Recht eingehalten  
117 wird. Verspätete Durchsetzung von EU-Recht schadet allen.

118 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und  
119 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller  
120 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen  
121 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle  
122 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert\*innen-Kommission, die die  
123 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen  
124 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei  
125 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden  
126 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber  
127 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden  
128 können.

### 129 **Mehr Demokratie wagen**

130 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe  
131 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das  
132 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie

133 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder  
134 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig  
135 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse  
136 einzuberufen und Zeug\*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der  
137 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder  
138 entlassen können.

139 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr  
140 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen  
141 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

142 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das  
143 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil  
144 der gesetzgebenden Gewalt werden.

145 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle  
146 Parteien Spitzenkandidat\*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische  
147 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind  
148 bei der Europawahl bislang nur Kandidat\*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das  
149 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfes ändern. Ein Teil der Abgeordneten  
150 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische  
151 transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder regionalen  
152 Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar werden.  
153 Wir treten außerdem dafür ein, dass das Europäische Parlament Frauen und unterrepräsentierte  
154 Gruppen besser abbildet.

155 Wir treten dafür ein, Wahlhürden zu senken. Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in der EU  
156 hat, muss sich dort auch politisch einbringen können. Unionsbürger\*innen sollen an ihrem  
157 ständigen Wohnsitz in der Union mitwählen können, und nicht nur für Kommunalparlamente und  
158 das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen. Wer in  
159 Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, hier an  
160 allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung  
162 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg. Wir wollen,  
163 dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir auf  
164 Basis einer unmittelbar an die Europawahl anschließenden Evaluation das Wahlalter ggf.  
165 weiter absenken.

166 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger\*innen im Europäischen Parlament wollen  
167 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen. Im Parlament werden wir darüber  
168 hinaus darauf hinwirken, dass den Abgeordneten mehr Zeit für die Arbeit in ihren  
169 Heimatregionen zur Verfügung steht, um vor Ort ansprechbar zu sein.

170 Mit dem Europäischen Bürger\*innenforum, das erstmals in dieser Legislatur als  
171 Zukunftskonferenz stattgefunden hat, können europäische Bürger\*innen, die nach dem  
172 Zufallsprinzip und repräsentativ aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in  
173 einem Bürger\*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Wir wollen dieses  
174 Instrument fest verankern, digitale Teilnahme ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass die  
175 Vorschläge der Bürger\*innen auch umgesetzt werden.

176 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger\*innen direkt ein Thema auf die  
177 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und  
178 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein  
179 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie

180 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator\*innen einer EBI sollen als  
181 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger\*innenforum einberufen können.

### 182 **Handlungsfähiger werden**

183 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU  
184 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen  
185 Entscheidungen schneller ermöglichen, etwa durch Anwendung der Passerelle-Klausel. Wo bisher  
186 noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht  
187 blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden.  
188 Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden  
189 und respektiert werden.

190 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten  
191 Zusammenarbeit besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von mindestens neun EU-  
192 Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und gemeinsam Projekte  
193 anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wichtig für  
194 uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen  
195 Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

196 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die  
197 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf  
198 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-  
199 Bürger\*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft  
200 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger\*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen  
201 Perspektiven für die EU beteiligt.

### 202 **Korruption bekämpfen**

203 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet  
204 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der  
205 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in  
206 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.  
207 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das  
208 dringlicher denn je. Die Ausweitung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung- und  
209 bestechlichkeit auf EU-Ebene unterstützen wir.

210 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei  
211 rechtskräftig festgestellten Verstößen müssen finanzielle Strafen zügig durchgesetzt werden.  
212 Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf  
213 allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die  
214 auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“  
215 sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess  
216 eingebracht wurden.

217 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde  
218 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel  
219 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an  
220 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle. Dass Europaabgeordnete jetzt  
221 ihre Vermögensverhältnisse gegenüber dem Parlament und Ermittlungsbehörden offen legen  
222 müssen, erschwert Korruption. Wir wollen dies transparent machen, so wie es bereits in  
223 vielen Mitgliedstaaten der Fall ist.

224 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und  
225 Geldgeber\*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei  
226 der Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im  
227 demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

228 Der rechtliche Rahmen zur Einziehung von Vermögenswerten, die durch Korruption erworben  
229 wurden oder aus Erträgen, die aus diesem illegalen Vermögen stammen, soll weiter gestärkt  
230 werden.

## 231 **2. Feminismus**

### 232 **Europa zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung machen**

233 Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, selbstbestimmt leben  
234 und gleichberechtigt teilhaben können. Strukturelle Benachteiligung und  
235 geschlechterspezifische Diskriminierung hindern insbesondere Frauen, trans, inter und  
236 nichtbinäre Menschen daran. Unsere Antwort darauf ist ein Feminismus, der alle Menschen und  
237 Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.

238  
239 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben können.  
240 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu  
241 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.  
242 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften  
243 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem  
244 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf  
245 Schwangerschaftsabbruch, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen  
246 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von Frauen,  
247 insbesondere aus marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel queeren Frauen, werden offen  
248 infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt und  
249 die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen in Frage gestellt. Dem treten wir mit  
250 aller Macht entgegen.

251 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem  
252 Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union  
253 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und  
254 ausbauen. Dafür braucht es größeres Wissen, mehr Daten und wissenschaftliche Expertise. Auch  
255 deshalb werden wir die Gender-Studies weiter fördern und gegen Angriffe verteidigen.

256 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und  
257 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden  
258 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen  
259 Gleichberechtigung voranzukommen.

260 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen  
261 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt. Dazu  
262 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung  
263 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den  
264 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur  
265 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der  
266 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-  
267 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir. Der Zugang zu Monatshygieneprodukten ist  
268 Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir ihn verbessern.

### 269 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

270 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als  
271 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie  
272 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft  
273 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu  
274 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

275 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,  
276 klappt in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar

277 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein  
278 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,  
279 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die  
280 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese  
281 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen  
282 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch  
283 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von  
284 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

285 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen  
286 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine  
287 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,  
288 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die  
289 Partner\*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die  
290 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der  
291 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Wir dringen weiter auf die Umsetzung und  
292 Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit zu  
293 nehmen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine  
294 effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von  
295 Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer  
296 wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber  
297 nicht zu.

298 Besonders auffällig ist der europaweit geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der  
299 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Auch wenn hier die Zahl der  
300 Studienanfängerinnen steigt, spiegelt sich das nicht in den wissenschaftlichen Laufbahnen  
301 wider. Das muss sich ändern, denn angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist es  
302 geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir Frauen und  
303 Mädchen aktiv fördern und damit zeitgleich das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich  
304 verbessern. Außerdem fordern wir auf EU-Ebene bessere Finanzierungsmöglichkeiten für  
305 Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch  
306 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds,  
307 aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

### 308 **Gewaltschutz durchsetzen**

309 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von  
310 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen  
311 sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird. Ein  
312 wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen - insbesondere von  
313 Müttern und ihren Kindern, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und  
314 somit eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-  
315 Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur  
316 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die  
317 Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis  
318 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn,  
319 Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es  
320 ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention  
321 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen  
322 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht  
323 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Betroffene  
324 sowie Notrufstellen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume,  
325 insbesondere  
326 auch für trans, inter und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden. Nun

327 muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
328 häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass  
329 die Istanbul-Konvention auch im Hinblick auf die Schutzbedarfe von trans, inter, lesbischen  
330 und nichtbinären Menschen umgesetzt wird.

331 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns  
332 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Damit  
333 diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können braucht es  
334 niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und unterstützender  
335 Hilfestrukturen.

336 Auch Sexarbeiter\*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt, Stigmatisierung und  
337 Kriminalisierung.

### 338 **Frauenrechte stärken und Menschenhandel bekämpfen**

339 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein  
340 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form des  
341 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden  
342 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als  
343 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind  
344 EU-Bürger\*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

345 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum  
346 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Um Frauen  
347 besser vor Menschenhandel und vor Gewalt zu schützen, wollen wir ihre Rechte stärken. Dies  
348 tun wir, indem wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür  
349 stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang  
350 zu Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den  
351 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der  
352 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel abzuschieben, ist  
353 falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme  
354 schützen. Dies würde auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft führen  
355 und die Strafverfolgung der Täter\*innen erleichtern.

### 356 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

357 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht  
358 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir  
359 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir  
360 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Die  
361 Kommission muss nun durch regelmäßige Überprüfungen das Erreichen der entsprechenden Quoten  
362 sicherstellen. Denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in  
363 Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU  
364 selbst. Auch die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

365 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein  
366 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es  
367 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der  
368 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach  
369 Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Transparenz  
370 auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung für alle  
371 Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der  
372 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine  
373 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.  
374 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage  
375 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

### 3. Europas Vielfalt

#### Zivilgesellschaft stärken

Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus. Queere und nicht-queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist\*innen und religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil Menschen in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Religionsgemeinschaften eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich abgesichert arbeiten können.

Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die Diskriminierung, wie Antisemitismus, Rassismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und vor allem auch in Staaten aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenrechte besonders unter Druck stehen. Denn die Werte der Grundrechtecharta, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit, müssen wir auch in der EU stärken und sichern.

Wir treten der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen entschieden entgegen und setzen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen innerhalb der EU ein.

Religion und Glauben sind Bestandteil unserer Kulturen und haben integrative Kraft für breite Teile der Gesellschaft. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, Nicht-Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

#### Diskriminierung überwinden

Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innen-Rechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Doch noch immer sind Menschen in Europa aufgrund von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir wollen Diskriminierungen auf allen Ebenen abbauen. Um das Versprechen des vielfältigen Europas der Teilhabe einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen. Dabei wollen wir den Blick besonders auf Mehrfachdiskriminierungen lenken.

Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben. Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen

425 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie  
426 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es  
427 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten  
428 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir  
429 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie  
430 dabei zu unterstützen. Als Europäer\*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in  
431 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar  
432 zu machen und zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der Kultur zu. Die  
433 Perspektiven jüdischer Künstler\*innen sind wichtiger Bestandteil einer europäischen Kultur.  
434 Diskriminierung und Boykotten gegen Jüdinnen und Juden muss daher entschieden  
435 entgegengetreten werden. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und  
436 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und  
437 kulturelle Bildungsangebote fördern.

438 Muslim\*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben  
439 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen  
440 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der  
441 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

442 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei  
443 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden  
444 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die  
445 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Rassismus gegen Sinti\*innen und Rom\*innen gefördert  
446 werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem  
447 Expert\*innen, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale  
448 Gebietskörperschaften an. Wir setzen uns für die Einführung von verbindlichen Gesetzen zur  
449 Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe ein.

450 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem  
451 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen  
452 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat das Potenzial, den Schutz gegen  
453 Diskriminierung, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, einer rassistischen Zuschreibung,  
454 der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Alters, zu verbessern. Dies wollen  
455 wir konsequent nutzen. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie  
456 Schutzlücken zu schließen, wollen wir, unter anderem, dass die 5.

457 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Auch Deutschland soll seinen  
458 Vorbehalt aufgeben. Wir stehen fest an der Seite von Menschen, die aufgrund von  
459 Diskriminierung Gewalt erfahren und wollen sie beispielsweise durch den Zugang zu  
460 rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung unterstützen. Die systematische  
461 Erfassung von Diskriminierungsfällen wollen wir europaweit stärken, um die europäische  
462 Antidiskriminierungsarbeit zielgenau und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln.

463  
464 Wir wollen die Forschung zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel  
465 anti-Schwarzen Rassismus europäisch fördern. Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer  
466 Herkunft treiben wir voran. Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Antisemitismus und  
467 Diskriminierung sollen dabei unter kontinuierlicher Einbindung von Expert\*innen und  
468 Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden. Wir wollen zudem, dass die EU die  
469 Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Schulungen dabei unterstützt, diskriminierenden  
470 Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken. Das Amt der bzw. des  
471 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus  
472 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen  
473 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken. Wir  
474 brauchen zudem eine unabhängige institutionelle europäische Förderung von Nationalen

475 Minderheiten. Damit Minderheitenrechte in der EU gewährleistet werden können, soll die  
476 Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen innerhalb  
477 der EU-Kommission verbindlich geregelt sein.

478  
479 Aktuell wird die europäische Gesellschaft in ihrer Vielfalt im Personal der Europäischen  
480 Kommission nicht ausreichend abgebildet. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die Kommission  
481 als Arbeitgeberin aktiv Konzepte zur diskriminierungssensiblen Öffnung, beispielsweise bei  
482 Bewerbungsverfahren, weiterentwickelt und umsetzt.

### 483 **Queere Rechte schützen**

484 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,  
485 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele  
486 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,  
487 diese wieder zurückzudrehen. Noch immer haben queere Menschen nicht überall Zugang zu  
488 diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung, einer selbstbestimmten Änderung ihres  
489 Geschlechtseintrages oder zur Ehe. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit  
490 für lesbische, schwule, bi, trans, inter und queere Menschen (LSBTIQ\*) nicht möglich, weil  
491 ihre Rechte eingeschränkt oder sie unter anderem im Alltag angefeindet, pathologisiert oder  
492 angegriffen werden und Queerfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist.  
493 Das nehmen wir nicht hin und stellen uns diesen Versuchen klar entgegen, ganz egal aus  
494 welcher Motivation sie geschehen oder von wem sie ausgehen. Wir wollen ein Europa, das die  
495 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich anerkennt.

496 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LSBTIQ\* Freedom Zone“  
497 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat  
498 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und  
499 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LSBTIQ\*-Personen  
500 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Damit stärken wir die  
501 Community in ihrem Kampf für ihre Rechte in diesen Ländern.

502  
503 Um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen, setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ\*  
504 Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission über 2025 hinaus fortgeführt wird und  
505 wirken auf ihre Weiterentwicklung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft hin. Wir wollen  
506 eine EU-weite mehrsprachige Beratungshotline einrichten, an die sich Opfer von  
507 Queerfeindlichkeit wenden können, um niedrigschwellige Beratung zu erhalten.

508 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – zum Beispiel mit zwei  
509 Müttern, zwei Vätern, mehreren Elternteilen, alleinerziehend oder mit Mutter und Vater. Wir  
510 setzen uns für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien und für ein  
511 diskriminierungsfreies Leben von Regenbogenfamilien ein. Landesgrenzen dürfen nicht darüber  
512 entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss  
513 auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in  
514 einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft, erweiterte  
515 Sorgerechtserklärung oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt wird.

### 516 **Inklusive Gesellschaft verwirklichen**

517 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und  
518 allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent abzubauen,  
519 sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Die europäische Behindertenbewegung hat sich  
520 erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung  
521 der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle  
522 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg  
523 stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass dies endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

524 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von  
525 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insbesondere die  
526 Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Die  
527 Kommission soll die Fortschritte in den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüfen. Das  
528 Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln – denn  
529 sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten. EU-Mittel  
530 sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention  
531 entgegenstehen und Inklusionsunternehmen stärker gefördert werden.

532  
533 Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen  
534 sowie von selbstbestimmten Wohnformen ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der  
535 Gestaltung der inklusiven Gesellschaft.

536 Menschen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als nichtbehinderte Menschen.  
537 Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen in Europa gilt. Wir setzen uns  
538 dafür ein, dass Zwangssterilisationen, die insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen  
539 betreffen, in Europa beendet und unter Strafe gestellt werden.

540  
541 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit  
542 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in  
543 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben  
544 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der  
545 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland  
546 – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird. Um die Mitgliedsstaaten dabei zu  
547 unterstützen, Maßnahmen zur Barrierefreiheit kohärent umzusetzen, wollen wir ein EU-  
548 Barrierefreiheitszentrum einrichten.

549  
550 Das Amt der Gleichstellungskommissar\*in wollen wir stärken und verstetigen. Bürokratische  
551 Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an ihrer Teilhabe hindern, wollen  
552 wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.

553 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung zu garantieren, wollen  
554 wir einen niedrigschwellig beantragbaren europäischen Schwerbehindertenausweis einführen,  
555 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen  
556 durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

#### 557 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

##### 558 **Kultur als Säule der Demokratie**

559 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem  
560 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der  
561 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein  
562 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und  
563 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Eine offene und  
564 vielfältige Kultur ist der beste Schutz gegen nationalistisches Denken, Abschottung und  
565 Unfreiheit. Wegen ihrer Unverzichtbarkeit für eine gefestigte demokratische Gesellschaft  
566 werden Kultureinrichtungen und Kulturschaffende massiv von rechtsextremen Kräften unter  
567 Druck gesetzt und sogar angegriffen. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und Kultur  
568 gegen Antidemokrat\*innen und staatliche Eingriffe und unterstützen sie durch eine  
569 öffentliche Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken  
570 ermöglicht.

571 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb finanziell ausbauen und deutlich  
572 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler\*innen und  
573 Kulturveranstalter\*innen in ganz Europa zu ermöglichen. Es soll sich als Dienstleister für

574 Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.  
575 Insbesondere die freien Szene soll neue Zugänge erhalten um europäischen Austausch zu  
576 stärken, zum Beispiel für Ensembles und Gruppen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten.  
577 Dazu erarbeiten wir auch Angebote für Gruppen, die aufgrund von Flucht und Migration  
578 getrennt wurden.

579 Die EU muss Garantin und Unterstützerin sein für die Freiheit der Kultur und ihrer Vielfalt.  
580 Deswegen wollen wir die Kulturförderung so gestalten, dass sie auch denjenigen offen steht,  
581 die über wenig Eigenmittel oder keine nationale Förderung verfügen.

582 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der  
583 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen  
584 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel  
585 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die  
586 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für  
587 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als  
588 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

589 Grenzüberschreitender kultureller Austausch braucht darüber hinaus unbürokratische und faire  
590 Regelungen bei der Besteuerung von Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit, die  
591 Doppelbesteuerung vermeiden.

592 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar  
593 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die  
594 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

595 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen und  
596 vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen.  
597 Sie gestalten Games, Filme, Serien oder Bücher, arbeiten in der Designwirtschaft, im  
598 Kunstmarkt, der Musikwirtschaft, dem Pressemarkt, der Architektur, der Rundfunkwirtschaft,  
599 den Darstellenden Künsten und dem Werbemarkt. Sie sind wesentliche Treiberinnen von  
600 Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir  
601 fördern und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa indem  
602 wir uns in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen. Die  
603 lokale Struktur von Buchhandlungen wollen wir stärken, indem wir uns dafür einsetzen, dass  
604 preisgebundene Bücher von den Regeln des europäischen Vergaberechts ausgenommen werden.  
605

606 Mit dem KulturPass hat die Bundesregierung ein neues, innovatives kulturpolitisches  
607 Instrument eingeführt: junge Menschen bekommen ein Budget, um Kunst und Kultur in all ihrer  
608 Vielfalt und Breite entdecken zu können. Damit stärken wir auch Kultureinrichtungen.  
609 Aufbauend auf analogen Projekten in Frankreich, Spanien und Italien wollen wir nun einen  
610 gemeinsamen europäischen Kulturpass einführen, damit junge Menschen grenzübergreifend den  
611 ganzen Reichtum und die große Vielfalt der Kultur in Europa erkunden und entdecken können.

## 612 **Kreative stärken**

613 Die Schaffenskraft von Künstler\*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige  
614 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie  
615 ihren Platz in der Verwertungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das  
616 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von  
617 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. KI-Produkte treten  
618 dabei in Konkurrenz zu menschlichen Urheber\*innen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass  
619 Urheber\*innen ihren Nutzungsvorbehalt und ggf. andere Rechte gegenüber kommerzieller KI  
620 einfach und zentral und wo sinnvoll maschinenlesbar wahrnehmen können. Das Urheberrecht soll  
621 weiterhin das kreative Schaffen natürlicher Personen schützen und darf nicht auf automatisch  
622 generierte Inhalte von KI-Systemen ausgedehnt werden. Urheber\*innen wollen wir bei der

623 fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu Wissen und Kultur  
624 für alle stärken, um gute Voraussetzungen für die Kreativen von morgen zu schaffen.  
625 Werknutzer\*innen, ebenso wie Urheber\*innen und auch andere Kulturschaffende wie  
626 Schauspieler\*innen oder Musiker\*innen, müssen einen Platz am Tisch haben, wenn über die  
627 Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt verhandelt wird. Im Interesse der  
628 Chancengleichheit wollen wir, wie die bisherige Ausleihe, auch die digitale Ausleihe (E-  
629 Lending) von Inhalten im Kontext von Bibliotheken, Bildungs- und Forschungseinrichtungen  
630 ermöglichen.

631 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler\*innen und Kreative wollen wir die  
632 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für  
633 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen  
634 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

635 Den Gender Pay Gap wollen wir auch in der Kultur schließen. Die Rolle von Frauen im  
636 Kulturbereich werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine  
637 paritätische Besetzung von Vergabegremien und Juries einsetzen.

### 638 **Medienfreiheit garantieren**

639 Freie und demokratisch ausgerichtete Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für unsere  
640 öffentliche Meinungsbildung. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute  
641 angegriffen. Wir unterstützen deshalb mehr Transparenz über Besitzverhältnisse und  
642 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form  
643 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlagseigentum oder auf anderem  
644 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz  
645 der Staatsferne folgen müssen. Medienfreiheit bedeutet dabei auch, dass Journalist\*innen und  
646 Redakteur\*innen im Rahmen professioneller Standards oder Redaktionsstatute frei arbeiten  
647 können. Ein neues Europäisches Gremium für Mediendienste darf bestehende Medienrechte und -  
648 freiheiten in Deutschland nicht aushebeln. Um Journalist\*innen und ihre Quellen vor  
649 Überwachung und Verfolgung zu schützen, fordern wir eine wirksame Regulierung sowie  
650 richterliche Kontrolle des Einsatzes von Spähsoftware. Gegen einen missbräuchlichen Einsatz  
651 gehen wir vor. Hinweisgeber\*innen wollen wir vor Verfolgung wirksam schützen.

652 Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen EU-Staaten, muss wirksam  
653 verhindert werden - im Notfall auch über die Aufteilung von Unternehmen oder  
654 Besitzstrukturen. Dafür ist die Transparenz über die Besitzverhältnisse unabdingbar. Das ist  
655 eine Grundlage für eine vielfältige Presselandschaft, die es Journalist\*innen ermöglicht,  
656 frei und kritisch zu berichten.

657 Private Medien in Print und Online werden auch durch falsche Anreizstrukturen beim  
658 Wettbewerb um Werbeeinnahmen und die Marktmacht der Social Media-Plattformen stark in ihrem  
659 Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Das bedroht immer mehr Qualitätsmedien in ihrer Existenz  
660 und ist ein drängendes Problem für die Meinungsvielfalt. Wir streben deshalb an, durch  
661 geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote besonders im  
662 Netz zu verbessern und auf der Ebene der Mitgliedstaaten praktikable  
663 Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger  
664 Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu  
665 entwickeln. Soweit dabei neue Technologien wie generative KI zum Einsatz kommen, setzen wir  
666 uns für eine klare Kennzeichnung von KI-erzeugten Bildern, Texten und Videos ein.

667 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer  
668 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für  
669 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen  
670 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte  
671 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber

672 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
 673 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im  
 674 Netz ein. Auf diese Weise wollen wir langfristig ein vollwertiges europäisches, öffentlich-  
 675 rechtliches Medienangebot schaffen, mit einem umfassenden und länderübergreifenden Angebot  
 676 von Nachrichten über Sport und Kultur bis Unterhaltung, etwa in Form eines europäischen  
 677 Medienportals. Das ist auch ein Beitrag gegen Desinformation und Verschwörungsmythen. Wir  
 678 wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des freien  
 679 Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und Meinungsfreiheit  
 680 unterdrückt wird.

### 681 **Europäisch erinnern**

682 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften. Europa  
 683 war nicht nur als Kontinent über Jahrhunderte von Krieg und Gewalt gekennzeichnet, von hier  
 684 gingen auch über Jahrhunderte Krieg und Gewalt aus.. Die EU als Friedensprojekt hat die  
 685 Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen Beitrag  
 686 zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine  
 687 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher zu  
 688 Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende  
 689 Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die Schaffung  
 690 weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Wir wollen  
 691 mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung  
 692 widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden  
 693 Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die  
 694 Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Hierzu zählen  
 695 auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen sowie die  
 696 Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Bestrebungen nach einer Umdeutung  
 697 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

698 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des  
 699 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir  
 700 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht  
 701 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

702 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,  
 703 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien.Selbst während der Entstehung  
 704 des europäischen Friedensprojektes bestanden koloniale Gewalt und wirtschaftliche Ausbeutung  
 705 fort.Viele europäische Staaten und Unternehmen waren in diese Verbrechen verwickelt und  
 706 Europa profitiert noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir  
 707 die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit  
 708 Forscher\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ehemals kolonisierten Gebieten  
 709 auch auf europäischer Ebene vorantreiben und uns um Wiedergutmachung bemühen. Dazu gehört  
 710 die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen, aber auch die  
 711 Förderung von Aufklärungsarbeit und Stärkung multiperspektivischer Geschichtsforschung. Die  
 712 Auswirkungen des Kolonialismus auf die heutigen Gesellschaften sollten sichtbarer werden.  
 713 Dazu wollen wir in thematisch passenden EU-Förderprogramme die erinnerungspolitischen  
 714 Dimension stärken.

### 715 **Fair Play im Sport**

716 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht  
 717 im Herzen von Europa. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt  
 718 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff und tragen zur Gesundheit bei. Im Zentrum  
 719 stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden engagieren. Wir  
 720 wollen Organisationen und Initiativen stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen  
 721 Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und Hass stark

722 machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen - auch  
723 außerhalb Europas sollen Sportorganisationen als wichtige zivilgesellschaftliche  
724 Partner\*innen gestärkt werden.

725 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und  
726 transparent funktioniert und Vereine und Verbände im Einklang mit Gesetzen agieren. Betrug,  
727 Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral entgegen. Wir wollen daher eine  
728 unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit NGOs, Anti-Korruptionsexpert\*innen  
729 sowie internationalen Ermittler\*innen für Transparenz, Integrität und echte  
730 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport kümmert.

731 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass  
732 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit  
733 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit  
734 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.  
735 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen, die  
736 Klima und Umwelt schonen. So machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

737 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten  
738 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir  
739 wollen durch ein neues europäisches Programm Wege aufzeigen, wie Europas vielfältige  
740 Sportszene einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und sich entwickeln kann.  
741 Unser Ziel ist es, dass Sportveranstaltungen klimaneutral durchgeführt werden können.

## 742 **5. Flucht- und Migrationspolitik der Humanität und** 743 **Ordnung**

### 744 **Fluchtursachen bekämpfen**

745 Die Zahl der Vertriebenen durch Kriege, der Klimakrise oder fehlender wirtschaftlicher  
746 Perspektiven hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße Mehrheit  
747 der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen. Doch die  
748 Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa. Wir stellen uns dieser  
749 Verantwortung, denn Flucht und Migration sind eine historische und globale Realität und  
750 werden es auch bleiben. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an den  
751 europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Dass sich Menschen trotzdem auf diese  
752 Routen begeben, zeigt, wie groß das Leid, die Gefahr und die Perspektivlosigkeit in vielen  
753 Weltregionen sind.

754 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen keine Ursachen von Migration. Die Politik der EU und  
755 ihrer Mitglieder muss sich ihrer globalen Verantwortung stellen und auch dazu beitragen,  
756 Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen. Mit dem  
757 Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender Übergangshilfe in  
758 Krisenregionen können wir Menschen ihrer akuten Notlagen unterstützen. So tragen wir dazu  
759 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,  
760 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der  
761 Lebensperspektiven beitragen. Gleichzeitig darf sich Europa, insbesondere angesichts vieler  
762 Krisen und Katastrophen nicht abschotten, sondern muss einen gerechten Teil der  
763 Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernehmen. Wir treten für einen  
764 rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.

### 765 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

766 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht  
767 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir im  
768 weltweiten Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und Einwanderung modern  
769 gestalten. Dabei ist uns wichtig, dass die Interessen der Herkunftsländer mitbedacht werden,  
770 denn auch dort werden Fachkräfte gebraucht. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren

771 wollen wir die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen  
772 Qualifikationsniveaus mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern. Hierzu zählt, die  
773 Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch zu  
774 gestalten

775 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür  
776 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,  
777 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Eine aktive Willkommenskultur  
778 macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dafür müssen wir Rassismus und Ausgrenzung  
779 entgegenreten. Wir wollen zielgenaue Integrationsmöglichkeiten für die unterschiedlichen  
780 Formen der Migration in ganz Europa schaffen. Um Angebote für eine gute und schnelle  
781 Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds  
782 (AMIF) stärken. So können sich Kommunen auf die Aufnahme von Fachkräften und ihren Familien  
783 vorbereiten. Darüber hinaus müssen die Rechte der hier dauerhaft lebenden  
784 Drittstaatsangehörigen geschützt und bewahrt werden. Deshalb unterstützen wir eine  
785 Verbesserung der Daueraufenthaltsrichtlinie in diese Richtung. Wir wollen freiwillige  
786 zirkuläre Migration fördern und zukünftige Fachkräfte auch in Europa ausbilden.

787 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire  
788 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige und  
789 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen, sowie gewerkschaftliche  
790 Strukturen stärken, damit sich alle Arbeiter\*innen an sie wenden können.

### 791 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

792 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die  
793 humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention,  
794 einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Vielerorts werden auch an Europas  
795 Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die Missachtung von EU-  
796 Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur,  
797 sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird den  
798 aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

799 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame EU-Asylpolitik ist nötig, um die  
800 menschenunwürdigen und chaotischen Verhältnisse zu beenden. Reformen allein reichen dabei  
801 nicht aus, geltendes EU-Recht muss auch durchgesetzt werden. Wir setzen uns dagegen ein,  
802 dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von  
803 Flüchtlingsrechten wird. Spielräume für Verbesserungen wollen wir nutzen. Mit einer fairen  
804 und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den  
805 Mitgliedstaaten. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid, rechtsstaatliche  
806 Verfahren, gute Integrationsangebote und menschenwürdige Bedingungen sorgen für Humanität  
807 und Ordnung.

808 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und  
809 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement  
810 angewiesen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem  
811 Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus  
812 die Verteilung maßgeblich verbessern.

813 Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten  
814 einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung  
815 für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine  
816 Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt  
817 und finanziell entlastet werden.

818 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken und Verantwortung zu übernehmen.  
819 Diese Anstrengungen begrüßen wir und setzen uns für die Unterstützungen gerade jener

820 Kommunen ein, die diese nicht durch ihre nationalen Regierungen erfahren. Die Möglichkeit  
821 des direkteren Zugangs von Kommunen und Hilfsorganisationen zum Asyl-, Migrations- und  
822 Integrationsfonds (AMIF), möchten wir ausbauen. Bei der Integration kann europäische  
823 Vernetzung und Austausch zwischen den Kommunen helfen. Das sieht man etwa an der  
824 erfolgreichen Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Kommunen.  
825 Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten wir die  
826 Ressourcen der Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der  
827 Geflüchteten in Einklang bringen. Dabei sollen etwa Familienbezüge, Sprachkenntnisse oder  
828 Berufsabschlüsse berücksichtigt werden.

829 EU-Staaten, die durch die Anwendung der Massenzustromrichtlinie überproportional aufnehmen,  
830 müssen hierfür von anderen Staaten eine faire finanzielle Unterstützung erhalten, so wie es  
831 in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening innerhalb  
832 des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur Verletzung der  
833 Kinderrechte führen.

834 Die Massenzustromrichtlinie war ein gutes Werkzeug im Umgang mit der Millionen Geflüchteten  
835 aus der Ukraine. Wir wollen die Erfahrungen dieses unbürokratischen und pragmatischen  
836 Umgangs genau analysieren und daraus Vorschläge für die Asylpolitik entwickeln.

837 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedsstaaten Geflüchtete so schlecht behandeln,  
838 dass Gerichte ihr Verbleiben dort für unzumutbar halten. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf  
839 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Aufnahme richtlinie sichert  
840 Schutzsuchenden in jedem Mitgliedsstaat existenzsichernde und menschenwürdige Bedingungen  
841 zu, rechtsstaatliche Standards müssen in der gesamten EU sichergestellt sein. Deswegen  
842 setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat die zur Verfügung stehenden  
843 Instrumente nutzen, um die Missachtung von EU-Recht und die Kriminalisierung von humanitärer  
844 Hilfe zu stoppen. Dazu gehört auch, EU-Gelder einzufrieren, wenn nationale Regierungen  
845 systematisch EU-Recht brechen. Die EU-Asylagentur soll die Mitgliedstaaten insbesondere bei  
846 den Asylverfahren unterstützen und hierbei eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen unter  
847 Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards sicherstellen. Sie kann dazu beitragen,  
848 Überlastung zu verhindern.

#### 849 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

850 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit  
851 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften  
852 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und  
853 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

854 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren - dabei geht es nicht nur um  
855 Migration. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir auch wissen, wer nach  
856 Europa kommt. Dass rechtsstaatliche Kontrollen oder eine zuverlässige Registrierung an den  
857 Außengrenzen nichts mit rechtswidriger Abschottung gegen Asylsuchende zu tun haben, sehen  
858 wir an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Millionen von Menschen werden zuverlässig  
859 kontrolliert, konnten aber Schutz in der EU finden. Doch leider treffen viele andere  
860 Asylsuchende an EU-Grenzen nicht auf rechtsstaatliche Kontrollen, sondern auf Unrecht und  
861 Gewalt

862 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik  
863 nach außen setzt die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit dieser  
864 Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität und  
865 Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten zerschellt.  
866 Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechten  
867 ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten.

868 Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt  
869 und menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
870 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die in  
871 der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.  
872 Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an den  
873 Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der  
874 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen  
875 wir uns entgegen.

876 Trotz der völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas  
877 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen  
878 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot  
879 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und  
880 politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-  
881 Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche  
882 Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring mit  
883 Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden. Hilfs- und  
884 Menschenrechtsorganisationen sowie Anwält\*innen benötigen jederzeit Zugang zu den  
885 Geflüchteten und den Grenzregionen. Die freie Berichterstattung durch Journalist\*innen muss  
886 gewährleistet werden. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von  
887 Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen  
888 wir endlich beenden.

889 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von  
890 europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen wir Frontex  
891 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an  
892 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent und zeitnah  
893 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es  
894 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen uns dafür  
895 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen Parlamenten  
896 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss einfacher  
897 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise durch eine  
898 eigene Haftungsgrundlage.

899 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und  
900 beraten. Dass Flüchtlingshilfe in vielen Staaten erschwert oder gar unter Strafe gestellt  
901 wird, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Unterstützung  
902 Geflüchteter nicht behindert, sondern ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass NGOs  
903 und Anwält\*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement  
904 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren  
905 Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick  
906 nehmen. Dazu gehören eine sichere Unterbringung sowie geschulte Beratungsstrukturen und  
907 Dolmetschende. Ehrenamtliche Beratungsstrukturen leisten insbesondere für vulnerable Gruppen  
908 wichtige Arbeit. Sie wollen wir unter anderem auch durch staatliche und professionelle  
909 Unterstützung stärken.

910 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder  
911 politischer Verfolgung. Sie müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Kinder  
912 müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland ebenso wie  
913 an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt  
914 uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen dürfen  
915 nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern sollten  
916 grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur  
917 Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.

**918 Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen**

919 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche  
920 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um  
921 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende Entscheidungen muss  
922 immer offen stehen.

923 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.  
924 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie  
925 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder  
926 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer  
927 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr  
928 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine  
929 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

930 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen  
931 menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung darf nur in  
932 Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Dabei muss  
933 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit  
934 Geflüchteten respektieren. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin  
935 falsch. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss  
936 menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten partnerschaftlich und  
937 auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der  
938 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden und soll auch der Bekämpfung von  
939 Fluchtursachen dienen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine  
940 autokratischen Regime stärken. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die  
941 Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen werden.

942 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine  
943 Probleme. Was hilft, ist: Ausländerbehörden vernünftig ausstatten, alle Asylverfahren  
944 beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen verbessern. Länder, die ihren  
945 Staatsbürger\*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen zum Beispiel über  
946 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete Migration  
947 erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer  
948 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

949 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, teils mit hier geborenen Kindern, bringen  
950 sich ein und stehen in Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere  
951 Perspektive geben. Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in  
952 die europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Im Gegenteil:  
953 die Integrationsleistung und die Arbeit dieser Menschen wollen wir anerkennen. Wir setzen  
954 uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

**955 Menschen in Seenot retten**

956 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist  
957 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.  
958 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie  
959 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die  
960 tödlichste Fluchtroute der Welt bleibt

961 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine  
962 europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und finanzierte Seenotrettung.

963  
964 Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, unter anderem  
965 finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung  
966 privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt. Wir wollen weiterhin auch

967 andere EU-Staaten ermutigen, aktiv die Seenotrettung zu unterstützen. Wir stehen an der  
968 Seite der Seenotretter\*innen, die Menschenleben retten.

969  
970 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass  
971 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Die  
972 Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit behindert und  
973 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die EU-Kommission sollte der Kriminalisierung von  
974 Hilfsorganisationen entschieden entgegenreten. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit  
975 haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und  
976 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und  
977 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten, treten wir für die  
978 Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen, Unterstützung ziviler  
979 Organisationen ein. Eine Ausschiffung in Ländern darf nicht erfolgen, wenn Geretteten dort  
980 eine unrechtmäßige Behandlung droht. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

### 981 **Sichere Fluchtwege schaffen**

982 Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen  
983 Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch vulnerable Gruppen,  
984 die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben.

985 Wir setzen dafür auf partnerschaftliche und menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen mit  
986 Staaten außerhalb der EU.

987  
988 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich  
989 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und  
990 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer  
991 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten  
992 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das  
993 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

994 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Schutzsuchende Europa  
995 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße unserer  
996 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften gerecht werden. Wir wollen auch Menschen  
997 unterstützen, die durch ihr Engagement für Demokratie, Frauen- oder Menschenrechte besonders  
998 gefährdet sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt werden.  
999 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der Machtübernahme der  
1000 Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit einem europäischen  
1001 Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen. Solche Programme wollen wir auch  
1002 für andere Kriegs- und Krisengebiete vorantreiben, um Antworten auf die zunehmenden Gefahren  
1003 für Wissenschaftler\*innen und Studierende weltweit zu geben. Uns ist dabei wichtig den  
1004 Menschen in Gefahr, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, zu helfen, zum Beispiel mit  
1005 europäischen Stipendienprogramme für Studierende in Gefahr.

1006  
1007 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören  
1008 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

## 1009 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

### 1010 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

1011 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die  
1012 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Menschen, die oft unter großem persönlichen  
1013 Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und  
1014 verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen, unsere  
1015 Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende Vernetzung  
1016 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer

1017 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effektive Polizei- und Justizarbeit muss in  
1018 einem vereinten Europa grenzüberschreitend stattfinden, schnelle Informationsflüsse  
1019 gewährleisten, sowie im Einklang mit Freiheits- und Bürger\*innen-Rechten stehen und nach  
1020 rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention,  
1021 Erfahrungsaustausch und gemeinsame Strafverfolgung.

1022 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene  
1023 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität  
1024 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den  
1025 Datenaustausch zu verbessern. Erfahrungen aus Polizei-IT-Projekten der Mitgliedsstaaten  
1026 sowie die Rolle der Justiz lassen wir hierbei einfließen. Die Aufsicht von Europol durch das  
1027 Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Perspektivisch  
1028 wollen wir ein Europäisches Kriminalamt aufbauen. Das heißt, dass die derzeit weitgehend  
1029 befugnisfreie europäische Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem  
1030 Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Neben dem Ausbau  
1031 von Europol sind Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg:  
1032 Die polizeiliche Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-  
1033 Investigation-Teams, die in enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Für erfolgreiche  
1034 Kriminalitätsbekämpfung werden die besten Köpfe benötigt. Deshalb wollen wir, dass Europol  
1035 und Eurojust auch Expert\*innen einstellen können, die nicht aus den Polizei- oder  
1036 Justizbehörden der Mitgliedsländer abgeordnet werden. Gemeinsame Zentren der Polizei in  
1037 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1038 In Praxis und Theorie wollen wir die europäische Polizeiarbeit auf Grundlage von  
1039 Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft stärken. Dafür fördern und entwickeln  
1040 Austauschprogramme für Polizist\*innen weiter u. a. auch über das Programm ERASMUS+. Wir  
1041 stärken die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten und fördern so  
1042 eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei  
1043 einbeziehen, insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten  
1044 Kriminalität und Finanzkriminalität.

#### 1045 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

1046 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler\*innen  
1047 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.  
1048 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist\*innen, die  
1049 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch  
1050 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa  
1051 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen  
1052 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür  
1053 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die  
1054 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1055 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch  
1056 Verbraucher\*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf gegen die  
1057 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern  
1058 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der  
1059 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale  
1060 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme  
1061 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen und  
1062 nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. Wir fördern  
1063 bereichsübergreifende Ermittlungen, um besser gegen Überschneidungen der OK und anderen  
1064 Kriminalitätsfelder, wie zum Beispiel Cybercrime oder Terrorismus, vorzugehen. Ein  
1065 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der  
1066 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir

1067 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren oder  
1068 Ausstiegsprogramme für Mitglieder krimineller Organisationen anbieten.

### 1069 **Menschenhandel umfassend bekämpfen**

1070 Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen und eine  
1071 Menschenrechtsverletzung. Jährlich werden enorme Gewinne durch kriminelle Gruppen erzielt.  
1072 Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-  
1073 Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv  
1074 aufgeklärt bzw. strafrechtlich verfolgt. Die Formen des Menschenhandels sind vielseitig. Die  
1075 häufigste Form ist die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffen sind vor allem Frauen  
1076 und Mädchen. Eine weitere Form ist die der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit. Dabei werden  
1077 Arbeitsschutzstandards massiv unterlaufen und die Menschen in ausbeuterische  
1078 Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ihre Lebensumstände sind katastrophal. Auch die Ausbeutung  
1079 für kriminelle oder erniedrigende Tätigkeiten oder gar die illegale Organentnahme gehören  
1080 zum Menschenhandel.

1081 Opfer von Menschenhandel brauchen Schutz, sie müssen in ihren Rechten gestärkt werden, und  
1082 sie brauchen Hilfe, auch bei der Bewältigung erlittener Traumata. Minderjährige Betroffene  
1083 brauchen dabei besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Wir wollen den Zugang zu Informationen  
1084 über Opferrechte stärken und die Durchsetzung fördern sowie eine gute Koordination zwischen  
1085 den Mitgliedstaaten, öffentlichen Verwaltungen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei  
1086 muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Betroffene wollen wir durch  
1087 unabhängige, dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme nachhaltig schützen.

1088  
1089 Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in  
1090 den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten  
1091 sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu  
1092 entwerfen und umzusetzen, um so in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und  
1093 Täter\*innen sowie zu einer verbesserten Datenlage beizutragen.

1094 Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen  
1095 Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein, das mit  
1096 Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter\*innen zu  
1097 identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende  
1098 Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um gegen den  
1099 Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

### 1100 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

1101 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und  
1102 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich  
1103 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger\*innen  
1104 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch  
1105 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.  
1106 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen  
1107 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Daher wollen wir Instrumente stärken, um  
1108 insbesondere Finanzströme besser nachzuvollziehen sowie Geldwäsche und Vermögensverschiebung  
1109 aufzuspüren. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht lohnen!

1110 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen  
1111 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen  
1112 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale  
1113 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Beim Aufbau der AMLA arbeiten wir  
1114 auch eng mit dem Privatsektor zusammen, um beispielsweise den Handel mit Kryptowährungen zu  
1115 beleuchten und Maßnahmen zu ergreifen. Zusätzlich soll der automatische Austausch von

1116 Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass international auf  
1117 Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir setzen uns für ein  
1118 europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen  
1119 Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen regelmäßig für  
1120 Geldwäsche missbraucht werden.

1121 Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der Transparenzregister, die zur Bekämpfung von  
1122 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu  
1123 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist\*innen, Forscher\*innen  
1124 und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym möglich sein.  
1125 Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt werden. So  
1126 schützen wir auch Mieter\*innen. Dafür werden wir die Transparenzvorschriften und Kontrollen  
1127 beim Immobilienerwerb verbessern.

1128 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im  
1129 Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in  
1130 Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für  
1131 Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von  
1132 inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF  
1133 werden wir personell und finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder  
1134 Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern,  
1135 vorgehen kann.

### 1136 **Terrorismus stoppen**

1137 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und  
1138 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie sind eine Gefahr für  
1139 die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende Vernetzung  
1140 von gewaltbereiten Gruppen und Akteur\*innen zugenommen. Die EU kann und muss hier einen  
1141 wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche  
1142 wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen  
1143 Standards und Definitionen ist notwendig, um gegen Terror vorzugehen. Wir wollen hierfür die  
1144 Stelle des Anti-Terror-Koordinators bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und  
1145 die Mitgliedstaaten zu mehr Austausch und Kooperation verpflichten.

1146 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische  
1147 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten  
1148 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die  
1149 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder  
1150 Angebote für Aussteiger\*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir  
1151 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen, wie beispielsweise  
1152 die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, beobachten wir genau.  
1153 Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft lassen wir hierbei einfließen.  
1154 Onlineplattformen, Online-Gaming und Messenger spielen eine wichtige Rolle bei der  
1155 Verbreitung von Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Anbieter solcher Dienste entschiedener  
1156 dagegen vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

1157 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die  
1158 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und  
1159 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und  
1160 legen wichtige Finanzquellen trocken oder erschweren Zugang zu Waffen. Wir setzen uns für  
1161 gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist\*innen  
1162 ein.

1163 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter\*innen braucht es ein europaweit einheitliches  
1164 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur

1165 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,  
1166 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1167 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,  
1168 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir  
1169 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt  
1170 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir  
1171 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr  
1172 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir  
1173 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für  
1174 Waffenbesitzer\*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir  
1175 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

#### 1176 **Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

1177 Grenzüberschreitender Terrorismus, rechtswidrige Aktivitäten ausländischer Geheimdienste,  
1178 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene  
1179 Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran, aber auch  
1180 kriminelle Gruppierungen nehmen dabei die gesamte EU in den Blick. Teilweise koordinieren  
1181 sie ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind die massiven  
1182 Verbreitungen von Falschnachrichten - auch zur Beeinflussung von Wahlen, Angriffe auf  
1183 Oppositionelle auf EU-Territorium oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem  
1184 müssen wir uns in der EU gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die Nachrichtendienste  
1185 spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1186 Wir fordern effektive und rechtsstaatliche Nachrichtendienste, mit denen wir die Sicherheit  
1187 der EU besser gewährleisten können. Bislang wird ihre Arbeit oft dadurch behindert, dass  
1188 Informationen und Erkenntnisse nicht ausreichend in den bereits bestehenden europäischen  
1189 Strukturen geteilt werden können. Deshalb wollen wir für eine bessere Zusammenarbeit der  
1190 europäischen Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur (ENA) gründen, die  
1191 die bereits bestehenden sowohl zivilen als auch militärischen europäischen  
1192 nachrichtendienstlichen Strukturen auf klarer rechtsstaatlicher Basis weiterentwickelt.

1193 Sie soll in den Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher  
1194 Vorgaben, zusammenführen, um die europäische Analysefähigkeit zu stärken. So können  
1195 strategische und langfristige sicherheitspolitische Einschätzungen abgegeben werden. Es  
1196 braucht starke, effektive und demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Mechanismen zur  
1197 Kontrolle der Agentur, die wir unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeiten  
1198 wollen.

1199 Wir wollen bei der Entwicklung europäischer IT-Lösungen im Bereich der Nachrichtendienste  
1200 stärker zusammenarbeiten, um so auch hier die digitale Souveränität zu sichern. Wir setzen  
1201 uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen  
1202 stehen, angemessen begrenzt und in allen Mitgliedstaaten unter eine starke parlamentarische  
1203 Kontrolle gestellt werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Instrumente müssen  
1204 evaluiert werden und im Einklang mit Bürger\*innenrechten stehen. Einen rechtswidrigen  
1205 Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den Nachrichtendiensten lehnen wir ab.  
1206 Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung und Kooperation der  
1207 mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

#### 1208 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

1209 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen  
1210 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten  
1211 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht  
1212 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,

1213 damit sie europaweit verfolgt werden kann. Dazu braucht es auch ein einheitliches  
1214 europaweites Monitoring und regelmäßige Dunkelfeld- und Viktimisierungsstudien.

1215 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die  
1216 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)  
1217 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft  
1218 (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im Bereich  
1219 von Terrorismus und OK zuständig sein. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen wir  
1220 vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden können.  
1221 Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs unter  
1222 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und  
1223 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa. Es ist unser aller Auftrag, Kinder vor  
1224 sexualisierter Gewalt zu schützen. Notwendig dafür sind Strukturreformen genauso wie  
1225 Investitionen in Präventionsarbeit sowie mehr Personal in Beratungsstellen und bei der  
1226 Polizei. Statt Überwachung aller privaten Chat- und Messenger-Nachrichten („Chatkontrolle“)  
1227 setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.

1228 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger\*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz  
1229 von Beschuldigten und Verteidiger\*innen ein. Hinweisgeber\*innen, Zeug\*innen und  
1230 investigative Journalist\*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von  
1231 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir  
1232 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der  
1233 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei  
1234 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten.  
1235 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug\*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der  
1236 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

### 1237 **Die Bevölkerung schützen**

1238 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche  
1239 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische  
1240 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur  
1241 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie  
1242 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen  
1243 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination  
1244 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir  
1245 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken. Dabei  
1246 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-  
1247 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

1248 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen  
1249 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen,  
1250 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken  
1251 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte  
1252 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Um die  
1253 Bevölkerung und insbesondere vulnerable Gruppen besser vor extremen Hitzewellen zu schützen,  
1254 wollen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, gemeinsame Hitzeschutzkonzepte zu  
1255 entwickeln. Europa braucht zudem bessere Vorbereitung auf transnationale Katastrophen.  
1256 Deswegen wollen wir gemeinsame Pläne zur Risikovorsorge und -bewältigung auf den Weg bringen  
1257 und über alle Planungsprozesse hinweg mitdenken. Den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und  
1258 zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen wollen wir  
1259 ausbauen.

## 1260 **7. Digitale Bürgerrechte**

### 1261 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1262 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir  
1263 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine  
1264 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und  
1265 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt  
1266 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen  
1267 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch  
1268 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1269 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft  
1270 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir  
1271 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von  
1272 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung. Wir wollen den völkerrechtlichen  
1273 Rahmen für den digitalen Raum stärken und uns dabei an dem Leitbild eines freien, offenen,  
1274 globalen und sicheren Internet orientieren.

1275 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose  
1276 Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung  
1277 von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von  
1278 Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie  
1279 Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen  
1280 wir auch aufgrund der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte Gruppen ab. Die  
1281 Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung im medizinischen  
1282 und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf digitale  
1283 Privatsphäre, auf eine sichere Kommunikation und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wollen wir  
1284 stärken und ausbauen. Die anonyme Nutzung des Internets wollen wir schützen. Besonderes  
1285 Augenmerk soll dabei auf die einfache Verwendung durch Nutzer\*innen gelegt werden. Sie ist  
1286 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen  
1287 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1288 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung entsprechender  
1289 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware  
1290 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Den Einsatz von Spyware wollen wir  
1291 strenger regulieren und die parlamentarische Kontrolle stärken. Gegen eine missbräuchliche  
1292 Nutzung, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist\*innen oder Staatsanwält\*innen, muss  
1293 stärker vorgegangen werden.

1294 Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, die digitalen Dienste voll zu nutzen. Auch wenn  
1295 die Digitalisierung in schnellen Schritten voranschreitet, setzen wir uns dafür ein, dass  
1296 Dienstleistungen, die für die für eine Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind, wie zum  
1297 Beispiel die von Ärzt\*innen, Behörden, Banken oder des ÖPNV auch ohne zusätzliche Kosten  
1298 analog zugänglich bleiben.

### 1299 **Gegen Hass und Desinformation im Netz vorgehen**

1300 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der  
1301 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es heute,  
1302 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert  
1303 werden können.

1304 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen und  
1305 andere  
1306 Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sollen  
1307 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns  
1308 beispielsweise mit  
1309 Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz oder einer Förderung von Faktencheck-Plattformen  
1310 entschieden entgegen. Wir wollen eine mögliche Aufnahme von systematischer Desinformation in

1311 den Katalog der EU-Straftaten prüfen. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen gegen  
1312 Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today,  
1313 konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit Lagebilder zu  
1314 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung zu  
1315 schaffen.

1316 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit  
1317 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Die Instrumente  
1318 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen konsequent angewendet  
1319 werden. Gegen die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung von Betroffenen muss  
1320 stärker vorgegangen werden. Algorithmen und Targeting dominanter Digitalplattformen tragen  
1321 dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation verstärkt  
1322 verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder  
1323 schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der demokratischen Debatte.

1324 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Hassrede muss  
1325 konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden. Wir setzen uns für  
1326 schnell und einfache Verfahren ein. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-  
1327 Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um mit Nutzer\*innen-Rechten, Transparenz  
1328 und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu schaffen und  
1329 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und Europa  
1330 konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Hass und Desinformation dürfen sich als  
1331 Geschäftsmodell nicht lohnen. Wir wollen Maßnahmen prüfen, um solche Geschäftsmodelle  
1332 trockenulegen, etwa durch die Abschöpfung der hierdurch erzielten Erträge.

1333 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen  
1334 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine  
1335 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren.

1336 Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen Betroffene in Verfahren vertreten oder bei  
1337 Fällen von Volksverhetzung auf eigene Initiative tätig werden dürfen.

1338 Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den  
1339 Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann  
1340 auch durch die rechtlich gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem  
1341 Material, zum Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den  
1342 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke  
1343 vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.

1344 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine  
1345 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den  
1346 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen  
1347 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder  
1348 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist  
1349 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes  
1350 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der  
1351 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der  
1352 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

1353 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, müssen  
1354 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer\*innen werden.

### 1355 **Europas IT schützen**

1356 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben  
1357 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber  
1358 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine

1359 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,  
1360 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-  
1361 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Um die  
1362 Sicherheit von IT-Produkten für Verbraucher\*innen transparent zu machen und das IT-  
1363 Sicherheitsniveau im privaten Bereich zu erhöhen, wollen wir die Einführung eines IT-  
1364 Sicherheitskennzeichen auf europäischer Ebene prüfen. Wir wollen die europäische Kooperation  
1365 im Bereich der Cybersicherheit deutlich stärken und setzen uns für eine gemeinsame,  
1366 europäische Sicherheitsarchitektur ein. Die Agentur der Europäischen Union für  
1367 Cybersicherheit, die Arbeit des europäischen Information Sharing and Analysis Center (ICAC)  
1368 sowie das außenpolitische Instrument der „Cyber Diplomacy Toolbox“ entwickeln wir hierfür  
1369 weiter.

1370 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir  
1371 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen  
1372 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine  
1373 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und  
1374 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt  
1375 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir  
1376 Kompetenzen in der EU ausbauen.

1377 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale  
1378 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und  
1379 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten  
1380 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang  
1381 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den  
1382 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1383 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu  
1384 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung  
1385 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet  
1386 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität  
1387 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung  
1388 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten  
1389 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor, indem wir die  
1390 Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken. Hierzu wollen wir  
1391 auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung nutzen.  
1392 Wir wollen mit gezielten Kampagnen die Bürger\*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die  
1393 im Internet begangen werden.

## Beschluss (vorläufig)

C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

### Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt:  
2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie  
3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt  
4 Europäische Union herausgefordert. Wir unterstützen unsere ukrainischen Freund\*innen, die  
5 sich dieser Herausforderung mit allen Kräften stellen – und halten gemeinsam stand.
- 6 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt immer  
7 autoritärer auf, bedroht seine Nachbarn und stellt die regelbasierte internationale Ordnung  
8 infrage. Chinas Konkurrenz mit Demokratien auf der ganzen Welt stellt auch unser Leben und  
9 Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern  
10 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht, mehr Repräsentanz, faire Mitsprache und einen  
11 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.
- 12 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit den Folgen  
13 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr deutlich:  
14 Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen und  
15 einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten.
- 16 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat die EU bewiesen, wie sehr sie in der  
17 Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige  
18 Entwicklung zu wirken. Sie hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum  
19 Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der  
20 Weltbühne selbstbewusst und konstruktiv auftritt und mit einer Stimme spricht, ist imstande,  
21 sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu verteidigen,  
22 Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der  
23 Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische  
24 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot  
25 zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.
- 26 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale  
27 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel durch  
28 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland im  
29 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um ihre imperialen  
30 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes  
31 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa,  
32 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine  
33 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene  
34 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des  
35 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv

36 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete  
37 Widerspruch ist keiner.

38 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem wertegeleiteten und  
39 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die  
40 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken sowie gerechter und  
41 repräsentativer gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem  
42 die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

43 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
44 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden zu  
45 wahren, Menschenrechte zu verwirklichen, demokratische Kräfte zu stärken, Konflikten  
46 vorzubeugen und Wohlstand zu fördern. Neben der Stärkung der Beziehung zu ihren Verbündeten  
47 im transatlantischen und transpazifischen Raum muss die EU aktiv um Partnerschaften mit  
48 Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir  
49 globale Gerechtigkeit fördern. Dabei achten wir auf die Kohärenz unseres politischen  
50 Handelns über alle Politikfelder, wie der Wirtschafts- und Handelspolitik, hinweg..

51 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das macht es  
52 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind nachweislich  
53 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und  
54 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn  
55 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in  
56 der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind.

57 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die Klima-  
58 und Umweltkrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben  
59 durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine besondere historische und zweifache  
60 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral werden und  
61 zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem Wohlstand  
62 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum unseres  
63 Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare Partnerschaften  
64 – Partnerschaften, die Win-Win-Situationen schaffen und sowohl den Menschen in unseren  
65 Partnerländern nützen als auch dabei helfen, unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und  
66 Rohstoffen zu sichern. Eine starke europäische Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass die EU  
67 eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und weltweit  
68 gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen  
69 für eine klimagerechte Entwicklung leisten muss. In gleicher Weise muss Europa die globale  
70 Biodiversitätskrise angehen: selbst ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung  
71 bereitstellen und mobilisieren und die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung ihrer  
72 Ziele unterstützen.

73 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden im Bündnis auch militärisch zu  
74 verteidigen. Dabei bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für uns Ultima Ratio. Für die  
75 Verteidigungsfähigkeit der EU ist auch eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche Resilienz  
76 unabdingbar. Dafür ist es zentral, Schocks und Störungen im Sinne eines umfassenden  
77 Sicherheitsbegriffs widerstehen zu können. Das umfasst die Erhöhung der Cybersicherheit und  
78 den Kampf gegen Desinformation, die Stärkung von Infrastrukturen sowie von staatlichen und  
79 wirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Dies können  
80 wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik  
81 europäisch koordinieren und Informationen schneller und besser austauschen. Wir wollen einen  
82 umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den  
83 Mittelpunkt rückt, auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt und  
84 aktiv Chancen für Deeskalation sucht. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der

85 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Der Einsatz für eine  
86 Kultur der Gewaltfreiheit, militärische Zurückhaltung und eine Welt ohne Krieg umfasst als  
87 wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Wir denken  
88 Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer  
89 Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik  
90 ist Teil des europäischen Versprechens.

91 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung gibt.  
92 Das Streben vieler Ukrainer\*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der  
93 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt beantwortet  
94 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über  
95 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Mit der Vorstellung eines gemeinsamen Haus Europa  
96 war der Wunsch verbunden, dass Menschen unterschiedlicher Nationen friedlich unter einem  
97 Dach zusammenleben können. Genau diesem Wunsch hat Russland mit seinem völkerrechtswidrigen  
98 Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen das ukrainische Selbstbestimmungsrecht eine klare  
99 Absage erteilt. An diesem Wunsch halten wir trotzdem fest. Wir bekennen uns zum Beginn des  
100 ukrainischen Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der  
101 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die  
102 europäischen Werte erbringt.

103 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die eigenen  
104 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An diesem  
105 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

## 106 **1. Eine europäische Außenpolitik**

### 107 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

108 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.  
109 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27  
110 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein,  
111 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das  
112 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge  
113 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

114 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen die  
115 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und  
116 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen  
117 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir personell und  
118 institutionell stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es  
119 einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische  
120 Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter  
121 Diplomaten\*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer  
122 wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften  
123 bündeln.

124 Gleichzeitig braucht es eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten  
125 sowie eine engere Abstimmung zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen  
126 Auswärtigen Dienst. Für eine bessere demokratische Kontrolle setzen wir uns für eine  
127 stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik  
128 ein.

129 Wir wollen die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie  
130 Wissenschaftsdiplomatie stärken, die im Angesicht der großen globalen Herausforderungen  
131 kulturelle Brücken bauen, positiv in die Zivilgesellschaft wirken, Forschung voranbringen  
132 und Frieden fördern kann.

**133 Das Klima global und gerecht schützen**

134 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die  
135 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Sie  
136 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel, Wasser und  
137 Rohstoffe. Ihre Folgen wirken sich schon heute spürbar negativ auf Lebensräume und  
138 Zukunftschancen von Menschen aus.

139 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische  
140 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den nachhaltigen  
141 Entwicklungszielen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Klima-Partnerschaften für die  
142 Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim sozial gerechten und klimaneutralen  
143 Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung sowie bei der  
144 Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten  
145 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im  
146 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-Dollar  
147 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im  
148 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens eingesetzt  
149 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die  
150 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern  
151 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte Energiewende  
152 und Modernisierung. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung  
153 eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
154 Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

155 Unser Ziel ist es, die sozial-ökologische Modernisierung in allen Bereichen voranzutreiben.  
156 Wir setzen uns deshalb für den Ausstieg aus den fossilen Energien, für ein verbindliches  
157 globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung  
158 ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote unter Berücksichtigung des Prinzips  
159 der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" des Pariser Klimaabkommens. Die  
160 internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die  
161 Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung  
162 (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der Wirtschaft  
163 unserer Partnerländern beteiligen.

164 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen Kommission,  
165 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale  
166 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine zentrale  
167 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu  
168 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie nachhaltiges  
169 Wachstum voranzutreiben. Die geplante Strategie für Klimaaußenpolitik der Bundesregierung  
170 möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene nehmen.  
171 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen müssen ressortübergreifend Eingang in  
172 unser internationales politisches Handeln finden.

173  
174 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird  
175 diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet sind die  
176 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen  
177 deshalb eine besondere Verantwortung. Die EU sollte die betroffenen Staaten deshalb  
178 technisch und gegebenenfalls auch finanziell bei den notwendigen Anpassungsmaßnahmen  
179 unterstützen. Zudem sollte Europa zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und  
180 Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über internationale Regulation im  
181 Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung  
182 sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.

183 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme  
184 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von Kunming-  
185 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit den am  
186 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von  
187 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische  
188 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

### 189 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

190 In vielen Teilen der Welt gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum und  
191 Wohlstand mit guter Mobilität und digitaler Teilhabe zu erreichen. Dies muss unter den  
192 Bedingungen der Klimaneutralität, Klimaanpassung und sozialer Gerechtigkeit passieren. Auf  
193 den Investitionsbedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer „neuen  
194 Seidenstraße“, das finanzielle Abhängigkeiten schafft und diese systematisch als politisches  
195 Druckmittel einsetzt. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir als Alternative  
196 dazu zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländer in der nachhaltigen  
197 Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unterstützt. Wir leisten damit einen  
198 starken europäischen Beitrag zur G7 Infrastrukturpartnerschaft und durch die Einhaltung  
199 hoher Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zur Stärkung internationaler Standards  
200 der G20 für Infrastrukturplanung.

201 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren  
202 Partnerländern wollen wir damit klimagerechten Wohlstand schaffen, den Schutz der  
203 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren sowie zugängliche digitale  
204 Infrastrukturen und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.  
205 Dabei wollen wir Abhängigkeiten reduzieren, indem wir nachhaltige Wertschöpfung in den  
206 Partnerländern stärken und mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, die im Einklang  
207 mit lokalen Entwicklungsagenden stehen, verbinden.

208 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit substanziellen  
209 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen  
210 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms weltweit und  
211 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir außerdem eine Sondergesandte bzw. einen  
212 Sondergesandten dafür einrichten.

213  
214 Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte auf  
215 der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern und Einbindung der  
216 der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte,  
217 die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und des  
218 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal. Beispielsweise bedeutet  
219 Mobilitätsinfrastruktur vorrangig Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger wie die  
220 Schiene und erzeugte Energie muss immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur  
221 Verfügung stehen. Zudem muss die EU-Kommission die Politikkohärenz für nachhaltige  
222 Entwicklung und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte  
223 sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen. Um Global Gateway zum Erfolg zu  
224 führen, müssen bei der Umsetzung entwicklungspolitische Expertise genutzt und die Prinzipien  
225 der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik umgesetzt werden.

### 226 **Internationale Organisationen stärken**

227 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall des  
228 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft in  
229 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine überragende  
230 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Allerdings zeigt  
231 sich, dass die Situation im Sicherheitsrat friedenssichernde Maßnahmen der UN erschwert.  
232 Regionalorganisationen wie der EU fallen somit im Krisenmanagement, auch mit ihren eigenen

233 Missionen, eine Schlüsselrolle zu. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die  
234 Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den anstehenden  
235 Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre  
236 Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in  
237 dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Darüber hinaus  
238 zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen und unterstützen Mechanismen wie die in der  
239 Resolution 377 der UN-Generalversammlung "Uniting for Peace" beschlossene Möglichkeit, sich  
240 im Fall einer anhaltenden Blockade mit der Angelegenheit zu befassen und Empfehlungen - also  
241 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-  
242 Charta - mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.

243  
244 Auch die G7 und die G20 erweisen sich ergänzend zu unserem Engagement im Rahmen der UN als  
245 weitere Foren für die Bearbeitung globaler Herausforderungen. Wir unterstützen daher die  
246 Bemühungen der G7, sich stärker für eine Zusammenarbeit mit Partnerländern weltweit und  
247 insbesondere im Globalen Süden zu öffnen, und befürworten ausdrücklich die permanente  
248 Mitgliedschaft der Afrikanischen Union als Teil der G20.

249 Um auf die globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren zu  
250 können, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung, eine Demokratisierung - inklusive  
251 einer höheren Beteiligung der Akteure aus dem Globalen Süden - und eine ausreichende  
252 Finanzierungskapazität der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Weltbank hat  
253 mit ihrer "Evolution Roadmap" diesen Reformprozess bereits begonnen und muss ihn jetzt  
254 entschieden fortsetzen. Dabei ist entscheidend, dass Ziele wie die Reduzierung der  
255 Ungleichheit und der Schutz der planetaren Grenzen systematisch durch Indikatoren  
256 berücksichtigt und operationalisiert werden. UN-Sonderorganisationen wie das  
257 Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um  
258 Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und  
259 stärken. Entsprechende Mittel sollen möglichst flexibel bereitgestellt werden.

260 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive, geschlechtergerechte Personalpolitik der EU  
261 bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International  
262 Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

### 263 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

264 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
265 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste niedergeschlagen.  
266 Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und zu  
267 erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns  
268 für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie pro-  
269 demokratische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-  
270 Verteidiger\*innen im analogen wie im digitalen Raum. Wir wollen die Fördermöglichkeiten  
271 ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise  
272 Sonderberichterstatter\*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren,  
273 langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für Austausch und  
274 Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen Bewegungen,  
275 unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist\*innen geschaffen und gestärkt werden. Der Schutz  
276 und die Förderung von Demokratie ist effektiver, wenn wir unsere Bemühungen bündeln und  
277 europäisch koordinieren.

278 Der Schutz der Menschenrechte ist zuallererst Aufgabe des Staates. Der Zusammenarbeit mit  
279 Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung eine  
280 besondere Rolle zu. Staaten, die sich auf den Weg zur Demokratie gemacht haben, wollen wir  
281 aktiv in diesem Prozess begleiten und stärken. Wir unterstützen entsprechend der Globalen  
282 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von gezielten

283 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere  
284 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind. Gegen  
285 Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei  
286 auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,  
287 inwieweit stillgelegte Vermögenswerte rechtssicher für Wiedergutmachung gegenüber den Opfern  
288 nutzbar gemacht werden können.

289 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer  
290 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
291 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
292 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa  
293 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten  
294 Menschenrechts-Verteidiger\*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer  
295 schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich  
296 die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen. Dazu  
297 gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
298 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
299 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das Recht  
300 auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der Unterstützung für  
301 Menschenrechtsverteidiger\*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der  
302 konfliktsensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu schulen.

303  
304 Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches  
305 Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger\*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell  
306 und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu  
307 können. Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger\*innen finden immer häufiger im digitalen  
308 Raum statt. Um sie zu schützen unterstützen wir sichere, verschlüsselte  
309 Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und setzen uns  
310 gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.

311

312 Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist\*innen und  
313 Hinweisgeber\*innen wie Julian Assange. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche  
314 Missstände ans Licht. Ihr Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit, die es  
315 nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

### 316 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

317 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger, resilienter  
318 und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen  
319 Menschenrechte. Strukturelle Ungerechtigkeiten führen dazu, dass bestimmte Gruppen,  
320 insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen in besonderem Maße von Gewalt, Armut und  
321 Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft nur  
322 wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten.  
323 Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und Mädchen  
324 in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits  
325 international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische  
326 Außen- und Entwicklungspolitik ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,  
327 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.  
328 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum Ziel.  
329 Dabei werden Mehrfachdiskriminierungen besonders in den Blick genommen. Aufbauend auf den  
330 Leitlinien der Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und Entwicklungspolitik  
331 als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU verankern.

332 Wir setzen uns für einen paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen

333 der EU ein sowie dafür, den Frauenanteil auf allen Ebenen von GSVP-Missionen - insbesondere  
334 in Leitungsebenen - deutlich zu erhöhen. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen sollen bei  
335 allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender und  
336 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken und die Beteiligung von Frauen und  
337 marginalisierten Gruppen an entsprechenden Delegationen signifikant erhöhen.

338 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf gegen  
339 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Denn Frauen-, Queer- und  
340 Transfeindlichkeit ist für viele Menschen eine Sicherheitsbedrohung. Nach dem Beitritt der  
341 EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-  
342 Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen  
343 die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

344 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer  
345 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie bisherige  
346 Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85  
347 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll  
348 die EU strukturell mehr Mittel zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen  
349 bereitstellen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit feministischen  
350 zivilgesellschaftlichen Akteuren oder die Unterstützung im Bereich der Grundbildung und  
351 beruflichen Bildung, des Unternehmertums sowie der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.  
352 Gemäß des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter wollen wir  
353 gendertransformative und intersektionale Ansätze systematisch in unserem  
354 entwicklungspolitischen Handeln verankern.

## 355 **2. Eine europäische Sicherheits- und** 356 **Verteidigungspolitik**

### 357 **Europa gemeinsam verteidigen**

358 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen  
359 geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere Art zu  
360 leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der  
361 Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und  
362 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

363 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto  
364 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische Verteidigungsfähigkeit  
365 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der  
366 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind  
367 dafür maßgebend. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU und der NATO  
368 und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer Verantwortung und  
369 den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen Staaten,  
370 unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen Stationierung  
371 von Bundeswehreinheiten im Baltikum.

372 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und  
373 Verteidigungsunion mit einer starken parlamentarischen Beteiligung und Kontrolle arbeiten.  
374 Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-  
375 Einheiten oder transnationalen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Corps, wollen wir  
376 ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen  
377 notwendig sowie die Schaffung der Grundlagen einer einheitlichen Fürsorgeverpflichtung der  
378 EU gegenüber den eingesetzten Kräften und zivilen Entsandten. Wir wollen die gemeinsame EU-  
379 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum Beispiel bei  
380 der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

381 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und  
382 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und personell.  
383 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, einer  
384 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen, die tatsächlichen Bedarfe vor Ort  
385 berücksichtigen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Für die  
386 zivilen GSVP Missionen müssen wir langfristige Finanzrahmen mit flexiblerer Konzeption  
387 verbinden, damit diese schneller einsatzbereit sein und sich angemessen auf veränderte  
388 Gegebenheiten einstellen können. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom  
389 Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die  
390 Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken  
391 deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so  
392 angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel, die Planbarkeit der Ausgaben und die  
393 parlamentarische Kontrolle im Europaparlament und den Mitgliedstaaten verbessert werden.  
394 Auch der Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems ist für uns ein notwendiger  
395 Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur.

396 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu einer  
397 komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven Nutzung  
398 von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine gemeinsame und damit kosteneffektivere europäische  
399 Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es der wirksamen Umsetzung der  
400 jährlichen Fähigkeitsanalyse in enger Koordination und Abstimmung mit dem Planungsprozess  
401 der NATO auf Basis gleicher Standards und Normen, finanzieller Anreize für und Vertrauen  
402 zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen  
403 Interessen zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Damit erreichen wir  
404 die Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors. Die Europäische Verteidigungsagentur  
405 (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung  
406 von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen  
407 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und  
408 die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

409 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument  
410 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten militärischen  
411 Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über Beschaffung bis  
412 hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und  
413 abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.

#### 414 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

415 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen Waffensystemen schafft  
416 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit, und somit auch einen Beitrag für eine gemeinsame  
417 wertebasierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte  
418 braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf  
419 der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung  
420 beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer  
421 gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen  
422 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.  
423 Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen  
424 dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen dürfen nicht  
425 weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder  
426 diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für  
427 Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für  
428 Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

429 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben  
430 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Das

431 Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in unsicheren  
432 Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende Maßnahmen fördern,  
433 und bi- und multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich für  
434 eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen Pfeiler  
435 der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre  
436 Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu begleiten sowie  
437 als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zu Vision Global Zero  
438 zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven, gemeinsamen Beitritt  
439 und einer atomwaffenfreien Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von  
440 letalen autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen  
441 geben, die den menschlichen Faktor bei Entscheidungen über Leben und Tod technisch  
442 verzichtbar machen. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Einsatz von bewaffneten  
443 Drohnen, auch wenn er von unseren Bündnispartnern durchgeführt wird. Den Einsatz von  
444 Streubomben, auch in der Ukraine, lehnen wir ab. Zudem wollen wir uns mit der EU weltweit  
445 dafür einsetzen, gemäß des Oslo-Übereinkommens auch nicht Vertragsparteien vom Einsatz von  
446 Streumunition abzubringen.

#### 447 **Krisen vorbeugen**

448 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die Konflikte  
449 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der Politikfelder und  
450 Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile Akteure  
451 umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure  
452 in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang  
453 flexibilisieren und Mittelvergaben langfristiger planbar gestalten. Wir wollen die EU-Mittel  
454 und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und  
455 effektiv handeln zu können. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und Konfliktbearbeitung der  
456 UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
457 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken. Wir  
458 wollen die Erforschung der Ursachen von aktuellen Konflikten, ihren Verläufen und ihrer  
459 friedlichen Bearbeitung stärken und die internationale Vernetzung in der Friedens- und  
460 Konfliktforschung fördern.

461 Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden  
462 durch Kooperation nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument  
463 der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und systematisch  
464 fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu  
465 unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen  
466 aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Ausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf  
467 Migrationsmanagement stellen wir uns entgegen. Für effektive Maßnahmen der zivilen  
468 Krisenprävention, der Stabilisierung, der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung  
469 braucht es tiefgehende Kontextanalysen, eine bessere Koordination und wirksame Evaluationen.  
470 Um Mitgliedsstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des  
471 Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence for  
472 Civilian Crisis Management ausbauen.

473 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
474 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche  
475 Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten, mindern die  
476 Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen  
477 ihrer Heimat zwingen.

478 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten  
479 sind. Die europäischen und internationalen Organisationen in diesem Bereich wollen wir  
480 stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie effizientere

481 und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für  
482 humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser  
483 koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe  
484 verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von  
485 marginalisierten Gruppen zu achten.

### 486 **3. Globale Gerechtigkeit**

#### 487 **Verlässliche Partnerin sein**

488 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die Menschen, die  
489 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit  
490 stehen wir für eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens.  
491 Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu schaffen.  
492 Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass es  
493 bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel, Energie  
494 und Transport verschärften Hunger- und Wirtschaftskrisen, destabilisierten Länder und  
495 brachten Menschen weltweit in Not. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um die  
496 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten  
497 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Wir  
498 engagieren uns für partnerorientierte, feministische, dekoloniale und nachhaltige Ansätze in  
499 der Entwicklungszusammenarbeit, die systemische Ungerechtigkeiten wirkungsorientiert  
500 abbauen. Damit wollen wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden und  
501 koloniale Kontinuitäten kritisch hinterfragen.

502 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
503 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen wir die  
504 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren  
505 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in  
506 Hochschulen und NGOs stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die Zusammenarbeit  
507 mit der Privatwirtschaft inklusive Start-ups gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass  
508 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen  
509 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert werden.  
510 Wir wollen zudem globale Städtepartnerschaften stärken, die Themen der globalen  
511 Gerechtigkeit in die Lebensräume von Menschen vor Ort bringen und einen wichtigen Beitrag  
512 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

513 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die  
514 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das  
515 gegebene Versprechen einlösen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für  
516 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität  
517 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell,  
518 unbürokratisch und wirkungsorientiert umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem  
519 den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele  
520 sowie des Pariser Klimaabkommens und des Montrealer Biodiversitätsabkommens beitragen. In  
521 Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der Menschen  
522 stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument  
523 gegen Armut. Die Bedarfe zum Wiederaufbau für die Ukraine sollten dabei zusätzlich zur ODA-  
524 Quote zur Verfügung gestellt werden.

525 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im entwicklungspolitischen  
526 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in  
527 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende Koordinierung,  
528 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen,  
529 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für  
530 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament wollen wir

531 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

532  
533 Im Bereich der digitalen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir menschenzentrierte und  
534 verantwortungsvolle Digitalisierung global gestalten und die digitale Selbstbestimmung  
535 fördern. Wir wollen den digitalpolitischen Austausch stärken, denn als EU können wir viel  
536 von digitalen Vorreitern in Ländern des Globalen Südens lernen. Wir wollen  
537 Angemessenheitsbeschlüsse mit unseren Partnerländern ausbauen und so die Teilhabe an  
538 internationaler digitaler Wertschöpfung fördern.

### 539 **Ernährung global sichern**

540 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle  
541 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein  
542 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur Umsetzung des  
543 Rechts auf Nahrung beitragen.

544 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen, aber auch  
545 Zugang zu überregionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft  
546 widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen.  
547 Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich  
548 tragfähige und ökologisch wie sozial nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen  
549 Nährstoffkreisläufen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Agrarsubventionen,  
550 patentiertes Saatgut und Landraub nicht bäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern des  
551 Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Hierbei hat für  
552 uns der Respekt vor den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und der  
553 Selbstbestimmung der Menschen höchste Priorität. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler  
554 Saatgutbanken und Züchtungsinfrastruktur fördern, damit traditionelles Wissen und die  
555 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben, sowie Abhängigkeiten in der  
556 Saatgutentwicklung reduziert werden. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere  
557 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in  
558 Notsituationen, einsetzen. Auch die Spekulation mit Wasser muss streng reguliert werden. Wir  
559 wollen verhindern, dass sich Wasserknappheit neben zunehmenden Dürren und steigender  
560 Wasserpreise zusätzlich noch durch Spekulation verschärft.  
561 Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind,  
562 wollen wir beenden.

563 Die Förderung einer nach agrarökologischen Prinzipien ausgerichteten Landwirtschaft in  
564 Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von  
565 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen,  
566 Märkten, und Finanzmitteln sowie gegenseitigem Wissenstransfer. Hierbei muss auch die Rolle  
567 von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Ernährung und Nahrungsmittelproduktion in den  
568 Blick genommen werden.

### 569 **Globale Verantwortung annehmen**

570 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und ehemaligen  
571 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
572 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten  
573 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der  
574 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es  
575 eine antirassistische Perspektive und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen  
576 Kontinuitäten.

577  
578 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf EU-Ebene die Debatte über die Anerkennung der  
579 durch Mitgliedsstaaten der EU während ihrer Kolonialzeit begangenen  
580 Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen sowie die Aneignung und Zerstörung kulturellen

581 Erbes in Ländern des Globalen Südens geführt wird. Wir möchten einen gemeinsamen Weg finden,  
582 sich angemessen zu entschuldigen, mit Worten und Taten Verantwortung zu übernehmen und in  
583 einem völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.

584  
585 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den  
586 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen  
587 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die  
588 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und  
589 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen kontinuierlich  
590 evaluieren und weiterentwickeln.

591  
592 Viele Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre  
593 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die  
594 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und  
595 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu müssen die  
596 Schuldenrestrukturierungen unter dem G20 Common Framework weiterentwickelt werden, um diese  
597 transparenter zu machen und alle privaten und staatlichen Gläubiger verbindlich  
598 einzubeziehen. Langfristig muss dieses Verfahren bei der UN angesiedelt werden. Wir wollen  
599 verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung  
600 missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens  
601 weiter einschränkt. Wir setzen uns zudem für eine Reform der globalen Steuerarchitektur und  
602 eine partnerschaftliche Einbindung des Globalen Südens ein, um globale Gerechtigkeit und  
603 Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu gehört die Förderung einer inklusiven, gerechten und  
604 effektiven internationalen Steuerkooperation auf Ebene der UN, zum Beispiel durch die  
605 Verhandlungen zu einer umfassenden UN Steuerkonvention.

## 606 **4. Fairer Handel**

### 607 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

608 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren.  
609 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche Säule  
610 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken  
611 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel ab. Es  
612 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss zu  
613 nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und  
614 Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Auf diese Weise  
615 schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und wirken  
616 damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

617 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass wir  
618 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
619 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert  
620 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei unterstützen,  
621 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

### 622 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

623 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der  
624 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle  
625 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie dieser  
626 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang zu  
627 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-, Umwelt-  
628 und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

629 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch  
630 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen daher

631 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien,  
632 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich  
633 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Wir treten für weltweit hohe Umwelt-  
634 und Sozialstandards ein, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen anzugleichen.

635 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle  
636 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden, wie im  
637 kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Neuseeland. Im Falle eklatanter  
638 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser Klimaabkommen, sollte  
639 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen aussetzen.

640 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums  
641 (TRIPS), nicht zuletzt in Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, neu ausrichten.  
642 Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen  
643 Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die  
644 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken. Wir  
645 wollen zudem Barrieren für Innovationen und deren Marktdurchdringung insbesondere in  
646 gemeinwohlorientierten Bereichen und Bereichen der Daseinsfürsorge abbauen. Dafür wollen wir  
647 zum Beispiel die Weiterentwicklung des Europäischen Patentrechts prüfen.

648  
649 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem sie die  
650 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in ihren  
651 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige  
652 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies erfordert  
653 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen,  
654 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler  
655 Binnenmarkt.

656 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor Beginn der  
657 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam mit dem Rat  
658 der EU bestimmen.

659 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen  
660 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den fairen  
661 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten Staaten einen  
662 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer  
663 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir  
664 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles  
665 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-  
666 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von Handelspartnern wehren  
667 kann.

668  
669 Wir setzen uns für transparente und öffentlich legitimierte Formen der Streitbeilegung in  
670 Freihandelsabkommen ein, sofern diese erforderlich sind.

### 671 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

672 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken Kreislaufwirtschaft  
673 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu  
674 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl entstehen  
675 können.

676 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um eine  
677 faire CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem zu ergänzen  
678 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement  
679 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren

680 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie,  
681 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz  
682 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

683 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche  
684 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies  
685 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge. Der  
686 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem  
687 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir  
688 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

689 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel, die  
690 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen. Damit das Gesetz auch die angestrebte  
691 Wirkung erzielt, muss sich die EU nun um Partnerschaften mit Produzentenländern bemühen und  
692 diese beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten und der Einhaltung der Vorgaben unterstützen.  
693 Wir wollen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Agroforstsystemen in den Tropenwäldern besonders  
694 fördern.

### 695 **Auf faire Partnerschaften setzen**

696 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik  
697 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte europäische  
698 Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger  
699 Hebel, um diese Ziele zu erreichen, und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer, sondern die  
700 gesamte Lieferkette abzudecken. So setzen wir auch die neue europäische Lieferketten-  
701 Richtlinie in nationales Recht um und passen wo nötig nationale Vorgaben an. Wir ermöglichen  
702 es Geschädigten in der EU, ihre Rechte geltend zu machen. Damit übernehmen die EU und ihre  
703 Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping  
704 zurückzudrängen.

705 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
706 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen angesehen  
707 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und Gemeinschaften  
708 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

709 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter\*innen auf der Welt. Produkte aus dieser  
710 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-Importverbot  
711 für Produkte aus Zwangsarbeit, muss daher konsequent umgesetzt werden. Dabei wollen wir  
712 jegliche Art von Zwangsarbeit, auch im digitalen Raum, in den Blick nehmen.

713 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens müssen wir fair gestalten. Die  
714 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des  
715 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels  
716 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die es  
717 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu  
718 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.  
719 Um Länder im Globalen Süden dabei zu unterstützen, ihre Exportabhängigkeit von  
720 unverarbeiteten Rohstoffen zu verringern, wollen wir europäische und internationale  
721 Freihandelsinstrumente so gestalten, dass sie den Aufbau von lokalen Industrien und die  
722 Integration in höhere Wertschöpfungsstufen nicht verhindern.

## 723 **5. Mehr EU in Europa**

### 724 **Erweiterungsperspektiven**

725 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen Interesse.  
726 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es  
727 unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen. Klare

728 Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen  
729 Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt,  
730 muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

731 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der EU,  
732 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*, vollumfänglich  
733 übernehmen.

734 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den langwierigen  
735 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des europäischen  
736 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den  
737 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Nationale Vetos von EU-Mitgliedstaaten in den  
738 Kapitelöffnungen sollten den Beitrittsprozess nicht blockieren dürfen. Wir wollen den  
739 Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen  
740 anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein  
741 Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im  
742 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf  
743 der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und dem Kampf gegen Korruption und  
744 Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-Antikorruptionsbehörde  
745 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von ihnen  
746 eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

747 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre  
748 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU ist uns  
749 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits  
750 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
751 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können. Wir erwarten von allen  
752 Beitrittskandidaten die vollumfängliche Angleichung an die Gemeinsame Außen- und  
753 Sicherheitspolitik der EU, inklusive der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

#### 754 **Westbalkanstaaten**

755 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,  
756 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

757 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen  
758 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses Beitrittsversprechen  
759 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und  
760 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
761 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

762 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter  
763 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender Aufarbeitung  
764 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess  
765 intensiv unterstützen. Den Versuchen autoritärer Staaten die Region zu destabilisieren, muss  
766 die EU entschlossen und geschlossen entgegen treten. Wir unterstützen die demokratische  
767 Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina und begrüßen  
768 die Präsenz von EUFOR, um die Sicherheit im Land zu stärken. Wir fordern die serbische  
769 Regierung auf, gegen Gewalt und für eine friedliche Verständigung öffentlich einzutreten und  
770 fordern Serbien und Kosovo auf, zu einer dauerhaften Lösung am Verhandlungstisch zu kommen.  
771 Das ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und ein Schlüssel für den EU-  
772 Beitrittsprozess Serbien. Zur Unterstützung des Friedensprozess stärken wir KFOR. Die  
773 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die  
774 grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive Erinnerungskultur  
775 unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die Region beim

776 Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien, moderner Bahninfrastruktur und  
777 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

### 778 **Ukraine**

779 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen  
780 Ukrainer\*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg mutig  
781 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und  
782 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

783 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und  
784 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine  
785 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale  
786 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine,  
787 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und  
788 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen  
789 Sicherheitsgarantien.

790 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide Seiten  
791 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf  
792 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive Rolle  
793 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir sehen bereits große  
794 Fortschritte bei den für die EU-Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen. Die Bevölkerung  
795 der Ukraine verdient unsere Anerkennung dafür, dass sie ihr Land inmitten eines Krieges so  
796 grundlegend verändern.

797 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der Ukraine  
798 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch  
799 großer finanzieller Anstrengungen, die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft und  
800 erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen  
801 die russischen Angriffe zu stärken. Wir setzen uns ein für eine langfristige und nachhaltige  
802 Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Dafür braucht es neben unterschiedlichen  
803 staatlichen wie privatwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch  
804 Zuschüsse. Wir wollen prüfen lassen, ob und wie stillgelegte russische Vermögenswerte  
805 rechtssicher für den Wiederaufbau der Ukraine nutzbar gemacht werden können.

806 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische  
807 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des  
808 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über die  
809 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und  
810 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus der  
811 Ukraine schaffen.

812 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass die EU  
813 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als Zeichen  
814 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den  
815 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres  
816 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt zur  
817 globalen Ernährungssicherung bei.

### 818 **Georgien und Moldau**

819 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel von  
820 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit Beginn  
821 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen entschlossen  
822 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und  
823 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür

824 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat und schon seit  
825 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
826 unterstützen. Der Wunsch der georgischen Bevölkerung nach EU-Integration ist weiterhin  
827 riesig; die Regierung muss nun die notwendigen Reformen umsetzen, um den europäischen Traum  
828 des Landes zu erfüllen.

### 829 **Europäische Nachbarschaft**

830 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit  
831 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

832 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung von  
833 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir intensivieren.  
834 Dafür arbeiten wir auch auf einen Beitritt der EU zur europäischen Menschenrechtskonvention  
835 hin.

836 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren  
837 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-Mitgliedschaft  
838 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im  
839 ausgeprägten europäischen Interesse.

840 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran arbeiten,  
841 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche und  
842 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen  
843 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm  
844 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung  
845 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den  
846 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

847 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg  
848 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie kann in  
849 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

### 850 **Türkei**

851 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine langjährige  
852 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und  
853 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in  
854 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der EU hat.

855 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich in  
856 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten entfernt.  
857 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen  
858 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die  
859 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine schwierige  
860 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.  
861 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus  
862 engagiert.

863 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin innerhalb der  
864 NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE  
865 Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst  
866 dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
867 einschlägt.

868 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und möglich  
869 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der  
870 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen

871 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Geflüchtete, gegen Kurd\*innen  
872 und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden,  
873 treten wir entschieden entgegen.

874  
875 Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen, darunter auch Osman  
876 Kavala und Selahattin Demirtas, aus der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen  
877 Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) Folge leisten. Mit der Missachtung der Urteile des  
878 EGMR macht die Türkei das laufende Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen des Europarates  
879 unumgänglich. Die Missachtung von Gerichtsurteilen schafft Rechtsunsicherheit, die auch die  
880 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei belastet.

881 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für Demokratie und  
882 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische Zivilgesellschaft,  
883 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

## 884 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

### 885 **Östliche Nachbarn der EU**

886 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren Kontinent.  
887 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen  
888 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es zielgerichtete  
889 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die  
890 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen  
891 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische  
892 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

893 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den Protesten  
894 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für Demokratie und  
895 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit  
896 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die  
897 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und  
898 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

899 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die Unterstützung des  
900 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und  
901 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir  
902 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial  
903 unterstützt.

904 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und  
905 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Armeniens Weg  
906 für mehr politische Teilhabe und Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um  
907 Bergkarabach massiv erschwert. Aserbaidschan hat sich entschlossen, durch militärische  
908 Gewalt Fakten zu schaffen. Wir verurteilen Bakus militärischen Angriff auf Bergkarabach im  
909 September 2023. Die EU muss der autokratischen aserbaidshianischen Regierung klare Grenzen  
910 für den Fall weiterer Offensiven aufzeigen. Einen langfristigen Frieden kann es nur durch  
911 Verhandlungen geben. Daher begrüßen wir die Bemühungen der EU, mit Armenien und  
912 Aserbaidschan eine nachhaltige Friedenslösung zu finden. Die EU-Beobachtungsmission in  
913 Armenien (EUMA) leistet dabei einen wichtigen stabilisierenden Beitrag. Über 100.000  
914 Armenierinnen und Armenier sahen sich gezwungen Bergkarabach zu verlassen, die Hälfte davon  
915 Kinder und ältere Menschen. Die EU sollte die Integration der aus Bergkarabach Geflüchteten  
916 in Armenien unterstützen beziehungsweise ihre Rückkehr nach Bergkarabach durch  
917 internationale Schutzmechanismen ermöglichen. Der Schutz der armenischen Kultur und  
918 christlichen Religion in Bergkarabach muss sichergestellt werden, um den Erhalt des  
919 gemeinsamen Erbes der Region zu schützen. Die EU sollte zwischen Armenien und Aserbaidschan

920 als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte  
921 Armeniens stärken. Das sollte auch beinhalten, dass die EU Armenien dabei unterstützt, den  
922 demokratischen Reformprozess trotz aller Herausforderungen voranzutreiben und die  
923 Unabhängigkeit des Landes von Russland zu stärken. Dafür braucht es eine noch engere  
924 Partnerschaft und Annäherung Armeniens mit der EU, ebenso wie mit Deutschland.

925 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt. Sicherheit  
926 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt, Lüge,  
927 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde mundtot  
928 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft.  
929 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir  
930 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches  
931 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das  
932 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische  
933 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter\*innen. Wirtschafts- und  
934 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

935 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den russischen  
936 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und muss  
937 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

### 938 **Transatlantische Beziehungen**

939 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so tiefe  
940 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA haben nach  
941 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur wirtschaftlichen  
942 Entwicklung und politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur  
943 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

944 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere  
945 europäische Gegenwart und Zukunft. Wir schätzen Kanada und die USA als enge und verlässliche  
946 Wertepartner und möchten die Beziehungen der EU mit beiden weiter vertiefen. Seit dem  
947 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben unsere transatlantischen Partner und allen  
948 voran die USA dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die  
949 politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die USA sind eine  
950 zentrale strategische Partnerin: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung  
951 unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

952 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China, Russland und  
953 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale  
954 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und ausbauen.  
955 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen Umbau  
956 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien entwickeln  
957 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

958 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite Partner  
959 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen, um  
960 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Wir  
961 wollen die europäische Säule der NATO stärken, auch durch eine vertiefte EU-NATO-  
962 Zusammenarbeit. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das  
963 Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es  
964 entschieden entgegenzutreten.

965 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig  
966 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die  
967 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von

968 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.  
969 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die  
970 eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

971 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein geeignetes  
972 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Wir befürworten  
973 die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, um einen transatlantischen  
974 Markt zu schaffen, der weltweit höchste soziale und ökologische Standards nach dem Prinzip  
975 des „Race to the Top“ folgt und als Impulsgeber für die grüne Transformation weltweit wirkt.  
976 Ein wichtiges Element dabei ist die gemeinsame Arbeit an einem Club für kritische Rohstoffe.

## 977 **China**

978 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch  
979 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft jedoch  
980 zunehmend in den Hintergrund. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver und  
981 autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale und imperiale Ambitionen  
982 und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dafür nutzt China auch  
983 zunehmend seinen Einfluss im Rahmen der BRICS-Staaten und seine enge Partnerschaft mit  
984 Russland. Das trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China  
985 bei. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als  
986 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere  
987 Koordinierung des Verhältnisses zu China insbesondere mit unseren transatlantischen und  
988 indopazifischen Partnern ein.

989 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel bei  
990 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische Wirtschaft  
991 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,  
992 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es  
993 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die  
994 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine Absage.

995 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt. Das  
996 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch gibt es  
997 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt für  
998 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum besser  
999 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer  
1000 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Kritische  
1001 Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie Schlüsselindustrien  
1002 müssen vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU  
1003 geschützt werden.

1004 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU sowie  
1005 einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und Exportrestriktionen  
1006 im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser  
1007 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende Wirkung  
1008 erzielen.

1009 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur\*innen in der Provinz  
1010 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter\*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter\*innen der  
1011 Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist\*innen in Hongkong, durch die chinesische  
1012 Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer  
1013 Politik. Das gilt auch für die internationalen Lieferketten europäischer Unternehmen.  
1014 Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen. Wir  
1015 erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen  
1016 Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

1017 Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des  
1018 demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass  
1019 das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der  
1020 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Eine Änderung des Status Quo in der  
1021 Taiwanstraße darf nicht gegen den Willen Taiwans erfolgen. Wir betrachten Taiwan als  
1022 demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen,  
1023 zivilgesellschaftlichen und politischen Austausch zu intensivieren.

1024 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise von Ländern des Globalen  
1025 Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und  
1026 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China zusammenarbeiten. Dies  
1027 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den Schutz  
1028 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen  
1029 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für  
1030 Kooperation.

### 1031 **Naher Osten und Nordafrika**

1032 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die  
1033 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend unerfüllt, und  
1034 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir  
1035 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die  
1036 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem  
1037 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der europäischen  
1038 Nahostpolitik stehen.

1039 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der Zusammenarbeit von  
1040 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um Strukturen  
1041 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1042 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein für  
1043 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit und  
1044 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
1045 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere  
1046 Verantwortung.

1047 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der  
1048 Region erpressbar macht. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu  
1049 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst  
1050 Fluchtgründe schaffen.

1051 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit  
1052 gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Die Terrorangriffe der  
1053 Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur. Wir stehen nach diesen fürchterlichen  
1054 Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Israel hat wie jeder andere Staat  
1055 das völkerrechtlich verbiefte Recht, sich gegen Angriffe wie diese im Rahmen des  
1056 humanitären Völkerrechts zu verteidigen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen  
1057 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zwei-  
1058 Staaten-Regelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen  
1059 Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Dafür soll die EU die Kräfte der  
1060 Mitgliedstaaten für Verhandlungen der beiden Seiten bündeln und ihre tatkräftige und  
1061 großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten.

1062  
1063 Dazu braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine konsequente  
1064 Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine Grundlage für  
1065 die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der

1066 Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Terror gegen  
1067 Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Den fortdauernden israelischen Siedlungsbau,  
1068 Pläne für völkerrechtswidrige Annexionen und die Siedlergewalt gegen Palästinenser\*innen im  
1069 Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Wir wollen weiterhin mit denjenigen  
1070 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für  
1071 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger\*innenrechte und Frieden einsetzen. Als größte  
1072 Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete auch  
1073 den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um Hass  
1074 entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser\*innen und den  
1075 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

1076 Im Iran stehen wir an der Seite der feministischen Protestbewegung gegen das iranische  
1077 Regime. Diese setzt sich für ein demokratisches Iran ein, kämpft für Achtung der  
1078 Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Bevölkerung, einschließlich der Abschaffung von  
1079 Kleidungs Vorschriften wie der Zwangsverschleierung. Wir wollen, dass die EU die Erweiterung  
1080 der Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes sowie eine Verschärfung der Sanktionen  
1081 beim Handel und bei Finanzbeziehungen fortlaufend kritisch prüft.

1082  
1083 Die islamische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.  
1084 Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und  
1085 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als  
1086 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich geschlossen  
1087 werden, ebenso wie Vertretungen in anderen deutschen Städten. Das Regime versucht mit einer  
1088 aggressiven Außenpolitik und Terrorfinanzierung die Region zu destabilisieren. Die  
1089 Terrorfinanzierung des iranischen Regimes, welche unter anderem für das erklärte Ziel der  
1090 Vernichtung Israels eingesetzt wird, gilt es zu bekämpfen. Gerade mit Blick auf die  
1091 Sicherheit Israels muss die EU in Zusammenarbeit mit den USA die Nuklearisierung des Irans  
1092 verhindern. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen halten.  
1093 Iran verletzt seine Verpflichtungen aus dem JCPoA seit 2019 fortwährend massiv und hat die  
1094 Gelegenheit, zum JCPoA zurückzukehren, mehrfach ausgeschlagen. Darum müssen die  
1095 proliferationsbezogenen Maßnahmen im Nuklearbereich sowie Sanktionen aufrecht erhalten  
1096 bleiben. Wir wollen aus den Lehren der Verhandlungen um das JCPoA lernen.

1097 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
1098 auftretenden EU entgegenwirken. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen um Deeskalation in  
1099 der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum Beispiel  
1100 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

1101 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden übereilten Abzug westlicher Truppen  
1102 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die  
1103 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die  
1104 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU  
1105 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei  
1106 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind aufgrund  
1107 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres  
1108 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz und die  
1109 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen und ihren mitbedrohten  
1110 Familien.

### 1111 **Afrika**

1112 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden. Wir  
1113 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in ihren  
1114 Bemühungen unterstützen, nachhaltige Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir  
1115 sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,

1116 Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Wir  
1117 wollen mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen  
1118 zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige Entwicklung  
1119 machen. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe und verurteilen  
1120 verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen, die die demokratische  
1121 Entwicklung in einigen afrikanischen Staaten gefährden.

1122 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima-, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften  
1123 sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, die dazu beitragen können, die Industrie  
1124 auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist  
1125 für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer  
1126 zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur Verfügung stehen müssen, insbesondere den  
1127 ärmsten und marginalisierten Menschen.

1128 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein Schritt in  
1129 Richtung weiterer nachhaltiger Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives  
1130 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit  
1131 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen  
1132 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden  
1133 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1134 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für  
1135 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem dort, wo die staatlichen  
1136 Strukturen geschwächt oder wo autokratische Strukturen vorherrschend sind, wollen wir die  
1137 Zivilgesellschaft sowie demokratische politische Akteure unterstützen. Das gewaltfreie  
1138 Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren Ländern  
1139 sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine  
1140 besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

1141 Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren, Dienstreisen  
1142 erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen, einfacher und schneller Zugang zu  
1143 Visa bekommen. Ein Beitrag dazu ist die Digitalisierung der Visaverfahren.

1144 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht gekennzeichnet.  
1145 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den Folgen der  
1146 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde. Im  
1147 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes und verbundener wirtschaftlicher Ausbeutung wollen  
1148 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

#### 1149 **Indopazifik**

1150 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier  
1151 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

1152 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,  
1153 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit ASEAN und seinen Mitgliedsstaaten  
1154 sowie den ozeanischen Inselstaaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf  
1155 mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftlicher Modernisierung legen und  
1156 gleichzeitig kulturellen Austausch, zivilgesellschaftliche Akteure und den Schutz der  
1157 Menschenrechte stärken. Insbesondere die Kooperation mit Japan als engstem Partner im  
1158 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter  
1159 vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022  
1160 mit Japan als erstem Partnerland überhaupt geschlossen hat.

1161  
1162 Gerade im Indopazifik tritt China immer aggressiver auf und propagiert zugleich sein  
1163 autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Deshalb wollen wir auch die

1164 Kooperation zwischen der EU und indopazifischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und  
1165 Verteidigungspolitik ausbauen.

1166 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz  
1167 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir wollen  
1168 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels konkret und  
1169 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den  
1170 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region,  
1171 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1172 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir  
1173 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie die  
1174 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für die  
1175 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei  
1176 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren  
1177 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten  
1178 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die  
1179 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte  
1180 in Grenzregionen ein.

1181  
1182 Die EU-Mitgliedsstaaten sollten sich innerhalb der UN dafür einsetzen, völkerrechtswidriges  
1183 Verhalten des Militärregimes in Myanmar zu verurteilen und freie und faire Wahlen in dem  
1184 Land einfordern.

### 1185 **Lateinamerika**

1186 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch unsere  
1187 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei der  
1188 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU  
1189 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen  
1190 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1191 In einigen lateinamerikanischen Ländern haben sich autoritäre Regierungen etabliert, die die  
1192 Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. Auch demokratische Staaten  
1193 sind nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang  
1194 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen  
1195 autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist die  
1196 Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Regierungen und eine starke Zivilgesellschaft  
1197 essenziell. Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte  
1198 von LGBTIQ\* Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine  
1199 effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören neben  
1200 polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher  
1201 Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung  
1202 grenzüberschreitender Ermittlungen.

1203 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika. Die  
1204 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine Intensivierung  
1205 von Klima-, Rohstoff- und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation  
1206 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Natur- und Tropenwaldschutz. Der Schutz  
1207 der Rechte der indigenen Völker muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert  
1208 werden.

1209 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um seine  
1210 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Diese können nur dann erfolgreich sein,  
1211 wenn sie partnerschaftlich ausgehandelt werden, beide Seiten davon profitieren und ein  
1212 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Die Global-Gateway-

1213 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aus den Fehlern der  
1214 Vergangenheit lernen und unsere Handelspolitik zukünftig so gestalten, dass keine  
1215 Umweltzerstörungen befeuert werden und keine neokoloniale Ausbeutung entsteht. Wir wollen  
1216 Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form  
1217 ab und fordern Nachverhandlungen um grundlegende Veränderungen zu erreichen für ein faires,  
1218 ökologisches und postkoloniales Abkommen, das Menschenrechte respektiert,  
1219 Technologietransfer gewährleistet und den intensiven Abbau von Rohstoffen im globalen Süden  
1220 für den Konsum des globalen Nordens ein Ende setzt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur  
1221 ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche,  
1222 einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart  
1223 werden. Umsetzbar sind alle genannten Standards gerade in Zeiten rechtspopulistischer  
1224 Regierungen nur dann, wenn Verstöße dagegen genauso effektiv sanktioniert werden können wie  
1225 die Handelsbestimmungen des Abkommens. Die Möglichkeit der Aussetzung von Handelspräferenzen  
1226 bei Verstößen von Nachhaltigkeitsstandards ist daher eine unabdingbare Voraussetzung für  
1227 eine Zustimmung zum Abkommen. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur  
1228 gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes,  
1229 Schutz der indigenen Völker und der Menschenrechte geben. Dadurch stellen wir sicher, dass  
1230 unsere Partnerschaft mit den Mercosur Ländern intensiviert wird und gleichzeitig die  
1231 Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.

## Beschluss (vorläufig)

B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

### Antragstext

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende Wetterextreme  
2 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen  
3 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für  
4 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis  
5 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute,  
6 bisweilen gar existenzielle Nöte.

7 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn  
8 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

9 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa  
10 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von  
11 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in  
12 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können,  
13 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

14 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte  
15 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann  
16 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand  
17 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn  
18 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für  
19 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute  
20 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in  
21 Hand und bedingen einander.

22 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder  
23 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der  
24 Arbeitnehmer\*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter\*innen und Erwerbslosen.  
25 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger\*innen auf wirksame Medikamente  
26 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass  
27 Verbraucher\*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und  
28 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen  
29 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu  
30 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die  
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und  
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem Auskommen

34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein  
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür  
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür  
38 verbessern, dass alle Europäer\*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben  
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke  
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU,  
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die  
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für  
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare  
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort  
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann  
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells,  
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle  
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die  
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische  
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa  
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik.  
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche  
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat  
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale  
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das  
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa  
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der  
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter  
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft  
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die  
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen,  
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es  
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa  
69 wollen wir sein.

## 70 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

### 71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache  
73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele  
74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und  
75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen  
76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das  
77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre  
78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe  
79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert  
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa

82 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere  
83 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die  
84 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren  
85 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass  
86 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung den  
87 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der  
88 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch  
89 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit  
90 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer  
91 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen.  
92 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der  
93 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten  
94 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten  
95 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen  
96 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter  
97 gewährleistet ist.

98 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür  
99 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der  
100 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den  
101 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregeln zu beenden. Die  
102 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische  
103 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-  
104 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere  
105 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen  
106 Betriebsräten ein.

107  
108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea  
109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer\*innen im Aufsichtsrat zu prüfen.  
110 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung  
111 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren  
112 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.

113  
114 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue  
115 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer\*innen ein, die  
116 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich  
118 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger  
119 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der  
120 Arbeitnehmer\*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken wir  
121 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer\*innen. Zudem setzen wir uns  
122 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt  
123 ein.

124 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des  
125 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche  
126 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den Strukturwandelregionen  
127 setzen wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der  
128 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur  
129 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

### 130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen

132 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler,  
133 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur  
134 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen  
135 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von  
136 Arbeitnehmer\*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt,  
137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu  
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten  
140 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom  
141 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-Kommission  
142 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer\*innen in Plattformunternehmen  
143 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen  
144 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu  
145 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit  
146 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten.  
147 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter  
148 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

149 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und  
150 Arbeitnehmer\*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch  
151 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die  
152 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der  
153 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um  
154 die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für  
155 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

156  
157 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für  
158 Arbeitnehmer\*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze  
159 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung  
160 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die  
161 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von Arbeitnehmer\*innen  
162 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen  
163 ihren Arbeitnehmer\*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese  
164 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel  
165 mitzugestalten.

### 166 **Freizügigkeit einfacher machen**

167 Dass EU-Bürger\*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip  
168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es  
169 stellt Arbeitnehmer\*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische  
170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für  
171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der  
172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger\*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die  
174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können  
175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die  
176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die  
177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen  
178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale  
179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die  
180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler\*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen, indem

181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen  
182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten  
184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer  
185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von  
186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.  
187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales  
188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen  
189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag  
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer\*innen geschätzt. Diese  
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass  
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell  
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns  
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im  
196 Homeoffice zu arbeiten.

### 197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer\*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein  
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in  
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger\*innen und  
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung,  
202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei  
204 Lkw-Fernfahrer\*innen, bei Saisonarbeiter\*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir  
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und  
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen  
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung  
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen  
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen  
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende  
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie  
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern  
213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.

214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen  
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und  
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir  
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte  
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu  
220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer  
221 wieder werden Arbeiter\*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten  
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überverteuerter Miete, die direkt  
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir  
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach  
226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung  
227 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die  
228 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen  
229 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der

230 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen im  
231 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der  
232 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun  
233 effektiv umgesetzt werden.

#### 234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht  
236 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr  
237 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im  
238 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches  
239 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung  
240 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale  
241 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.

242 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer  
243 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,  
244 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder  
245 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir  
246 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen  
247 realisiert wird.

248 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft  
249 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

250  
251 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland  
252 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein  
253 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr  
254 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder  
255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der  
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander  
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt  
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

#### 259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres  
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die  
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der  
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir  
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und  
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale  
266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall  
267 nutzbar zu machen.

#### 268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe  
270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft.  
271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die  
272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche  
273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu  
275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit  
276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten  
277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß  
278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute

279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland  
280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

### 281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen  
283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den  
284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger\*innen leitet dazu einen  
285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden  
286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte  
287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele  
288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen  
289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle  
290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von  
291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr  
292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser  
293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein  
294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und  
295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen  
296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

297  
298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein  
299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit  
300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen  
301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.  
302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine  
303 Verstetigung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote  
304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge  
305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

### 306 **Wohnen bezahlbar machen**

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein  
308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte  
309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp,  
310 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten  
311 Mieter\*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit.  
312 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung  
313 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und  
314 Armutsrisiken, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen,  
315 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer  
316 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank  
317 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit  
318 zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die Wohnungsnot.  
319 Investor\*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und  
320 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe.  
321 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor\*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet dem  
322 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir  
323 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter\*innen in den  
324 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums  
325 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem  
326 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln  
327 und neue beschränken.

328  
329 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe

330 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet-  
331 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und  
332 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von  
333 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür  
334 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit auch  
335 branchenübergreifend eine Integration von CO2 sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in  
336 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.

337 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten  
338 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit  
339 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins  
340 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den  
341 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden. Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu  
342 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen flächendeckend  
343 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für  
344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und  
345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und  
346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende Vorhaben  
347 und Projekte wollen wir ausweiten .

## 348 **2. Starke Regionen**

### 349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen.  
351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen  
352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen  
353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also  
354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das  
355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort  
356 durch ausreichende Ressourcen sichern.

357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo  
358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der  
359 Bürger\*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt  
360 gepflegt, hier kommen in Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen.  
361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer  
362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und  
363 Arbeitnehmer\*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu  
364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer  
365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und  
366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und  
367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und  
368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So  
369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem  
370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine  
371 wohnungsnaher Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung  
372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor  
373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter dabei,  
374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und  
375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle  
377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative  
378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser  
379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen

380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der  
381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft  
383 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir  
384 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und  
385 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die  
386 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen  
387 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und  
388 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate ADAPT). Diese  
389 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und  
390 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit  
391 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler\*innen, der  
392 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah  
393 am Alltag der Bürger\*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.  
394 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler\*innen und binationalen Familien durch  
395 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu  
396 vereinfachen.

### 397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand  
399 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur  
400 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen  
401 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen  
402 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der  
403 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in  
404 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.

405 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen  
406 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten.  
407 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der  
408 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und  
409 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und  
410 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen,  
411 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

412 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große  
413 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und  
414 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit  
415 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken wir die  
416 Gestalter\*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

417 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und  
418 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an  
419 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds  
420 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche  
421 Gründer\*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter  
422 gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den  
423 Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um  
424 über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu  
425 fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die  
426 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine  
427 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und

428 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen,  
429 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

430 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die  
431 Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung  
432 der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl  
433 der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir,  
434 indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit  
435 zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der  
436 Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden  
437 abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die  
438 ehrenamtliche Antragsteller\*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien.  
439 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

440 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft  
441 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges  
442 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung  
443 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen  
444 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein.  
445 Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So  
446 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

#### 447 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

448 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zentrales  
449 Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die  
450 ländlichen Räume näher zusammenbringen.

451 Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen.  
452 Coworking-Spaces können Ortskerne wiederleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke der  
453 Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor  
454 Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche  
455 Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die  
456 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale Einrichtungen  
457 unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und  
458 älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur  
459 Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter  
460 stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für  
461 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser  
462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume  
463 beitragen.

464  
465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche  
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die  
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und  
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen,  
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen.  
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von  
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen,  
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche  
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige  
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

#### 475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green  
477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft,

478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien  
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine  
480 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische  
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen  
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische  
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es  
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein  
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer\*innen in ganz Europa.

486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir  
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU  
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für  
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und  
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und  
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage  
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift, damit  
494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz,  
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben  
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden.  
497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge  
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die  
499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale  
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei  
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten  
502 Konditionen.

### 503 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

#### 504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere  
507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen  
508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der  
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige  
510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen  
511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und  
512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen  
513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen  
514 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die  
515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den  
516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu  
518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU  
519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie  
520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns  
521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen  
522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen  
523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren  
524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am  
528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale  
529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer  
530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum  
531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien,  
532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige  
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und  
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen Entschädigungen  
535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen  
536 von Patenten ein.

537

538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger\*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine  
539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter  
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken

542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer  
543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst  
544 entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein  
545 gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere  
546 Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-  
547 Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher\*innen leichter zu machen, sich  
548 gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in  
549 Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten  
550 Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung  
551 riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung des  
552 Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des  
553 Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der  
554 Raucher\*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei Werbung  
555 z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen,  
556 sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel  
557 sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben.  
558 Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung  
559 von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive  
560 Gesundheitsforschung stärken.

561 Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und  
562 Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

### 563 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

564 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der  
565 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer  
566 Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden  
567 Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die  
568 Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B.  
569 Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur Verfügung  
570 stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-  
571 Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für  
572 Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur  
573 gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in  
574 Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.

575

576 Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie

577 Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese  
578 Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.

579 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten  
580 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit  
581 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert  
582 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der  
583 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder  
584 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung  
585 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in  
586 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger  
587 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

588 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um  
589 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur  
590 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem  
591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

### 592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich  
594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese  
595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen  
596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter  
598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa  
599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch  
600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen  
601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit  
602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für  
603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

604  
605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert\*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den  
606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahе,  
607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen  
608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig  
609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die  
610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern  
611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und  
612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren  
613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für  
614 psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig  
616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die Pandemie  
617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit  
618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und  
619 Integration ein.

### 620 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde  
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die  
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren  
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und  
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten

626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter  
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-  
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die  
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen  
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese  
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu  
634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei  
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit  
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten  
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach  
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder  
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung  
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue  
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die  
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht  
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von  
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible  
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede  
646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien  
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der  
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere  
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen stärker  
650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an  
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen  
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt  
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung  
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte  
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des  
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

#### 658 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche  
660 Versorgung von Patient\*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert,  
661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von  
662 Patient\*innen zwischen verschiedenen Ärzt\*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in  
663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit  
664 den Zugang zu digitalen Patient\*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen  
666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der  
667 Patient\*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die  
668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der  
669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent  
670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und  
671 persönlichsten Daten überhaupt.

672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig  
673 keine Daten gegen den Willen der Patient\*innen weiterzugeben, setzen wir bei  
674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den

675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für  
676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere  
677 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel  
678 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren  
679 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der  
680 Patient\*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich  
681 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor  
682 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend  
683 berücksichtigt werden.

684  
685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche  
686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine  
687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und  
688 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen  
689 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

### 690 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

691 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher  
692 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch einen  
693 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung  
694 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen  
695 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie  
696 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden  
697 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente  
698 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie  
699 jeweils geeignet sind.

700 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz  
701 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem  
702 sollten schnelle Diagnostiktests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung  
703 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben  
705 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden  
706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten  
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für  
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in  
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer  
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

### 711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine  
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind  
714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der  
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in  
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche  
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des  
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für  
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU  
720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige  
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein.  
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge.  
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und  
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen,

725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen  
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden.  
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens-  
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und  
729 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir  
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der  
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten  
733 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

734 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es wird  
735 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz erkrankte  
736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes  
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den  
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und  
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende  
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen wir  
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es  
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegetasken in die Altersarmut  
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu  
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-  
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

#### 747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und  
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem  
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit Drogen  
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die  
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten  
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin  
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von  
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite  
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.  
757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit  
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann.  
759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die Folgen  
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen  
762 Gefahren für Konsument\*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und erfordern  
763 soziale Maßnahmen.

764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.  
765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes  
766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen  
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument\*innen, die Stärkung sozialer  
768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum  
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in  
770 europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

## 771 **4. Bildung und Chancen**

### 772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa

774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von  
775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger  
776 Bestandteil des Bildungssystems, ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen  
777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn  
778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den  
779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von  
780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

781  
782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre  
783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler\*innen  
784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise in  
785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen  
786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen wir  
788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die  
789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer Studienabschlüsse  
790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen  
791 zu schaffen.

792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen,  
793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele  
794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus  
795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen  
796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem  
797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen  
798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten  
799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und  
800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

#### 801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele  
803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit  
804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU  
805 geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in  
806 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent\*innen,  
807 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr  
808 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger  
809 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass  
810 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen  
811 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam  
812 anerkannt werden zu müssen.

813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert,  
814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für  
815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem  
816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die  
817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu  
818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.  
819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare  
820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch  
821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

**822 Politische Bildung gegen Desinformation**

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und  
824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:  
825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches  
826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend  
827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren.  
828 Ihre Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch  
829 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische  
830 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische  
831 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge  
832 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger\*innen als Informationsquelle zur Verfügung  
833 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für  
834 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.

835 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht  
836 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von  
837 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch  
838 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren  
839 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere  
840 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

**841 Mit Erasmus Europa kennenlernen**

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über  
843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche  
844 Austausch ermöglicht.

845 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen  
846 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder  
847 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für  
848 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der  
849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen,  
850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine  
851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer\*innen  
852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort  
853 und zurück zu fahren.

854  
855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine  
856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.

857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu  
859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen  
860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten  
861 sicherstellen.

862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung  
863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen  
864 barrierefrei zur Verfügung stellen.

865  
866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach  
867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm  
869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten,  
870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren

871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir  
872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.

873  
874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst vielen  
875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick  
877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,  
878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

## 879 **5. Europas Jugend**

### 880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies  
882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche  
883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit  
884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die  
885 Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer  
886 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von  
887 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.  
888 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über  
889 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie Polen  
890 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die  
891 europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

892 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort  
893 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im  
894 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland  
895 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür  
896 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit  
897 wird.

898 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter  
899 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die  
900 Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser  
901 soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse  
902 dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen  
903 und junge Menschen und ihre Interessenvertreter\*innen künftig regelmäßig im Europäischen  
904 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die  
905 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-  
906 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen  
907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger  
908 Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für  
909 junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an  
910 nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.  
911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet  
912 wird.

### 913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft  
915 kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer\*innen ist  
916 elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung,  
917 Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade  
919 auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für

920 bessere Rahmenbedingungen wie eine wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen, damit  
921 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von  
922 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie  
923 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des  
924 zivilgesellschaftlichen Engagements.

925  
926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)  
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im  
928 Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur  
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im Klima- und  
930 Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen,  
932 das Wissen und das Engagement von Senior\*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von  
933 ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem  
934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior\*innen überall in  
935 der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

### 936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr  
938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem  
939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit  
940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig  
941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch  
942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu  
943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus  
944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen  
945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

## 946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz  
948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für  
949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren  
950 Bürger\*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein.  
951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.

952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies  
953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz  
954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und  
955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum  
956 sind von Bedeutung.

957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen  
958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der  
959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind  
960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.

961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund,  
962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,  
963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.

964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie  
965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und  
966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen,  
967 interagieren und voneinander lernen können.

968

969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN -  
970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache  
972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer  
973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt  
974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

## 975 **7. Verbraucherschutz**

### 976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher\*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger\*innen.  
978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt  
979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum,  
980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin:  
981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer\*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder  
982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte,  
984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard  
985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert  
986 merklich das Leben der Verbraucher\*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler  
987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose  
988 Ladetechnologien mit einschließen.

989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,  
990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher\*innen bessere  
991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante  
992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur  
994 Konsument\*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein  
995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung  
996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit  
997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die  
998 Geldbeutel der Bürger\*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume  
999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der  
1000 Verbraucher\*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu  
1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel  
1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit.  
1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen Gebrauchsgegenständen  
1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb-  
1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit  
1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein  
1008 Register für Nanopartikel.

1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher\*innen  
1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit  
1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des  
1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels,  
1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei  
1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher\*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von  
1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die

1017 Teilhabe von Verbraucher\*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und  
1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise  
1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020  
1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument\*innen im Bereich  
1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher  
1023 Verbraucher\*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige und  
1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten schützen und ihnen  
1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glückspiel und Games im Internet, die Nutzer  
1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechanismen mit Suchtpotential  
1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker  
1029 berücksichtigen.

### 1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger\*innen komfortabel und sicher nutzbar sein.  
1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz  
1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem  
1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,  
1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug  
1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von Menschen  
1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

1038  
1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für  
1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach  
1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts  
1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative  
1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Üionsbürger\*innen, insbesondere von Grenzgänger\*innen,  
1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche  
1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets  
1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.

1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen.  
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei  
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der  
1051 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.  
1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung  
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der  
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf  
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der  
1056 Verbraucher\*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur  
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine  
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für  
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle  
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

### 1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche

1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.  
1066 Verbraucher\*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen,  
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die  
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle.  
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht  
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für  
1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die  
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast  
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht  
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher\*innen: Verträge sollen  
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen  
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund\*innen so  
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.

## Beschluss (vorläufig)

A – Was Wohlstand schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

### Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis hin zum  
2 internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative Wirtschaft ist global  
3 wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein zweiter Mitgliedstaat von der  
4 europäischen Integration und dem Binnenmarkt. Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen  
5 oder Hessen werden zwischen Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosia gehandelt,  
6 als lägen diese Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die  
7 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die Kräfte  
8 bündeln.

9 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse. Wir  
10 sind schon weit gekommen - mit dem Green Deal haben wir europaweit viele richtige Weichen  
11 gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Vor allem geht es nun  
12 darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht, auch und  
13 gerade um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dafür haben wir  
14 einen Plan: die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist  
15 für uns kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand,  
16 zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur Sicherung unserer  
17 natürlichen Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für mehr soziale  
18 Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

19 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die  
20 USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir  
21 nehmen die Herausforderung an: Wir wollen, dass Deutschland und Europa auf den Märkten der  
22 Zukunft den internationalen Partnern mindestens auf Augenhöhe begegnen können – bei  
23 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und Künstlicher  
24 Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl. Damit wird Europa zur  
25 Vorreiterin für nachhaltige Lösungen und kann definieren, dass neue Technologien zum Wohle  
26 der Menschen eingesetzt werden. Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik  
27 ist heute auch Sicherheitspolitik. Das bedeutet auch, dass wir Kritische Infrastruktur und  
28 strategisch wichtige Industriezweige vor geostrategisch motivierten Übernahmen schützen.

29 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen natürlichen  
30 Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden, naturnahen Wäldern und sauberen Gewässern, mit  
31 Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an unseren Küsten und in  
32 unseren Landschaften. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in unmittelbarer  
33 Nachbarschaft zu High-Tech-Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in lebenswerten ländlichen  
34 Räumen verankert, lässt sich aus den Städten zur Erholung in kurzer Zeit in attraktive  
35 Kultur- und Naturlandschaften reisen.

36 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs, bezahlbares Wohnen und gute öffentliche  
37 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Er bedeutet Gerechtigkeit und  
38 eine faire gesellschaftliche Lasten- und Arbeitsteilung, nicht zuletzt zwischen den  
39 Geschlechtern. Wohlstand bedeutet aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare,  
40 gute Lebensmittel.

41 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein klimaneutrales Fundament  
42 stellen – eines, das über die nächsten Jahre und Jahrzehnte trägt. Wir haben den European  
43 Green Deal auf die Agenda gesetzt, er ist die richtige Strategie, und wir kämpfen weiterhin  
44 für seine Fortführung und die vollständige Umsetzung. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in  
45 allen Bereichen seine Wirkung entfaltet: von der Energiegewinnung über Mobilität und  
46 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz und Klimaresilienz werden  
47 zunehmend auch zu entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktoren. Wollen wir unseren  
48 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer\*innen nicht nur das Klima  
49 schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

50 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und Industriepolitik, die  
51 Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut; die den Mut zu gezielten  
52 strategischen Investitionen aufbringt; die uns unabhängig macht von den Autokratien dieser  
53 Welt – und unser aller Leben damit krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von  
54 der Sonnenenergie aus Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren  
55 Energien, die Stromnetze und das Wasserstoffkernnetz in ganz Europa ausbauen. Wir wollen ein  
56 modernes und funktionierendes Bahnnetz für ein klimaneutrales Reisen von Florenz bis  
57 Flensburg und von Budapest bis Barcelona fördern und unser Schienennetz damit wirklich  
58 gesamteuropäisch aufstellen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU) eine moderne  
59 Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die Produktion durch Industrie und  
60 Handwerk, um Strom und Wärme, um günstige Energie und klimafreundliche Mobilität für alle zu  
61 sichern – nachhaltig und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt.

62 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich die besten  
63 Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir Bürokratie abbauen, dann tun  
64 wir das, um die EU in den Dienst der Europäer\*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu  
65 stellen, ohne dabei Qualitätsstandards einzuschränken. Und wenn wir die Potenziale der  
66 Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der Menschen in Europa nutzbar  
67 zu machen, nicht umgekehrt.

68 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind wir es.  
69 Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben, die wirksam und  
70 wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und systemischer Konkurrenz  
71 gleichermaßen aufzunehmen.

72 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die Sicherheit  
73 schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den Wohlstand und  
74 Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im Einklang mit der Natur und  
75 dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der nicht die soziale oder geografische  
76 Herkunft, der Zugang zu Bildung, weder eine Behinderung, noch das Geschlecht, oder die  
77 religiöse Überzeugung über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden. Alle Menschen sollen  
78 am Wohlstand teilhaben und zu ihm beitragen können.

79 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

## 80 **1. Ein klimaneutrales Europa** 81 **In Energiesicherheit investieren**

82 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und  
83 nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren

84 Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare  
85 Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis  
86 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische Energieversorgung auf  
87 dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen. Denn nur die Erneuerbaren  
88 garantieren eine unabhängige und auf Dauer günstige Energieversorgung, mit der Europa  
89 langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir wollen, dass Deutschland auf diesem Weg  
90 mit gutem Beispiel vorangeht.

91 Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der  
92 Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der  
93 Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Fotovoltaik-, Solar-  
94 und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art, sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen. In  
95 Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen  
96 Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiter zu entwickeln.

97 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird,  
98 wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische Stromnetz stärken und dabei vor  
99 allem die Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein dezentrales,  
100 stabiles und europäisch vernetztes Stromnetz macht uns widerstandsfähiger und erhöht unsere  
101 Versorgungssicherheit. Das hat die Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten  
102 Europas sich gegenseitig beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent  
103 erneuerbare Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer  
104 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine europäisch integrierte  
105 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der Windenergie  
106 in den Meeren der EU. In Zukunft müssen die Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und  
107 Wärmenetze zusammengedacht werden. Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und  
108 die Regulierung von Energiespeichern aller Art zielgerichtet auf ein System aus 100%  
109 erneuerbarer Energien und die Integration der Verkehrs-, Wärme- und Industriesektoren aus.  
110 Das neue Strommarktdesign muss den Stromverbraucher\*innen erlauben, von den Kostenvorteilen  
111 der Erneuerbaren Energien zu profitieren und gleichzeitig die Refinanzierung der  
112 Erneuerbaren Energien zu sichern. Der Preis von erneuerbarem Strom soll von den steigenden  
113 Kosten des Emissionshandels entkoppelt werden. Die dezentrale Natur der Erneuerbaren  
114 Energien erlaubt es vielen Menschen und Unternehmen, selbst Strom zu erzeugen.  
115 Eigenstromnutzung sollte durch vorteilhafte rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt werden,  
116 da es nicht nur ihnen Kostenvorteile bringt, sondern auch die Netze und damit die  
117 Allgemeinheit entlastet.

118  
119 Produktionsspitzen der erneuerbaren Energien, für die es im Stromnetz keine Verwendung gibt,  
120 sollen gemäß dem Grundsatz "Nutzen statt Abschalten" unkompliziert vor Ort genutzt werden  
121 können, beispielsweise für die Elektrolyse, in Batterien oder Wärmespeichern

122 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu  
123 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet. An diesen  
124 Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen Energieregionen an. Jedoch wird  
125 Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima- und gesundheitsschädlichste Form der  
126 Energiegewinnung und hat deshalb keine Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um  
127 in der EU die Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,  
128 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt. Neue  
129 Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für den Ausstieg aus der fossilen  
130 Energiegewinnung lehnen wir ab.

131  
132 Mit neuer Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Innovationsförderung  
133 ermöglichen wir den betroffenen Regionen diesen Weg in die Zukunft. Unternehmen, Kommunen

134 und vielfältige Bürgerprojekte sind entscheidend für den Erfolg dieses umfassenden  
135 Strukturwandels. So stellen wir sicher, dass der neu geschaffene Wohlstand bei den Menschen  
136 vor Ort ankommt und schaffen verlässliche Strukturen.

137 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, wie  
138 abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das mit sich bringt. In den  
139 kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen deshalb auch ein endgültiger  
140 Abschied von der Erschließung neuer Öl und Gasfelder nötig.

141  
142 In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe  
143 mehr einsetzen. Wir unterstützen damit das Ende der Förderung von CO<sub>2</sub>-Quellen in Europa und  
144 auf der ganzen Welt. Parallel wollen wir unsere Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa  
145 so ausrichten, dass auch darüber hinaus die fossile Förderung und Verbrennung weltweit, im  
146 Einklang mit den Pariszielen, bis 2050 beendet werden kann. Wir können und werden das  
147 fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff  
148 ersetzen.

149 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die  
150 Klimakrise zu bekämpfen. Sie verstärkt Importabhängigkeiten, ist erheblich teurer als  
151 Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre  
152 unzuverlässig. Wir setzen uns für Sanktionen auf die Importe von Uran und  
153 atomwirtschaftlichen Geschäfte Russlands ein.

154  
155 Atomkraftwerke sind nicht zuletzt eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in  
156 Kriegssituationen. Ihr Bau ist teuer und langwierig. Die Gefahr der atomaren Proliferation  
157 ist stets präsent, und der Müll wird noch unzählige nachfolgende Generationen belasten.  
158 Daher war die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland ein zentraler  
159 Schritt hin zu einer zukunftsfesten und finanzierbaren Energieversorgung und ein großer  
160 Erfolg der Anti-Atombewegung.

161  
162 Und aus diesen Gründen setzen wir uns in der EU gegen die Atomkraft als taugliche Form der  
163 Energiegewinnung ein. Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-  
164 Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die  
165 Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren  
166 Kosten und Risiken im Preis abbildet.

167 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir  
168 Forschung und Entwicklung neuer Ideen vorantreiben und zum Beispiel Speichertechnologien  
169 oder Kernfusion weiter wissenschaftlich untersuchen wollen. Ob die Fusion oder andere  
170 Ansätze in der Zukunft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten können, bleibt Gegenstand  
171 anhaltender Forschung, die immer auch Sicherheitsfragen mit betrachtet. Der beschleunigte  
172 Ausbau Erneuerbarer Energien muss unabhängig davon umgehend und konsequent umgesetzt werden,  
173 denn er ist ein sicherer Weg zur Lösung der Klimakrise auch für die urbanen Ballungsräume  
174 der Zukunft.

### 175 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

176 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber 1990 um rund  
177 ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis 2030 mindestens 55 Prozent  
178 ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen. Die kostenlose Zuteilung von  
179 Emissionszertifikaten an Sektoren, die künftig unter den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus  
180 fallen, wird auslaufen. Durch diesen reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer  
181 europäischer Kohleausstieg rentabel.

182  
183 Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien verdoppelt. Und für fossile Energie,

184 Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa importiert werden, muss bald an der Grenze ein  
185 Preis für ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf  
186 Elektrofahrzeuge um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches  
187 Heizen gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

188 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen. Europa soll der  
189 erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es kein Abrücken geben, und es  
190 muss zuverlässig erreicht werden. Es ist ein großer Erfolg, dass die EU auf den 1,5-Grad-  
191 Pfad einschwenkt. Wir wollen eine EU-Klimapolitik, die mit klaren Zwischenzielen  
192 ausgerichtet an den wissenschaftlichen Empfehlungen des Klimabeirates der EU sicher zur  
193 Klimaneutralität führt. Gleichzeitig wollen wir die europäische Klimapolitik auch in Zukunft  
194 so ausgestalten, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Das  
195 Zwischenziel für 2035 wollen wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens  
196 international zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.  
197 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und die  
198 europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden. Auch der Sektor Landwirtschaft und  
199 Fischerei muss seinen Beitrag zur Reduktion der Emissionen leisten. Neben einer Bepreisung  
200 von Klimagasen müssen auch die GAP-Instrumente konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet  
201 werden. Mit der Aufnahme von Methan in den Emissionshandel und der neuen Methanverordnung  
202 hat die EU wichtige Schritte unternommen, um dieses klimaschädliche Gas entsprechend seines  
203 insbesondere kurzfristig hohen Erwärmungspotenzials zu reduzieren. Nun braucht es schnell  
204 Vorgaben zum Aufspüren und Schließen von Methanlecks in der Vorkette und einen Schwellenwert  
205 für Importe von Kohle, Öl und Gas in die EU.

#### 206 **Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

207 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas und rein in  
208 erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen wird es aber auch  
209 in Zukunft Emissionen geben, die nach heutigem Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden  
210 sind, etwa in der Zementindustrie. In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen  
211 nutzen und das CO<sub>2</sub> direkt bei der Produktion abscheiden, in einer sicheren und stabilen Form  
212 speichern und gegebenenfalls im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe nutzen (Carbon  
213 Capture Use / Storage, CCU / CCS). Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann  
214 dies aktiv gefördert werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip.  
215 Eine aktive Förderung von CCS für die Herstellung von blauem Wasserstoff in Deutschland  
216 lehnen wir ab. Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere  
217 Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen  
218 europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich einem verbindlichen Haftungsrecht,  
219 dafür schaffen und eine integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer  
220 europäischer CO<sub>2</sub>-Speicher – entwickeln. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen  
221 gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von  
222 Schutzgebieten.

223 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger, auf den 1,5-  
224 Grad-Pfad zu kommen. Die prognostizierten Möglichkeiten, auf diesen Pfad zu kommen, setzen  
225 eine aktive Senkung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre voraus. Es ist also  
226 unumgänglich, sie aktiv zu senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges Niveau  
227 einstellt. Dafür erforschen und entwickeln wir negative Emissionen – also natürliche und  
228 technische Prozesse, die der Atmosphäre mittelfristig CO<sub>2</sub> wieder entziehen. Intakte  
229 Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und Meere  
230 sind natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO<sub>2</sub>-  
231 Senken hat auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch  
232 Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und  
233 verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau,

234 die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegraswiesen, die nachhaltige  
235 Verwendung von Holz, sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und  
236 strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltige  
237 Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket  
238 "Natürlicher Klimaschutz" zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die  
239 rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Vorranggebieten für  
240 Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft. Durch die Reduktion der Tierhaltung in  
241 Europa werden auch mehr Flächen für die Wiederherstellung der Natur gewonnen. Gleichzeitig  
242 wollen wir die Potenziale technischer Negativemissionen wie die Bioenergie mit CO<sub>2</sub>-  
243 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Es gelten, wie bei  
244 anderen Technologien, die Prinzipien der Vorsorge und der Technikfolgenabschätzung. Die EU  
245 braucht klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die  
246 Emissionsreduktionsziele zu handeln.

### 247 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

248 Grüner Wasserstoff, also Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, kann Energie speichern und  
249 transportabel machen. Er ist ein wichtiger Bestandteil unserer zukünftigen  
250 Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger in vielen Fällen ersetzen, in denen  
251 Elektrifizierung keine Option ist. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Zeiten von  
252 überschüssigem Wind- und Solarstrom hat zudem eine stabilisierende Wirkung bei der  
253 Integration von erneuerbaren Energien in unser Stromnetz. Wir wollen dafür sorgen, dass  
254 Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und  
255 Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen  
256 wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit  
257 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen wir  
258 für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.

259 Wir wollen die Investitionen in ein neues transeuropäisches Wasserstoffkernnetz erhöhen, um  
260 durch die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Bau von anschlussfähigen neuen  
261 Pipelines wie H2Med grünen Wasserstoff aus den sonnen- und windreichen Regionen Europas in  
262 die europäischen Industriezentren zu transportieren. Um die Netzausbaukosten zu minimieren  
263 und möglichst frühzeitig regionale Wasserstofferzeugung und -verwendung zu ermöglichen,  
264 beschleunigen wir parallel den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur. Diese  
265 verzahnen wir mit dem Ausbau der Stromnetze und einer sektorübergreifenden europäischen  
266 Speicherstrategie, die auch die Prozess- und Abwärmepotenziale der Industrie einbezieht. Das  
267 ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

268 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff und  
269 strategische Partnerschaften für dessen weltweiten Handel ein. Dank einer Vielzahl  
270 potenzieller Partnerländer, die wir auch nach Demokratie- und Menschenrechtslage evaluieren,  
271 können wir auf diesem Weg eine diversifizierte Energieversorgung sichern und einseitige  
272 Abhängigkeiten vermeiden. Durch faire Partnerschaften auf Augenhöhe, das Teilen von Know-  
273 how, bessere Zugänge zu erneuerbaren Energien und den Schutz der lokalen Wasserversorgung  
274 ermöglichen wir es den Ländern des Globalen Südens, sich in die Wertschöpfungskette zu  
275 integrieren und von der grünen Energiezukunft zu profitieren. Wir setzen uns auf  
276 europäischer Ebene für hohe Standards für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff ein. Den  
277 Import von Wasserstoff, der nicht mit erneuerbaren Energien synthetisiert wurde, wollen wir  
278 möglichst vermeiden.

279 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein  
280 sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf  
281 Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen,  
282 da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt. Wasserstoff wollen wir also  
283 priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist.

284 Dazu gehören etwa die Produktion von Grundstoffen wie Stahl-, Glas-, Papier- oder  
285 Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie der interkontinentale See- und Luftverkehr.  
286 Zudem werden wir in der Zukunft grünen Wasserstoff bei geringer Solar- und  
287 Windenergiegewinnung sowie besonders hoher Last zur Stromerzeugung einsetzen, wenn dies  
288 ökonomisch geboten ist oder um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien jederzeit  
289 sicherzustellen.

### 290 **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

291 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden.  
292 Dieser Prozess verlangt uns allen viel ab. Nicht nur deshalb muss klimaneutral immer auch  
293 sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich  
294 einführen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden  
295 kann. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die  
296 ohnehin weniger CO<sub>2</sub> produzieren. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem  
297 Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das  
298 umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden  
299 Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für  
300 Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten  
301 mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro  
302 Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet  
303 werden kann.

304 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und Kommunen, ihre  
305 Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist solidarisch und demokratisch, denn  
306 damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben es in der Bundesregierung erheblich  
307 vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz  
308 von Bürgerenergie soll noch finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen  
309 europäisch besser verankern, dass Bürger\*innen an der Energiewende teilhaben können – indem  
310 sie Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt an ihre  
311 Nachbar\*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien gespeicherte Energie  
312 einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

313 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig  
314 bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen  
315 Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in  
316 energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen  
317 Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische  
318 Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von  
319 Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen  
320 dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle  
321 Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne oder integrierte  
322 Energie-Infrastrukturpläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare  
323 gibt und wie beispielsweise Abwärme energieeffizient genutzt werden kann.. Wir möchten, dass  
324 alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es  
325 für Erneuerbare gibt und wie Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann. Wir  
326 treten zudem für strengen Emissionsschutz bei sämtlichen Anlagen ein, die  
327 Verbrennungsprozesse nutzen, um das Recht auf saubere Luft zu sichern. Holz ist ein  
328 wertvolles Naturmaterial, das in Häusern und Möbeln genutzt werden soll, auch als CO<sub>2</sub>-  
329 Speicher. Im Rahmen einer Kaskadennutzung sollte die energetische Nutzung auf Rest- und  
330 Abfallhölzer beschränkt werden.

331 Mit einem effizienten und gerechten Strommarktdesign, transparenten und möglichst geringen  
332 Infrastrukturkosten, einer Flexibilisierung der Verbraucherseite sowie einem intelligenten  
333 Lastmanagement kommen die Vorteile der günstigen erneuerbaren Stromerzeugung bei den

334 Verbraucher\*innen an. In einem ersten Schritt schützen wir durch die Umstellung der  
335 Förderung von erneuerbaren Energien auf zweiseitige Differenzverträge mit Ober- und  
336 Untergrenzen für die Erlöse der Stromerzeugung die Stromverbraucher\*innen vor hohen Kosten.  
337 Dabei soll der Preis von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels  
338 entkoppelt werden. Mit einer eindeutigen europäischen Regulierung von Energiespeichern aller  
339 Art wollen wir deren Marktintegration vorantreiben und die dringend benötigten  
340 Flexibilisierungspotenziale heben. Langfristig braucht es ein Strommarktdesign, das die  
341 Refinanzierung der Erneuerbaren Energien sicher stellt und gleichzeitig dafür sorgt, dass  
342 die Verbraucherinnen und Verbraucher von den Kostenvorteilen von günstigem Wind und  
343 Sonnenstrom profitieren.

## 344 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

### 345 **In Innovation, Souveränität und Resilienz investieren**

346 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine strategische  
347 europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-Generation-EU (NGEU) hat uns  
348 in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt und stark dazu beigetragen, dass Europa  
349 wirtschaftlich und politisch zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht  
350 diese wichtige Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns  
351 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen  
352 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

353 Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und  
354 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der  
355 Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem  
356 voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten  
357 europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa  
358 den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen  
359 fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften  
360 widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

### 361 **Industriepolitik aktiv gestalten**

362 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus kleinen,  
363 mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand ist.  
364 Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind zwei Hebel für uns zentral:

365 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regelungsrahmen der EU für  
366 Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen  
367 unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf  
368 der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag  
369 zu unserem Wohlstand. Ihn werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

370 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit ihrem  
371 Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer Produktionsstandorte für  
372 Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es,  
373 dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik entgegenzusetzen, die auf Europas  
374 Stärken aufbauend Schlüssel- und Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie  
375 setzt bei der Forschung an und reicht über die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften bis  
376 zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die  
377 Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen setzt, andererseits starke  
378 öffentliche Förderprogramme etwa für Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Solaranlagen,  
379 Windräder, Energiespeicher, E-Autos und Mikrochips. Denn wir wollen, dass Europa an der  
380 Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die Produkte der Zukunft in Europa erdacht und  
381 hergestellt werden. Ziel und Mission unserer Industriepolitik ist es, Jobs und Wohlstand in  
382 Europa zu sichern, indem wir den Standort Europa stärken und klimaneutral erneuern. Der

383 Aufbau einer europäischen Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des  
384 Industriestandortes Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und  
385 Unabhängigkeit.

386 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein Förderdschangel  
387 entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und unbürokratisch an die  
388 bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im  
389 Vergleich zu den USA. Wir treten für eine kohärente und leicht verständliche  
390 Industriepolitik ein, bei der auch Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür  
391 wollen wir relevante Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische  
392 Ebene verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage versetzt  
393 wird, schnell und wirksam zu handeln. Zusätzlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung  
394 der Industrie privates Kapital mobilisieren. Die Skalierung der erneuerbaren  
395 Energiewirtschaft braucht klare Ziele, ein strategisches Management der Wertschöpfungsketten  
396 und eine koordinierte europäische Strukturpolitik.

### 397 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

398 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa gleichzeitig  
399 seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse komplett klimaneutral  
400 werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern und neue  
401 Wertschöpfungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

402 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss  
403 die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen  
404 Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und  
405 der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu  
406 wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem  
407 Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem  
408 Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen weiterhin  
409 in Europa produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.

410 Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur  
411 Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen europaweiten Einsatz von  
412 Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und  
413 somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst  
414 schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO<sub>2</sub>  
415 einsparen. Dabei wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen  
416 wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus  
417 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise  
418 bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig  
419 ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen, der klimaneutrale Produktion über  
420 einen Marktmechanismus in Gang setzt. Außerdem wollen wir der Industrie die Flexibilisierung  
421 ihres Stromverbrauchs ermöglichen und entsprechende Anreize setzen, damit sie bereits heute  
422 von den Preisvorteilen der erneuerbaren Energien profitieren kann und die  
423 Netzinfrastrukturkosten gesenkt werden. Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von  
424 Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren  
425 erheblich beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem  
426 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

427 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und Nachhaltigkeitskriterien bei  
428 öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen Förderprogrammen wollen wir gezielt die  
429 Produktion dieser Produkte in Europa begünstigen. Langfristig wollen wir unsere Wirtschaft  
430 stärker am Gemeinwohl orientieren.

**431 Den Binnenmarkt stärken**

432 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft,  
433 Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler Hebel, die klimaneutrale  
434 Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er ermöglicht es den europäischen  
435 Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer\*innen  
436 ermöglicht er, überall in der EU zu arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und  
437 vertiefen: Wo es in Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27  
438 verschiedene befolgen.

439 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft, übergeordnete Ziele zu  
440 erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die  
441 Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um  
442 widerstandsfähiger gegenüber Krisen und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

443 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher\*innen und kleinen Unternehmen  
444 durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht verschärft. Ein solches Update  
445 braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür wollen wir das New Competition Tool  
446 wiederbeleben, das die Kommission schon einmal vorgeschlagen hatte.

447 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht bekämpft und  
448 Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht den Erfolg des  
449 Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Allerdings steht Europa  
450 heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten, die  
451 sich nicht an diese Regeln halten. Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-  
452 Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten  
453 eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich  
454 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei  
455 Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den  
456 Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität  
457 und Kreislaufwirtschaft.

458 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU die  
459 Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der europäischen  
460 Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um Mikroelektronik ermöglicht und  
461 koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren  
462 gerade im Kontext der IPCEIs beschleunigt werden.

**463 Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

464 Eine stabile europäische Wirtschaft sichert unseren Wohlstand. Mit guten Arbeitsbedingungen,  
465 sicheren Jobs, anständigen Löhnen und Weiterbildung gewinnen und halten wir die dafür  
466 notwendigen Arbeits- und Fachkräfte. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete  
467 Fachkräfte wie für solche mit einer Ausbildung in Handwerk, Industrie oder öffentlichem  
468 Dienst. Wir wollen, dass alle zum Wohlstand beitragen können - und er allen zugute kommt,  
469 die ihn erarbeiten. So wachsen wir aus der Mitte heraus. Davon hängt auch das Gelingen der  
470 Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in Klimaschutz fördern wir gleichzeitig  
471 sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

472 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote für alle  
473 bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer\*innen – und Fachkräfte von außerhalb  
474 gewinnen. Auch Geflüchtete, die zu uns kommen, sollten arbeiten dürfen und schnellen Zugang  
475 zu Sprachkursen haben.

476  
477 Gleichzeitig müssen wir Frauen die Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-  
478 Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen

479 auf EU-Ebene eine feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik, die soziale  
480 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.

481 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch gut  
482 bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den Unternehmen und Betriebe  
483 aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, bei der  
484 EU-Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden  
485 bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen  
486 entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte Teilhabe und Bezahlung der Geschlechter in der  
487 Wirtschaft ermöglichen können. Gleichzeitig wollen wir die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und  
488 Anerkennung von überwiegend weiblich besetzten Berufsfeldern gezielt verbessern.

489  
490 Menschen mit Behinderungen bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen ein großes  
491 Fachkräftepotenzial. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven  
492 Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die  
493 gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung  
494 sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen.

495 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen um Fachkräfte. Vom Bauingenieur über die  
496 Handwerkerin bis zum Pfleger im Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-  
497 Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-  
498 Initiative auf nicht-akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot  
499 zu marktüblichen Konditionen vorliegt. Gleichzeitig kann Anwerbung und Migration von  
500 Fachkräften auch zu ernsthaften Herausforderungen für die Herkunftsregionen führen. Unser  
501 Ziel ist deswegen, dass die EU verstärkt in eine partnerschaftliche Ausbildung von  
502 Fachkräften investiert - zum Vorteil des Arbeitsmarkts im Herkunftsland wie auch in Europa.

503 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr Auskommen,  
504 wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer klimaneutralen  
505 Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen, attraktiven Aus- und  
506 Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit  
507 zusammenbringen, gerade in noch strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet  
508 dafür einen Hebel: Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass  
509 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt  
510 werden.

### 511 **3. Stabile Finanzen**

#### 512 **Europa finanziell wappnen**

513 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre finanzielle  
514 Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir auch zu einem relevanten  
515 Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können. Diesen Anspruch wollen wir endlich  
516 erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren sind weitreichende Entscheidungen zur  
517 Finanzierung unserer gemeinsamen europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu  
518 treffen.

519 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle Ausstattung der  
520 EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale Beiträge verbessern. Für die  
521 Bewältigung großer Herausforderungen haben sich zudem auch gemeinsame europäische Anleihen  
522 bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im Einsatz ihrer Mittel  
523 bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in strategisch wichtigen Bereichen wie der  
524 Industriepolitik und für eine Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir  
525 sowohl für einen starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der  
526 EU, als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

527 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen deutlich  
528 aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt, gezielt die  
529 Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den entscheidenden Feldern der  
530 Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin  
531 überprüfen. Das betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die  
532 Ausgaben verwalten.

533 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU voraus. Gerade  
534 in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer nicht nur aus den Beiträgen der  
535 Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch eigene Einnahmen, die ihre finanzielle  
536 Ausstattung langfristig sichern. Dafür wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen,  
537 die infolge europäischer Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt  
538 zugutekommen.

539 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der möglichen  
540 Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt zugutekommen. Auch die  
541 Einnahmen aus dem neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU-  
542 Haushalt zufließen.

543 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu einer  
544 Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den bereits 2020 von Rat  
545 und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln in die Tat umsetzen. Dabei muss  
546 die Finanzierung der notwendigen nationalen Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten  
547 sichergestellt werden.

#### 548 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

549 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für  
550 Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Doch die Architektur der  
551 Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das  
552 wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

553 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen  
554 wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit der  
555 Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen und der  
556 Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in Krisen ab und  
557 etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische Kontrolle über zukünftige  
558 EU-Hilfsprogramme.

559 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-Kurzarbeitergeldes  
560 SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten  
561 Jobs sicher schützen können. Wir wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit  
562 Europa von einer Währungsunion zu einer echten Wirtschaftsunion wird. Indem wir strukturelle  
563 Hindernisse für grenzüberschreitende Kapitalströme abbauen, verbessern wir die  
564 Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), setzen Potenzial für  
565 Investitionen frei und machen zugleich unser Finanzsystem robuster.

566 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die  
567 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen Ländern  
568 jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen und Wachstum schaffen.  
569 Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln sind zu restriktiv formuliert und haben in der  
570 Summe notwendige Investitionen in vielen EU-Mitgliedstaaten verhindert, während sie  
571 gleichzeitig für die Europäische Kommission nicht mehr sinnvoll und nachvollziehbar  
572 anwendbar waren. Deshalb streiten wir für eine ambitionierte Reform, die mehr Transparenz  
573 und mehr Spielraum für Investitionen schafft, und deren Ergebnis von der Kommission  
574 konsequent durchgesetzt wird.

575  
576 Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass alle Mitgliedstaaten innerhalb der  
577 Gemeinschaft möglichst ausgewogene Leistungsbilanzen haben, um gefährliche Ungleichgewichte  
578 zu vermeiden, die etwa durch Unterbietungswettbewerbe bei Löhnen, Steuern und sozialen  
579 Sicherungssystemen entstehen können.

580 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Buchgeld der  
581 Geschäftsbanken und zum Bargeld, welches weiterhin als barrierefreies Zahlungsmittel möglich  
582 bleiben wird. Der digitale Euro befördert die Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht  
583 Verbraucher\*innen digitalen Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als  
584 öffentliches Gut kann er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur  
585 Souveränität der EU und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter  
586 leisten.

### 587 **Finanzmärkte verantwortungsvoll gestalten**

588 Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf funktionierende Finanzmärkte angewiesen. Wir  
589 wollen die Verantwortung aller Finanzmarktakteure stärken - für Investitionen von  
590 Unternehmen, für Arbeitnehmer\*innen, für das Gemeinwohl. Über starke Finanzmarktregulierung  
591 wollen wir Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen und Gesundheit, vor Spekulation  
592 schützen. Um Spekulationen und die Orientierung an kurzfristigen Zielen an den Finanzmärkten  
593 einzudämmen, wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen.

594  
595 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das Finanzsystem  
596 resilienter werden und konsequent an den europäischen Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet  
597 sein. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Jede Finanzierungsentscheidung ist  
598 eine Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren  
599 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

600 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen von  
601 Unternehmen und Bürger\*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine weitere  
602 Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer deutlich höheren  
603 ungewichteten Eigenkapitalquote von mindestens 10%, regelmäßigen Stresstests und der  
604 Vollendung der Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Die wechselseitige  
605 Abhängigkeit von Staaten und Banken soll reduziert werden. Deshalb setzen wir uns auf  
606 europäischer Ebene dafür ein, Konzentrationsrisiken in Bankbilanzen, auch durch  
607 Staatsanleihen, weiter einzudämmen. Mit einer europäischen Einlagenrückversicherung, die den  
608 Erhalt der Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt,  
609 einem funktionierenden Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit  
610 Privatkund\*innen vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass  
611 Kreditinstitute im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir  
612 Banken verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,  
613 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität steht.

614 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie Ratingagenturen,  
615 Versicherer und Pensionsfonds Klima- und Biodiversitätsrisiken offenlegen und  
616 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen Gesetzgebung  
617 ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren Unternehmen – zu verhindern.

618 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung umweltverträglicher  
619 Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es falsch, Atomenergie und Erdgas als  
620 nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn  
621 dafür brauchen wir auch starke und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder  
622 Windräder, die bisher in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser  
623 abbilden. Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit

624 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend finanziert werden.  
625 Darüber hinaus wollen wir die Vorschläge der EU Kommission zur Ausgestaltung sozialer  
626 Instrumente, etwa einer sozialen Taxonomie, aktiv begleiten, um Investitionen auch stärker  
627 in soziale Sektoren zu lenken.

628 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich an  
629 Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die Finanzaufsicht hat mit  
630 dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch nicht Schritt gehalten. Um das  
631 Vertrauen der Anleger\*innen zu festigen, wollen wir deshalb die europäischen  
632 Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein  
633 staatliches Labellsystem für nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher\*innen sollen  
634 Klarheit haben, welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer  
635 Wirtschaft leistet.

636 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das Vertrauen  
637 der Sparer\*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch Provisionen haben dafür  
638 gesorgt, dass Sparer\*innen viel zu oft teure, riskante oder unpassende Finanzprodukte  
639 verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in der Finanzberatung mittelfristig keine  
640 Rolle mehr spielen und jedem den Zugang zu unabhängiger provisionsfreier Beratung  
641 ermöglichen. Nur so können wir die Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich  
642 machen. Missverständliche Formulierungen, unzureichende Labels sowie intransparente  
643 Funktionsweisen von Finanzprodukten wollen wir unterbinden.

644  
645 Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und  
646 Entwicklung (EBRD) sollen durch einen politisch geschärften Auftrag eine noch stärkere Rolle  
647 in der Förderung der klimaneutralen Erneuerung der Wirtschaft spielen.

#### 648 **4. Steuergerechtigkeit**

##### 649 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

650 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle ihren fairen  
651 Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für Krankenhäuser, für eine gute Bus- und  
652 Bahninfrastruktur. Mutige Whistleblower\*innen und unabhängige Medien haben in den letzten  
653 Jahren eine ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie  
654 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in Niedrigsteuerländer  
655 zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen und Steueroasen bis hin zu  
656 Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast auf die Bürger\*innen und besonders  
657 kleine und mittlere Unternehmen ab, die rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge  
658 verursacht Steuermisbrauch EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro.  
659 Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann  
660 hier einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

661 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von Gewinnen in  
662 Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht strengere Kriterien, um  
663 sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen wirklich vollständig wird. So fehlen  
664 aktuell namhafte Steueroasen wie beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von  
665 null Prozent müssen automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise  
666 Bermuda oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste gesetzt  
667 wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch getroffen werden.

668 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden wesentlich  
669 verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen zu stärken. Wir  
670 begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst werden sollen.

671 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur existieren, um  
672 Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, den

673 entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und ohne ihn abzuschwächen anzunehmen –  
674 die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit Vorreiterin. Wir wollen außerdem künstliche  
675 Intelligenz zur Aufdeckung von Steuerbetrug und zur Erkennung von Schlupflöchern  
676 diskriminierungsfrei einsetzen.

677 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es sich beim  
678 Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.  
679 Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur Einführung eines EU-weiten Systems  
680 für die Quellensteuer auf Dividenden und Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren  
681 Schritt ein – einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das  
682 Problem von Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

### 683 **Steuerdumping beenden**

684 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb zwischen den EU-  
685 Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren faire Wettbewerbsbedingungen im  
686 Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen  
687 Geschäftsmodellen, die internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So  
688 profitieren die großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen  
689 oder Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen Niederlassung oder  
690 Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die Nutzer\*innen digitaler Dienste  
691 verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der Bäckerladen um die Ecke einen deutlich  
692 höheren Steuersatz zahlt als ein internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren  
693 gerechten Anteil zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

694 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist ein großer  
695 Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs auf Ebene der  
696 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – endlich auf eine  
697 Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt. Damit können  
698 sie sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den  
699 Mitgliedstaaten und der Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur  
700 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die Mindestbesteuerung  
701 ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen Steuersystems. Er reicht aber  
702 noch nicht aus, damit die großen Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale  
703 Unternehmen in Europa fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell  
704 stockenden Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-  
705 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

706 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für alle sichtbar  
707 macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene Steuerberichterstattung von  
708 Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein Meilenstein. Wenn große Unternehmen  
709 offenlegen, wie viel Steuern sie in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu  
710 einer besseren Kontrolle ihrer Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder  
711 erfasst. Wir werden darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der  
712 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite Aufschlüsselung  
713 relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen Steuerwettbewerb zwischen den  
714 EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für  
715 Steuerbegünstigungen, die einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

716  
717 Wir setzen uns dafür ein, die marktdominierende Stellung der großen  
718 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu adressieren. Dafür braucht es eine klare Trennung  
719 zwischen Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, vermehrte Joint Audits und eine nachhaltige  
720 Reduktion der finanziellen Verknüpfung zwischen Prüfern und den zu prüfenden Unternehmen.

**721 Gemeinwesen solidarisch finanzieren**

722 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen einen  
723 fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch zu finanzieren, Klimaschutz  
724 und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die  
725 starke Ungleichverteilung und Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

726 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik  
727 handlungsfähig sein. Wir unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Einführung und Umsetzung  
728 von geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung der Vermögensungleichheit. Vorstöße gegen  
729 Steuerdumping und Steuerflucht werden immer wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten  
730 verhindert. Wir wollen die bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte  
731 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des  
732 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

733 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch hohe  
734 Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen Gewinnen einiger  
735 Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die durch sprunghaft gestiegene  
736 Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass sich die EU in dieser Situation auf eine  
737 Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an  
738 die Gesellschaften zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation  
739 wurde durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene Produktionskosten  
740 gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument einer gegebenenfalls progressiv ausgestalteten  
741 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen  
742 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das  
743 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung ins Ausland  
744 müssen geschlossen werden.

**745 5. Innovationskraft und Bürokratieabbau****746 Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

747 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen  
748 unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres gesamten Kontinents und darüber  
749 hinaus. Deswegen ist eine europäische Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und  
750 Institutionen aus ganz Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Wissenschaft  
751 unterstützt, ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,  
752 dass die nächsten großen Durchbrüche in den Bereichen der klimafreundlichen Mobilität, der  
753 Informationstechnologie oder der Behandlung von Krankheiten wie ME/CFS, Krebs oder Alzheimer  
754 in Europa erdacht und produziert werden. Daher müssen die Ausgaben für Forschung und  
755 Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa deutlich steigen.

756 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizon Europe, das die Forschungsaktivitäten der EU  
757 bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei Antragsteller\*innen sehr beliebtes  
758 Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten  
759 europäischen Finanzrahmen ausbauen.

760 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die missions-  
761 und anwendungsorientierte Forschung und den Transfer beinhalten. Zentral dafür ist die  
762 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizon Europe eine feste Quote von 35  
763 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Künftig wollen wir auch eine  
764 wesentlich stärkere Förderung für die Biodiversitätsforschung etablieren. Wir treten für  
765 eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European Research Council, der  
766 Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so wichtige Marie-Sklłodowska-Curie-  
767 Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, dass  
768 Sozial- und Geisteswissenschaften einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen und  
769 dabei auch kritische Wissenschaften Berücksichtigung finden, denn sie sind von hoher

770 Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und Demokratie. Indem sie ein  
771 besseres Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten schaffen, helfen  
772 sie dabei die multiplen Krisen mit ganzheitlichen Lösungsansätzen zu bewältigen. Der  
773 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lehrt uns, dass die  
774 Friedensforschung und die Forschung rund um die Länder Osteuropas, des Südkaukasus und  
775 Zentralasiens intensiviert werden müssen. Die Zusammenarbeit europäischer und ukrainischer  
776 Hochschulen wollen wir fördern. Open Access, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse und  
777 Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und wiederverwendbar sein sollen,  
778 wollen wir als Prinzip von Horizon Europe weiterhin stärken und in internationaler  
779 Zusammenarbeit unterstützen.

780 Horizon Europe ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was den  
781 Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den Anspruch: Horizon Europe  
782 muss zugänglicher und internationaler werden. Hierfür wollen wir die Antragsverfahren  
783 vereinfachen, entbürokratisieren und weitere Partnerländer einbinden. Bei  
784 Wissenschaftskooperationen mit außereuropäischen Partner\*innen gilt es, europäische  
785 technologische Souveränität zu schützen und Wissenschaftsfreiheit zu garantieren.

786  
787 Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.  
788 Wir setzen uns für Standards und Transparenzrichtlinien bei der Beauftragung von  
789 wissenschaftlichen Studien und Gutachten ein.

#### 790 **Aus Ideen Wohlstand machen**

791 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Wir  
792 wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein  
793 entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

794 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte Forschung, die  
795 uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und ihre Ursachen zu  
796 verstehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der erneuerbaren Energien,  
797 effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale Lösungen und Konzepte gegen soziale  
798 Ungleichheit. Die Missionen von Horizon Europe sollen sich weiterhin insbesondere am Green  
799 Deal orientieren. Um sie umzusetzen, wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft  
800 und die Wirtschaft zusammenbringen.

801 Innovationspolitik ist ein wichtiger Teil unserer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik.  
802 Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe so ausbauen,  
803 dass die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer Umsetzung unterstützt werden. Um die Teilnahme an  
804 Förderprogramme auch für KMU, kommunale Institutionen und NGOs attraktiver zu machen, soll  
805 die Beantragung und die Dokumentation der Projekte möglichst vereinfacht werden.

806 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen  
807 Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand gemeinsam an den notwendigen  
808 Lösungen für die Zukunft arbeiten. Solche Cluster von Forschung, Lehre und Praxis sind  
809 zentral, um Innovationen zu fördern, schneller in die Anwendung zu bringen und vor Ort  
810 klimaneutralen Wohlstand zu schaffen. Dabei sollen neben den Universitäten auch die  
811 Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Fachhochschulen in den Blick genommen werden.  
812 Bislang profitieren diese von der EU-Förderung häufig nicht im selben Maße wie  
813 Universitäten, sind aber besonders in der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Um das zu  
814 verbessern, wollen wir die Antrags- und Finanzierungsbedingungen der einschlägigen Programme  
815 in den Blick nehmen.

816 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies gilt  
817 beispielsweise für die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC), die sich besonders der  
818 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder Weiterbildungsprogrammen. Durch

819 eine Stärkung des Wissensdreiecks von Hochschulbildung, Forschung und Innovation können wir  
820 möglichst vielen eine Chance geben, sich in zentrale Zukunftsthemen einzubringen.

821 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem relevanten  
822 Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von öffentlich-privaten  
823 Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der Industrie verwalten. Wir möchten  
824 hier eine Transparenzinitiative starten, bestehende Partnerschaften überprüfen und  
825 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer\*innen stärker von diesen  
826 Förderinstrumenten profitieren. Neben den bewährten Forschungsformaten sind auch  
827 Langzeitstudien ein wichtiger Beitrag zu einer ausgewogenen Forschung.

828  
829 Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Europa  
830 muss deshalb eine führende Rolle in der Raumfahrt spielen und braucht einen unabhängigen und  
831 zuverlässigen Zugang zum Weltraum. Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der  
832 Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space", etwa durch die Förderung neuer  
833 Technologien und einen europäischen Launcher-Wettbewerb. Wir fördern das EU-  
834 Weltraumprogramm, die Europäische Weltraumorganisation (ESA) und das  
835 Astronaut\*innenprogramm. Mit einem europäischen Weltraumgesetz gehen wir international  
836 voran, gewährleisten Nachhaltigkeit und schaffen Wachstumschancen und Rechtssicherheit für  
837 europäische Unternehmen.

### 838 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

839 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges Gründungsgeschehen. Hier  
840 entstehen Start-ups und Geschäftsmodelle von morgen. Dafür muss Gründen einfacher und  
841 schneller werden. Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedstaat One-Stop-Shops  
842 gibt. Dort finden Gründer\*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Ein digitaler Kompass  
843 soll einen Überblick über alle Förderprogramme für Gründer\*innen bieten. Mit einem Klick  
844 ohne Umwege zur Antragstellung - das ist unser Ziel.

845 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für junge Unternehmen, damit der  
846 Know-How-Transfer in der EU besser koordiniert wird. Mit einer europäischen Start-up  
847 Strategie bündeln wir wichtige Maßnahmen für besseren Zugang zu Wagniskapital, zur Gewinnung  
848 von Talenten und zu öffentlichen Aufträgen für junge Unternehmen. Dabei soll auch das  
849 Potential von unterrepräsentierten Gruppen, insbesondere Frauen und Menschen mit  
850 Migrationsgeschichte besser genutzt und unterstützt werden, so dass ihre Ideen gerechte  
851 Chancen auf Umsetzung haben.

852 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-  
853 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein, um Gründungen in der  
854 Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir regelmäßige europäische Matching  
855 Hubs ins Leben rufen, die private Investor\*innen mit Gründer\*innen an einen Tisch bringen,  
856 eine Messe für Geschäftsmodelle der Zukunft. Eine gute Innovationsförderung besteht auch  
857 darin, gute und verlässliche Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Wirtschaft umsetzen und  
858 nachhaltig zu sichern.

859 Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in  
860 grenzüberschreitenden Regionen, möchten wir den Europäischen Fonds für regionale  
861 Entwicklung (ERDF) ausbauen und verstärkt nutzen.

### 862 **Mittelstand und Handwerk fördern**

863 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und  
864 des Handwerks sind Motor der europäischen Wirtschaft. Gerade in den ländlichen Räumen bieten  
865 das Handwerk und KMU Arbeitsplätze und Stabilität. Sie entwickeln, produzieren, installieren  
866 und warten beispielsweise Zukunftstechnologien wie Solaranlagen und Wärmepumpen. Europa lebt  
867 vom Miteinander und den Problemlösern vor Ort. Gerade aber KMU, von Industrie bis Handwerk,

868 werden im Verhältnis besonders stark durch die Einführung neuer Regelungen und bürokratische  
869 Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und  
870 konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem  
871 „Think small first“ Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende  
872 Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und  
873 Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Die  
874 Ausbildung in den Handwerksbetrieben fördern wir besonders. Durch vereinfachte  
875 Antragsverfahren und reduzierte Berichtspflichten erleichtern wir den Zugang von KMU zu  
876 Förder- und Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU-Quoten stellen wir  
877 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die Förderlandschaft in  
878 der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

879 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in der Praxis  
880 als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um  
881 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder  
882 zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible  
883 Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die  
884 Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen  
885 praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.

886 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch  
887 können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter  
888 gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen so weit wie möglich digital erfolgen.  
889 Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von  
890 europäischen und nationalen Behörden soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit  
891 Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der  
892 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu können. Die  
893 Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend abschaffen.

## 894 **6. Digitale Souveränität**

### 895 **Europa digital fit machen**

896 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Sie  
897 erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung, Gesundheit oder Energie völlig  
898 neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung und für  
899 die Vereinfachung vieler Aufgaben für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das  
900 Management von Lieferketten in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer  
901 Krankheiten. Wir wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und  
902 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

903 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer  
904 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger\*innen befähigt und Freiheit stärkt, und einer  
905 Digitalisierung, die aus wirtschaftlichen oder politischen Interessen Bürger\*innen  
906 entmündigt und Überwachung fördert. Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst  
907 positionieren und einen großen Schritt machen, um attraktiver Standort für Talente und  
908 innovative Unternehmen zu sein und so die rasante digitale Entwicklung mitzugestalten. Wir  
909 wollen deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

910 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine resiliente und  
911 klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte,  
912 Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die  
913 Entwicklung und Produktion von Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, sei es die  
914 Produktion und Entwicklung von Halbleitern, Satellitenkommunikation oder Mobilfunktechnik.  
915 Die Anbindung an die globale Netzinfrastruktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten,  
916 wollen wir mit starken europäischen Akteuren gestalten.

917  
918 Digitale Souveränität bedeutet die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien wie  
919 Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing und -kommunikation in Europa. Auch hier können wir  
920 auf starke europäische Unternehmen in verschiedenen Sektoren setzen und stärken diese  
921 Entwicklung mit einer Bündelung von Maßnahmen zum Beispiel zielgerichteten Investitionen im  
922 Rahmen des Investitionsprogramms für Innovation, Souveränität und Resilienz.

923  
924 Dabei setzen wir uns, wo immer es möglich ist, für die Bevorzugung von freier und  
925 quelloffener Software und Open Data Lösungen ein. Gerade bei kritischen Infrastrukturen muss  
926 die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass es  
927 europäische Standards zur IT-Sicherheit ohne Hintertüren und innovative digitale Angebote  
928 "made in EU" gibt, beispielsweise Software zur Steuerung von Energie- und Wasserversorgung,  
929 Bahninfrastruktur oder auch Krankenhausinformationssystemen.

930 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben mitzudenken. Wir  
931 wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im legislativen Prozess  
932 berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen schneller und effizienter erbracht  
933 werden. Vor allem kann die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln  
934 – vom Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen Praxis  
935 handhabbar zu machen.

#### 936 **Künstliche Intelligenz europäisch gestalten**

937 Die Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine riesige Chance für  
938 viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und unseren  
939 Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag, Bildung und Wissenschaft, Verwaltung und  
940 Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können dabei helfen,  
941 den Einsatz von Wasser sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag  
942 erhöhen. Sie schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit.

943  
944 Gleichzeitig zeigen sich durch die rasanten Fortschritte von KI neue Risiken. Diese reichen  
945 von großflächigen Cyberattacken durch KI-unterstützte Schwachstellensuchen über die  
946 strukturelle Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen bis zu Risiken wie fehlerhaften  
947 Situationsbewertungen beim autonomen Fahren. Wir wollen KI nach unseren gemeinsamen Werten  
948 einsetzen, um einen effektiven Schutz der Menschenrechte und Gleichberechtigung zu  
949 gewährleisten. Wir unterstützen daher Forschung und Technologiefolgenabschätzung, die die  
950 Einführung dieser Technologie begleiten sollen, und setzen uns für eine Regulierung nicht  
951 nur auf europäischer sondern auch auf globaler Ebene ein. Wir unterstützen den Ansatz, KI-  
952 Anwendungen hinsichtlich ihres potenziellen Risikos zu regulieren und wo erforderlich die  
953 zugrundeliegenden Quelldaten transparent zu machen.

954  
955 Mit dem EU AI Act macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung, der weltweit  
956 wahrgenommen und genau beobachtet wird. Wir wollen die Potenziale von KI gestalten und  
957 nutzbar machen. Dafür benötigen wir neben Verfügbarkeit von Rechenkapazität auch  
958 Fachkräfteförderung, eine bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei  
959 Forschung und Transfer.

960 Neben der internationalen Etablierung von ökologischen IT-Standards wollen wir  
961 Nachhaltigkeitsstandards für Software-Designs entwickeln und implementieren, zudem wollen  
962 wir energieintensive Rechenzentren künftig klimaneutral betreiben. Für Software und  
963 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-Plattformen,  
964 Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke muss die EU  
965 Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Wir fordern einen Digital Sustainability Act auf EU-  
966 Ebene, um die Innovationskraft der Unternehmen in den Informationstechnologien stärker auf

967 Nachhaltigkeit auszurichten. Zudem wollen wir eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren in  
968 die europäische Energieinfrastruktur integrieren.

### 969 **Daten rechtebasiert nutzen**

970 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für zahlreiche  
971 innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von Daten leistet einen  
972 wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern und zahlreiche gesellschaftliche  
973 Probleme anzugehen sowie soziale und ökologische Innovationen zu fördern, Ressourcen zu  
974 schonen und die wissenschaftliche Forschung voranzubringen.

975 Wir wollen, dass Europa bei der Verfügbarkeit von Daten einen entscheidenden Schritt voran  
976 geht, da diese kritisch für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind. Das betrifft die Entwicklung  
977 von KI, den Erfolg europäischer KI-Modelle und unsere Innovationsfähigkeit insgesamt. Dafür  
978 wollen wir nicht-personenbezogene Daten rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich  
979 machen. Für den leichteren Zugang zu personenbezogenen Daten prüfen wir Verfahren zur  
980 Anonymisierung, Pseudonymisierung und die Möglichkeiten synthetischer Datengenerierung. Wir  
981 haben dazu beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem  
982 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der Datenstrategie umgesetzt  
983 wurde. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung ihre Daten in  
984 maschinenlesbaren Formaten veröffentlicht. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein  
985 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation  
986 vorangetrieben werden.

987 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den vergangenen  
988 Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung des Schutzes von  
989 personenbezogenen Daten gesetzt.

990 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings unterschiedlich. Während  
991 in Deutschland Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln  
992 gegenüber den internationalen Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso  
993 konsequent durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der  
994 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können, die für  
995 alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale Netzwerke und KI  
996 entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für eine einheitliche und  
997 konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund- und Bürger\*innen-Rechte wirksam zu  
998 schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine  
999 Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen. Die anstehende Evaluation der  
1000 DSGVO wollen wir nutzen, um die Regelungen bei gleichbleibendem Datenschutzniveau zu  
1001 vereinfachen und praxistauglicher zu machen, auch um den besonderen Bedürfnissen von KMU und  
1002 Start-Ups Rechnung zu tragen.

1003 Durch die Digitalisierung von Datenschutzvereinbarungen und einer automatisierten  
1004 Auskunftsmöglichkeit über erhobene personenbezogene Daten sehen wir weitere Potenziale,  
1005 Nutzer\*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die Umsetzung zu  
1006 vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Damit ermöglichen wir Nutzer\*innen  
1007 mehr Transparenz und Kontrolle über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Darüber  
1008 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger\*innen, ihre Daten für Forschungszwecke zu spenden  
1009 und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

### 1010 **Digitale Standards setzen**

1011 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher\*innen und Unternehmen das A und O einer  
1012 erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch gemeinsame Standards gefördert  
1013 und gewährleistet. Daher treten wir für faire, offene und resiliente digitale  
1014 Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk richtet sich auf die notwendige  
1015 Investitionssicherheit für europäische Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und

1016 verlässliche Regeln stellen innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche  
1017 Wirtschaftsräume sicher. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-  
1018 Gesetz (DMA) haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen  
1019 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

1020 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der Interoperabilität:  
1021 Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen. Interoperabilität bezeichnet  
1022 die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von Unternehmen, Behörden und  
1023 Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse abzuwickeln – vollautomatisch, ohne  
1024 manuelle Zuarbeiten oder Medienbrüche. Das erfordert die Standardisierung gemeinschaftlicher  
1025 Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden Anwendungsfall. Auf diese Weise können  
1026 Einzelpersonen, Firmen, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs)  
1027 gleichermaßen miteinander Transaktionen ausführen.

1028 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum Durchbruch verhelfen  
1029 kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der digitale Mobilfunk (GSM).  
1030 Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen, eröffnet damit Wirtschaftsräume und  
1031 milliardenschwere Märkte, die vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa  
1032 riesige Chancen bieten.

1033 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten  
1034 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen erarbeiten  
1035 Vertreter\*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die standardisierten IT-Schnittstellen  
1036 (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

1037 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. Willkürlichen Konsortien  
1038 internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso  
1039 für Entwickler\*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen.  
1040 Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr  
1041 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese  
1042 demokratische Governance zu wachen und für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen.  
1043 Diese Standards sollen frei verfügbar und ohne Lizenzgebühren nutzbar sein. Die EU kann  
1044 darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag  
1045 dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.

#### 1046 **Verbraucherschutz digitalisieren**

1047 Desinformation und Hass nehmen immer mehr Raum in digitalen Medien ein und gefährden das  
1048 soziale Miteinander. Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen in der  
1049 Gesellschaft und unserer Demokratie muss sich im Verbraucher\*innenschutz widerspiegeln. In  
1050 den vergangenen Jahren hat die EU hier bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem  
1051 DMA haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und  
1052 Wettbewerb wiederherzustellen. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko  
1053 bewerten, dass ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig  
1054 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler\*innen und NGOs  
1055 Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu erforschen und öffentlich zu  
1056 machen. Dabei sind gerade auch die werbe- und trackingbasierten Geschäftsmodelle auf den  
1057 Prüfstand zu stellen, deren Algorithmen bevorzugt emotionalisierende Inhalte zeigen, um  
1058 Nutzer\*innen an die jeweilige Plattform zu binden.

1059  
1060 Jetzt gilt es, den DSA und den DMA in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und  
1061 aufgrund der durch Datenzugänge gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum  
1062 Schutz von Verbraucher\*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;  
1063 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die Verbraucherschutzstellen  
1064 stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die Dominanz großer digitaler

1065 Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker kommt es in diesem Zusammenhang auch  
1066 zu Grundrechtsverletzungen dieser Plattformen, wenn Nutzer\*innen grundlos gesperrt werden.

1067  
1068 Ergänzend zu den Regeln des digitalen Verbraucherschutz ist auch die digitale Bildung ein  
1069 wichtiger Baustein, um die Rechte und die Teilhabe aller Bürger\*innen an der digitalen  
1070 gesellschaftlichen Debatte zu gewährleisten und ihre Informationskompetenz zu stärken.

1071 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten und  
1072 Verbraucher\*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss gewährleistet sein, dass  
1073 KMU ihre Produkte zu fairen Bedingungen online handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls  
1074 das Wettbewerbsrecht nachschärfen. Digitale Geschäftsmodelle müssen sparsam mit der Nutzung  
1075 personenbezogener Daten umgehen. Wir wollen die Rechte von Nutzer\*innen auf digitalen  
1076 Kommunikationsplattformen stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen  
1077 miteinander kommunizieren können, sodass Nutzer\*innen unterschiedlicher Dienste miteinander  
1078 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und verbessert,  
1079 damit Nutzer\*innen beim Verlassen von Plattformen darauf zurückgreifen können.

## 1080 **7. Kreislaufwirtschaft**

### 1081 **Ressourcenverbrauch und Rohstoffabhängigkeiten reduzieren**

1082 Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen trägt zu den ökologischen und sozialen  
1083 Krisen unserer Zeit bei. Wir werden uns daher auch auf europäischer und internationaler  
1084 Ebene für verbindliche Ressourcenschutzziele einsetzen, um den absoluten Ressourcenverbrauch  
1085 zu senken, damit unsere Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen kommt.

1086  
1087 Für eine klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir  
1088 Rohstoffe, denn sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach. Laut  
1089 Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an metallischen Rohstoffen allein  
1090 für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040 vervierfachen, um die Ziele des Pariser  
1091 Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des  
1092 Globalen Südens abgebaut – und in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien  
1093 weiterverarbeitet. Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu  
1094 75 bis 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die  
1095 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine Rohstoffquellen  
1096 diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Eine besonders wichtige Rolle  
1097 nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Wir  
1098 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für regelmäßige  
1099 und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um die Rohstoffsicherheit der  
1100 europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

1101 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für mehr  
1102 Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65 Prozent der  
1103 Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen dürfen. Unser Ansatz der  
1104 Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die Reduktion des Rohstoffverbrauchs und  
1105 die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper  
1106 Rohstoffe, die Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die  
1107 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der  
1108 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei ambitionierte  
1109 Nachhaltigkeitsziele verfolgt. Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir  
1110 zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine  
1111 Kreislaufwirtschaft und unter Einhaltung der Abfallhierarchie umsetzen. Dabei setzen wir auf  
1112 ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele, sowie mehr  
1113 Ecodesign statt Downcycling.

### 1114 **Zirkulär wirtschaften**

1115 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine  
1116 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir  
1117 machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das  
1118 Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft  
1119 verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast,  
1120 wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert  
1121 werden. Das beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine  
1122 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines „Designs for  
1123 Re-Use, Repair and Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie nun  
1124 auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere  
1125 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen den  
1126 gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch  
1127 die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Wir treten für eine  
1128 Kreislaufwirtschaft ein, die den Erhalt und die Sanierung des Gebäudebestands priorisiert,  
1129 die Wiederverwendung von Bauprodukten fördert und den Ausbau von digitalen Bauteilbörsen  
1130 unterstützt. Wir setzen auf ökologische und recycelte Bauprodukte, den digitalen Gebäudepass  
1131 und einen digitalen Baustoff- und Bauteilpass.

1132 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es einfacher und  
1133 günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So werden Ressourcen unnötig  
1134 verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren  
1135 verursacht. Für eine Gesellschaft ohne Müll wollen wir das Recht auf Reparatur stärken, eine  
1136 Pflicht zur Bereitstellung von Ersatzteilen einführen und die Zerstörung von Neuwaren  
1137 minimieren. Transparenz und Verlässlichkeit für Verbraucher\*innen durch einen Haltbarkeits-  
1138 und Reparaturindex etwa für Haushaltsgroßgeräte und längere Gewährleistungsfristen können  
1139 dabei zentrale Ansätze sein. Auch das Zerstören zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel  
1140 soll so bald ein Ende haben. Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten stärken, Produkte unter  
1141 sozialgerechten Rahmenbedingungen zu mieten und zu leihen.

1142  
1143 Wir wollen auf der EU-Textilstrategie aufbauen und eine kreislauffähige Textilproduktion mit  
1144 besserer Haltbarkeit, Reparaturmöglichkeit, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit  
1145 erreichen. Dafür wollen wir alternative Geschäftsmodelle wie Reparatur, Miet- und Sharing-  
1146 Dienste für Textilien fördern.

1147 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund lückenhafter  
1148 Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente Umsetzung der neuen  
1149 Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir wollen weltweit die  
1150 Plastikverschmutzung stoppen und setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in  
1151 Drittstaaten gänzlich beendet werden. Die EU soll bei den derzeit laufenden Verhandlungen  
1152 über ein globales Plastikabkommen für weltweit verbindliche Regeln für nachhaltiges  
1153 Produktdesign und zur Förderung von Plastikvermeidung, Mehrweg und Recycling eintreten.

1154 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz,  
1155 damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität auf unserem Kontinent effektiv  
1156 nutzen können. Dazu gehört auch der heimische Bergbau von knappen Rohstoffen und die  
1157 Stärkung der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass  
1158 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards  
1159 ambitioniert voranbringt. Den Abbau von Rohstoffen im Tagebau wollen wir möglichst  
1160 reduzieren.

1161 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern, Infrastrukturen,  
1162 aber auch in unseren Deponien und Halden liegen Rohstoffquellen, die wir bislang nicht  
1163 ausreichend erschlossen haben. Deshalb wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und  
1164 Weiternutzung von Rohstoffen durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen von

1165 digitalen Lösungen nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen  
1166 wir neue Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen  
1167 Primärrohstoffen.

1168 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit einführen und gegenüber Einwegverpackungen  
1169 Vorrang einräumen. Um die nationalen Sammelquoten für Batterien zu erreichen, wollen wir ein  
1170 europaweites Pfandsystem für Batterien schaffen. Eine Wiederverwendung hat dabei immer  
1171 Priorität vor dem Recycling. Die Verwendung von kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte  
1172 durch weniger kritische Mineralien ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von  
1173 Natrium-Ionen-Batterien. Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

#### 1174 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

1175 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten, setzen wir uns  
1176 für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf ab, neue und strategische  
1177 Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und bestehende Partnerschaften zu vertiefen.  
1178 Wir unterstützen internationale Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership  
1179 (MSP) und eine verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

1180 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern  
1181 weltweit vertiefen und diese dadurch bei der Um- und Durchsetzung der UN-  
1182 Nachhaltigkeitsziele und internationaler Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen  
1183 Kooperationsangebote nicht einseitig am europäischen Versorgungsinteresse ausrichten,  
1184 sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu  
1185 erhöhen. Wir wollen mit ihnen gemeinsam grüne Lieferketten der Zukunft aufbauen und die  
1186 Bevölkerung dadurch an den Gewinnen aus dem Ressourcenabbau beteiligen. Wir wollen Länder  
1187 bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere Finanzierungsinitiativen unterstützen  
1188 und in diesem Kontext auch den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

## 1189 **8. Moderne Mobilität**

### 1190 **Europas Verkehrswende voranbringen**

1191 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa klimafreundlich, barrierefrei, sicher  
1192 und bezahlbar mobil zu sein. Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch  
1193 preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. Dazu gehört, dass Menschen sich  
1194 auch ohne eigenen Personenkraftwagen komfortabel bewegen können. Damit das gelingt,  
1195 modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der  
1196 Infrastrukturunion. Für eine erfolgreiche Verkehrswende in ganz Europa brauchen wir  
1197 grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein  
1198 engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau der  
1199 E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr  
1200 und attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren. Dazu tragen  
1201 integrierte Stadtentwicklung und Raumplanung mit dem Konzept der kurzen Wege entscheidend  
1202 bei. Mit dem Instrument der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) wollen wir dies in  
1203 allen größeren Städten Europas voranbringen. Innovative Verkehrsmittel und neue  
1204 Mobilitätslösungen wie beispielsweise Seilbahnen oder autonom fahrenden ÖPNV wollen wir  
1205 unterstützen.

1206 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und selbstbestimmtes  
1207 Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf dem Land. Wir setzen uns dafür  
1208 ein, dass das europäische Bahnnetz weiter entwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen  
1209 Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr  
1210 (TEN-V) Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU  
1211 erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer  
1212 Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die  
1213 Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen

1214 wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte  
1215 Verkehre, an denen LKW-Ladungen auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den  
1216 umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger.  
1217 Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europatakt ausbauen.

1218 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb  
1219 Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver Ausbau des  
1220 barrierefreien  
1221 Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise,  
1222 eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der  
1223 Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne  
1224 Schlafwagen ein.

1225 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große  
1226 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung. Insbesondere das  
1227 industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale, ressourceneffiziente  
1228 Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb setzen wir uns für eine  
1229 europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung  
1230 der privaten und gewerblichen Nutzung von Cargobikes umfasst.

### 1231 **Tickets einfach buchen**

1232 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in  
1233 Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir  
1234 Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten  
1235 einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei  
1236 werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. Reisende  
1237 werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten, Fahrzeiten, zur  
1238 Barrierefreiheit sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die für sie  
1239 beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen  
1240 einfacher erfolgen.

1241 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten. Interrailtickets sollten  
1242 leichter reserviert werden können. Wir wollen zum unbeschwerten Reisen einladen und deshalb  
1243 die Fahrgastrechte stärken. Zum Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen  
1244 nächsten Zug oder Bus nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen  
1245 betrieben wird.

1246 Auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine konsequente Umsetzung des Open-  
1247 Data-Prinzips mit offenen Schnittstellen dafür sorgen, dass europaweit Mobilitätsangebote  
1248 für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination  
1249 verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon  
1250 profitieren. Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir  
1251 Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport  
1252 notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen.

1253 Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem  
1254 Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll  
1255 auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu  
1256 stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So  
1257 erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der  
1258 gesamten EU nutzen kann.

### 1259 **Antriebswende umsetzen**

1260 Für klimaneutrale Mobilität wollen wir umfassende Angebote gestalten: Ein attraktiver ÖPNV  
1261 ermöglicht eine Verkehrswende, und im Zusammenspiel mit integrierter Stadtplanung für

1262 kürzere Wege sogar eine Mobilitätswende. So ermöglichen wir komfortable Fortbewegung auch  
1263 ohne eigenes Auto mit zuverlässigen und kostengünstigen Angeboten für alle. Und für das  
1264 Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt,  
1265 dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele  
1266 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz  
1267 von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und  
1268 Luftverkehr. Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von  
1269 mangelnder Energieeffizienz, sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab.  
1270 Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.

1271 Die Automobilindustrie bietet als zentraler Industriezweig viele Arbeitsplätze. Wir wollen  
1272 die Industrie - und insbesondere die dort Beschäftigten - auf dem Weg zu klimaneutralen und  
1273 ressourceneffizienten Mobilitätsangeboten unterstützen. Die EU hat in einer historischen  
1274 Entscheidung beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu  
1275 zugelassen werden dürfen. Bis 2030 sollen Emissionen bei neuen PKW zudem gegenüber 2021 um  
1276 55% reduziert werden. Die CO<sub>2</sub> Reduktion der PKW Antriebe bis 2035 soll dabei konsequent und  
1277 noch ambitionierter als bislang beschränkt werden. Das ist gut für den Wirtschaftsstandort  
1278 Deutschland, den Klimaschutz und die Verbraucher\*innen. Nun wollen wir sicherstellen, dass  
1279 mit einem E-Auto ebenso problemlos zum nächsten Bahnhof wie in den Familienurlaub gefahren  
1280 werden kann. Den Grundstein für eine flächendeckende, intelligent vernetzte und effiziente  
1281 Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel haben wir bei der Reform der Verordnung über  
1282 alternative Kraftstoffe gelegt: In den nächsten Jahren werden ausreichend Ladepunkte für Pkw  
1283 und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet. Ladepunkte müssen ihre Preise  
1284 transparent ausweisen. Kund\*innen müssen einfach, transparent und ohne überhöhte  
1285 Roaminggebühren bezahlen können. Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie  
1286 leichter und noch energieeffizienter zu machen.

1287 Der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Straße bleibt, wird in Zukunft zu einem weit  
1288 überwiegenden Teil batterieelektrisch abgewickelt. Dazubraucht es den schnellen Ausbau der  
1289 Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen entlang der europäischen Fernstraßen, in den Depots und  
1290 Güterverteilzentren. Dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt und werden dies weiter tun.  
1291 Gleichzeitig braucht es eine effiziente Ertüchtigung der Netze, um sie für die neue Aufgabe  
1292 zukunftsfähig aufzustellen.

1293 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch  
1294 Effizienzstandards stärker an Kreislaufwirtschaft, sowie genereller Energie- und  
1295 Ressourceneffizienz orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller  
1296 schaffen, um leichtere und effizientere Lösungen anzubieten und Emissionen, beispielsweise  
1297 durch Reifen- und Bremsabrieb zu reduzieren. Mit verbraucher\*innenfreundlichen Informationen  
1298 über Gewicht und CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Fahrzeugen sorgen wir für mehr Transparenz und  
1299 erleichtern Kaufentscheidungen.

1300  
1301 Um den schweren Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die  
1302 Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin,  
1303 fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen  
1304 Energieversorgung in Häfen. Für Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer  
1305 klimaneutralen Landstromversorgung. So werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in  
1306 einer Generation der Vergangenheit angehören. Wir erarbeiten eine Europäische  
1307 Hafenstrategie, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Häfen sicherstellt  
1308 sowie die Resilienz des europäischen maritimen Standorts auch gegenüber ausländischen  
1309 Investoren stärkt, die den Erwerb und sonstige Kontrolle der europäischen maritimen  
1310 Infrastruktur im Blick haben. Die Hafenstrategie optimiert den Investitionsbedarf, stärkt  
1311 unseren Kontinent bei globalen Versorgungsketten und schützt vor zu viel Einfluss von

1312 autoritären Staaten. Wir benötigen sie zudem, um weitere ökologische Schäden durch  
1313 Standortwettbewerb um immer tiefere Fahrrinnen zu verhindern. Für eine gute  
1314 Hinterlandanbindung fördern wir Bahn und Binnenschifffahrt. Durch die Einbeziehung des  
1315 Schiffverkehrs in den EU-Emissionshandel, erreichen wir eine verbindliche  
1316 Emissionsminderung.

1317  
1318 Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen  
1319 Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen -  
1320 insbesondere für Kurzstrecken - bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die europaweite  
1321 Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in  
1322 Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich  
1323 dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht gegenüber  
1324 ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.

### 1325 **Verkehr sicher machen**

1326 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Sie hat das Ziel, dass es keine  
1327 Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten mehr gibt. Wir setzen uns für eine sichere  
1328 Verkehrsinfrastruktur für alle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen ein. Kommunale  
1329 Entscheidungshoheit über Tempo 30 innerorts sowie ein EU-weites Tempolimit auf  
1330 übergeordneten Straßen bleiben unser Ziel. Die freiwillige Nachrüstung von  
1331 Abbiegeassistenzsystemen in LkW wollen wir weiter fördern, um schnell eine möglichst  
1332 vollständige Abdeckung zu erreichen.

1333 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für ambitioniertere  
1334 Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und Motorräder wollen wir stärker  
1335 für die Gesundheit der Menschen in die Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU-  
1336 Umgebungslärmrichtlinie sowie quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für  
1337 die Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik anpassen.  
1338 Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die Gesundheitsbelastung der  
1339 Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt werden. Auch Stickoxide, (Ultra-  
1340 )Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für den Schutz der Gesundheit minimiert werden.  
1341 Die Luftreinhaltungsrichtlinie und die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte. Wir  
1342 streben zudem die Harmonisierung der europäischen Regeln für Umweltzonen an.

1343  
1344 Im unteren Luftraum müssen sich neue Mobilitätsformen daran messen lassen, welchen Nutzen  
1345 sie für die Gesellschaft haben. Wir setzen uns deshalb für Regelungen ein, die diese nur im  
1346 Einklang mit dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt und unter hohen  
1347 Sicherheitsanforderungen erlaubt. Das Recht der Kommunen, sich aktiv an der Planung und  
1348 Ausgestaltung von Lufträumen für den Drohnenbetrieb über ihrem Territorium zu beteiligen,  
1349 wollen wir stärken.

## 1350 **9. Intakte Natur**

### 1351 **Unsere Natur bewahren**

1352 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft, unser  
1353 Überleben hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie  
1354 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine entscheidende  
1355 Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der europäischen Lebensräume  
1356 – von den nahezu unberührten Wäldern Nord- und Südosteuropas, über unzählige Seen und  
1357 vielfältige Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser  
1358 Selbstverständnis als Europäer\*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent steht.

1359 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den vergangenen  
1360 Monaten große Durchbrüche erzielt:

1361 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) sowie die  
1362 Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das Abkommen der UN zum Schutz  
1363 der Biodiversität auf Hoher See sind historische Meilensteine. 30 Prozent der Land- und  
1364 Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen  
1365 sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und  
1366 Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und  
1367 dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für  
1368 die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und  
1369 auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich  
1370 besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals  
1371 verbindliche Regeln für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit  
1372 Meeresressourcen nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen  
1373 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige Wiederherstellung der  
1374 europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt verwirklichen: Eine deutlich  
1375 verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und  
1376 Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und  
1377 europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-  
1378 Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem umfassenden  
1379 Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den  
1380 Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige  
1381 Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht  
1382 verantwortbare Risiken, wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder  
1383 Arten durch gentechnische Methoden, ausgeschlossen werden.

1384  
1385 Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen  
1386 unterstützen wir die Reform der EU-Umweltstrafrechts-Richtlinie sowie die Ächtung von  
1387 schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des  
1388 internationalen Strafgerichtshofs. Gleichzeitig setzen wir uns in Deutschland und in der EU  
1389 dafür ein, eine weitere Versiegelung von Agrar-, Wald- und Naturböden europaweit schnell und  
1390 konsequent zu verringern mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft.

#### 1391 **Artenvielfalt retten**

1392 Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise - das rasante Artensterben - die zweite  
1393 globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Beide Krisen  
1394 bedingen einander. Wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit,  
1395 Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion sind bedroht.  
1396 Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die  
1397 Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen daher gemeinsam gedacht werden. Deshalb  
1398 verbinden wir die schnellere Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau von  
1399 Erneuerbaren Energien mit der Einhaltung höchster ökologischer Schutzstandards, insbesondere  
1400 der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie.

1401 Um Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den  
1402 natürlichen Klimaschutz fördern. Wir Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von  
1403 Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau,  
1404 der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz.

1405 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis ausreichend  
1406 wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen und ernsthafte  
1407 Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und Wäldern gehören die Ozeane  
1408 zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen.

1409 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier-  
1410 und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein

1411 unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger  
1412 Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und  
1413 um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten  
1414 und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen  
1415 und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der  
1416 Lebensgemeinschaften essentiell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität  
1417 berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe  
1418 Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und  
1419 erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der  
1420 fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen  
1421 Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung  
1422 vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa  
1423 wollen wir erhalten und 10% der Wälder Europas für eine natürliche Entwicklung  
1424 bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll  
1425 Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche  
1426 ökologische Mindeststandards für die Forstwirtschaft. Naturholz ist ein vielfältig  
1427 einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu  
1428 verbrennen. Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit und Hitze brauchen wir außerdem eine  
1429 europäische Waldbrandstrategie, die durch umfassende präventive Maßnahmen, naturnahe Wälder,  
1430 die Vermeidung von Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1431 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander  
1432 vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-  
1433 2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die  
1434 den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern  
1435 die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert.  
1436 Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt\*innen, Waldbesitzer\*innen  
1437 und Förster\*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt\*innen und Landbesitzer\*innen  
1438 sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den  
1439 Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale  
1440 Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge  
1441 sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen  
1442 wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für  
1443 kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.

1444 Das Montrealer Weltnaturabkommens wollen wir durch einen globalen Umsetzungsmechanismus mit  
1445 konkreten Instrumenten voranbringen. Das Ziel ist, die Natur auf 30% der Erdoberfläche  
1446 wirksam zu schützen und 30% der bereits beanspruchten Fläche zu renaturieren. Hierzu müssen  
1447 die von der EU zugesagten Finanzmittel rasch, wirksam und partnerorientiert eingesetzt  
1448 werden. Globale Biodiversitäts-Partnerschaften sollen umfassende Kooperationen zum Schutz  
1449 der Ökosysteme und der Renaturierung ermöglichen - auch zusammen mit zivilgesellschaftlichen  
1450 und kommunalen Akteuren.

### 1451 **Umwelt schützen**

1452 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die  
1453 dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie  
1454 belastet die Ökosysteme und unsere Gesundheit. Eine zentrale Rolle spielt dabei  
1455 Umweltbelastung durch Chemikalien und Plastikmüll. Wir wollen dafür sorgen, dass auch hier  
1456 die planetare Grenzen eingehalten werden. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den Blick  
1457 zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen sogenannte  
1458 Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS). Diese werden seit  
1459 Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern, Medizinprodukten, Textilien  
1460 oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und

1461 insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch  
1462 aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die  
1463 Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger  
1464 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden.  
1465 Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Produktion von wichtigen  
1466 Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich durch eine Forschungsoffensive  
1467 den Ersatz von PFAS auch in diesen Bereichen beschleunigen und die Forschung und Entwicklung  
1468 giftfreier Produktionsmethoden stärken. Dabei orientieren wir uns am neusten Stand der  
1469 wissenschaftlichen Erkenntnisse.

1470 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die Nachhaltigkeitsanforderungen  
1471 wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-, Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir  
1472 wollen deshalb bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von  
1473 Chemikalien (REACH-Regelung) schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines  
1474 umfassenderen Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von  
1475 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten berücksichtigt.  
1476 Außerdem braucht es wirksame Strategien, die umweltschädlichen Auswirkungen von Chemikalien  
1477 gemäß des Weltnaturabkommens bis 2030 zu halbieren. Um wichtige Umweltgüter besser zu  
1478 schützen, wollen wir die Umwelthaftungsrichtlinie verbessern und das Verursacherprinzip  
1479 umsetzen.

1480 Wir setzen uns in der EU für ambitionierte internationale Abkommen und Kooperationen ein, um  
1481 globale Verschmutzung und umweltbelastende Praktiken einzudämmen. Unser Ziel ist es, im  
1482 Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch ein internationales Chemikalienrecht zu etablieren, das  
1483 Risiken nach dem Vorsorgeprinzip berücksichtigt und die Produktion von nachweislich  
1484 schädlichen Substanzen reguliert. Den Export von in der EU verbotenen Pestiziden in andere  
1485 Länder lehnen wir ab.

1486  
1487 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich aufstellen.  
1488 Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für sichere und nachhaltige  
1489 Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act) zur Förderung des Markthochlaufs von  
1490 Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil unseres Programms für eine klimagerechte  
1491 Industriepolitik.

#### 1492 **Sauberes Wasser für alle**

1493 Mit der fortschreitenden Klimakrise nehmen auch in Europa extreme Dürren und  
1494 Starkregenereignisse deutlich zu.. Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20  
1495 Jahren 20 Prozent seiner Wasservorräte verloren, regional hat das zum Teil katastrophale  
1496 Folgen. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert,  
1497 sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den  
1498 natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im  
1499 Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser  
1500 für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung  
1501 klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer,  
1502 wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. Sauberes  
1503 Wasser erhalten wir auch, indem wir die Schadstofflast im Wasser etwa durch Quecksilber oder  
1504 PFAS reduzieren und das Verursacherprinzip bei den Einträgen von Schadstoffen und bei der  
1505 Abwasserreinigung weiter stärken. Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen  
1506 auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um  
1507 europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen und die Übernutzung von  
1508 Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu  
1509 verhindern.

1510 Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die

1511 europäische Klimaanpassungsstrategie aufstocken, inklusive eines europäischen  
1512 Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu  
1513 infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist  
1514 notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen.

1515 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem  
1516 naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse  
1517 reduzieren wir indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine  
1518 Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen  
1519 unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die  
1520 Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur  
1521 Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als  
1522 Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städten helfen Grünflächen, Bäume, und  
1523 Hausbegrünungen. Der Umbau zur Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die  
1524 Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die  
1525 Folgen der Klimakrise vor.

1526 Wir brauchen europaweite Kooperationen, klare Grenzwerte und Regeln die dafür sorgen, dass  
1527 länderübergreifende Wasserkrisen, wie an der Oder, zukünftig verhindert werden. Wir  
1528 verschreiben uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu  
1529 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Den geplanten Oderausbau zu  
1530 Verkehrszwecken wollen wir in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten verhindern, weil dieser  
1531 einen der letzten naturnahen und freifließenden Flüsse Europas gefährdet. Und wir setzen uns  
1532 für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder  
1533 landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein  
1534 Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.

1535 Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den  
1536 Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch  
1537 trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch Tröpfchenbewässerung, im  
1538 Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch  
1539 sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme,  
1540 Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb  
1541 Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des  
1542 Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.

#### 1543 **Tiere schützen**

1544 Wir ergreifen auch für Tiere konsequent Partei. Die Gesellschaft hat eine besondere  
1545 Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir wollen, dass Europa alle Tiere durch  
1546 konsequente und ambitionierte Gesetzgebung sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen  
1547 schützt. Denn Europäer\*innen wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen  
1548 Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein. Wir folgen diesem Wunsch und machen uns für  
1549 Tierschutz als EU-Gemeinschaftsziel, eine explizite politische Tierschutzzuständigkeit in  
1550 der EU-Kommission und EU-Fördergelder für Tierschutz stark. Wir fordern die Umsetzung der  
1551 Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf  
1552 dem europäischen Markt zu verbieten.

1553 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-Aktionsplans zur  
1554 Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Internationale Artenschutzabkommen, insbesondere  
1555 CITES und alle seine Anhänge, sind konsequent in der EU umzusetzen. Den kommerziellen  
1556 Wildtierhandel wollen wir effektiv unterbinden. Dabei sollen gezielte Forschungs- und  
1557 Artenschutzprogramme wissenschaftlicher Einrichtungen und sachkundiger Personen zu  
1558 nichtkommerziellen Zwecken hauptsächlich mit dem Ziel der Auswilderung ermöglicht und die  
1559 Haltung der Tiere verbessert werden. Der Import und Handel von illegal aus dem Herkunftsland

1560 exportierten Exemplaren soll unter Strafe gestellt werden. Wir sind für ein Einfuhrverbot von  
1561 Jagdtrophäen von Tierarten, die durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU-  
1562 Artenschutzverordnung geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. Tierheime  
1563 wollen wir unter anderem entlasten durch die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und  
1564 Katzen sowie eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Exoten. In Handelsabkommen  
1565 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein. Den Import von tierischen Produkten, bei  
1566 denen Bedingungen nach EU-Tierschutzstandard nicht nachgewiesen wurden, wollen wir beenden.  
1567 Wir wollen Tierschutz zu einem Ziel der nachhaltigen Entwicklung machen.

1568 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen erstellen, die die  
1569 Experimente an Tieren für Kosmetik konsequent, für Chemikalienprüfungen und Medizinprodukte  
1570 wo immer möglich beenden. Für Arzneimittelentwicklung und Grundlagenforschung soll die  
1571 Anzahl der Tierversuche reduziert werden. Tierversuchsfreier Bildungs- und  
1572 Ausbildungsinitiativen sollen gefördert werden. Die Entwicklung, Anerkennung und breite  
1573 Anwendung von tierfreien Methoden in der Praxis wollen wir verstärken und beschleunigen. Sie  
1574 sollen nach Anerkennung unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die Stelle  
1575 von Tierversuchen treten. Dort wo noch nicht vollständig auf Tierversuche verzichtet werden  
1576 kann, müssen sie für die Tiere so schonend wie möglich umgesetzt werden. Die in der EU  
1577 geltenden Standards sollen auch für Importe aus anderen Teilen der Welt gelten.

## 1578 **10. Eine starke Landwirtschaft**

### 1579 **Gemeinsame Agrarpolitik neu aufstellen**

1580 Landwirt\*innen versorgen uns in Europa mit einer Vielfalt an wertvollen Lebensmitteln.  
1581 Gleichzeitig prägt die Landwirtschaft unsere Kulturlandschaften, die Felder, Wiesen und  
1582 Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang  
1583 mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent\*innen wie der  
1584 Verbraucher\*innen.

1585 Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik an, bei der  
1586 konsequent Leistungen für das Gemeinwohl insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden,  
1587 Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche.  
1588 Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von  
1589 Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von  
1590 Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein,  
1591 Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort  
1592 arbeitenden Landwirt\*innen - gerade auch kleineren Betrieben - ankommen. Ein guter Ansatz  
1593 sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische  
1594 Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie z.B. Agroforstsysteme haben und mehrjährige  
1595 Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten. Tierschutzförderung sollte  
1596 verpflichtend von den Mitgliedsstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden, wir wollen  
1597 zusätzliche Anreize für extensive Weidehaltung schaffen. Ein sich weiter entwickelnder  
1598 Ökologischer Landbau soll das Leitbild der europäischen Agrarpolitik werden. Wir fordern  
1599 eine klare Ausrichtung an den Zielen der Farm to Fork-Strategie und des Nature Restoration  
1600 Law.

1601  
1602 Bei der Förderung ländlicher Räume wollen wir neben der notwendigen Infrastruktur für ein  
1603 gutes Leben und gesellschaftlichen Zusammenhalt den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau einer  
1604 dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionalen Wertschöpfungsketten sowie  
1605 die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und die Stärkung von  
1606 Erzeugergemeinschaften legen. Auch im Energiebereich gibt es noch neue Potentiale für mehr  
1607 Wertschöpfung z.B. durch Agri-Photovoltaik oder indem landwirtschaftliche Maschinen als  
1608 Stromspeicher in der Energiewende genutzt werden.

1609

1610 Angesichts der großen ökologischen Herausforderungen in der Landwirtschaft sind wir auch auf  
1611 weitere Innovation angewiesen. Die Digitalisierung kann helfen, die Landwirtschaft  
1612 nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise durch GPS-gesteuerte Hackgeräte oder bei der  
1613 Düngung. So können Düngemittel und Pestizide eingespart werden. Wir wollen dabei die Rechte  
1614 der Landwirt\*innen schützen, wenn es um die von ihnen erhobenen Daten und um den Zugang zu  
1615 der Software ihrer Maschinen geht („right to repair“).

1616 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der Landwirtschaft  
1617 tätigen Frauen und Männern, insbesondere auch Quereinsteiger\*innen und  
1618 Existenzgründer\*innen, eine Perspektive bietet, denn jeder Hof zählt. Indem wir regionale  
1619 Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller - auch digital durch Produktpässe und  
1620 Lieferkettenmonitoring - und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre  
1621 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Damit fördern wir auch lokale Vertriebswege für  
1622 Lebensmittel.

1623 Landwirt\*innen müssen gegenüber den Verarbeiter\*innen und dem Einzelhandel in der  
1624 Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann und muss einen  
1625 höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten und der Preise für die  
1626 Verbraucher\*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Regelungen ein, um  
1627 Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

#### 1628 **Gute Lebensmittel für alle**

1629 Essen ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Ernährung ist  
1630 maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine gute Ernährung  
1631 für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume,  
1632 denn die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und  
1633 regionale Identität.

1634 Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU kann  
1635 die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher\*innen schützen, indem sie für verlässliche  
1636 Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir setzen uns daher ein für  
1637 europaweite verbindliche Labels, um nachhaltige, regionale, und pflanzliche Ernährung zu  
1638 unterstützen. Eine verpflichtende Kennzeichnung zur Haltung der Tiere wollen wir im  
1639 europäischen Binnenmarkt einführen. Dagegen soll irreführenden Praktiken mit privaten  
1640 Labeln, die etwa für angeblich klimaneutrale Produkte werben, im Rahmen der EU-Green Claims  
1641 Verordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

1642  
1643 Mit einem EU-weiten Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf  
1644 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize setzen für eine  
1645 bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis Krankenhaus. Wir wollen ein  
1646 Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund und nachhaltig - nach dem Vorbild des  
1647 Planetary Health Ansatzes - zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen  
1648 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. Mit kontinuierlich steigenden  
1649 Bioanteilen aus regionaler Erzeugung in der Gemeinschaftsverpflegung werden verlässliche  
1650 Absatzmärkte für den Ökolandbau ausgebaut. So schaffen wir eine nachhaltige und gesunde  
1651 Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1652  
1653 Das Angebot pflanzlicher Produkte wollen wir vergrößern und leichter zugänglich machen und  
1654 die ernährungsbezogenen EU-Förderprogramme klimagerecht umstellen. Das ist auch wichtig zum  
1655 Erreichen der Klima- und Artenschutzziele. Deshalb verbessern wir die Rahmenbedingungen für  
1656 pflanzliche Lebensmittel unter anderem durch die Förderung von Forschung und  
1657 Markteinführung. Um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können, braucht die EU eine  
1658 Eiweißstrategie mit effizienten Zulassungsverfahren, die den Selbstversorgungsgrad bei  
1659 Gemüse, Nüssen und pflanzlichen sowie alternativen Proteinen erhöht. Die Erforschung und

1660 Entwicklung von modernen Fermentationsverfahren und Zellkultivierung unterstützen wir in  
1661 neuem Maße zur Entwicklung nachhaltiger Lebensmittel und für den Wirtschafts- und  
1662 Innovationsstandort Europa.

1663 Wir befürworten eine Landwirtschaft, die ressourcenschonend und naturverträglich arbeitet  
1664 und sich am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit,  
1665 Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden orientiert.

1666 Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen  
1667 gentechnischen Verfahren einerseits die Freiheit der Forschung gewährleisten und  
1668 andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließen. Auch neue  
1669 gentechnische Verfahren in der Landwirtschaft sollen hinsichtlich ihrer Chancen, Risiken und  
1670 Folgen erforscht werden. Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es  
1671 unabdingbar, dass Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können.  
1672 Es gilt, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip  
1673 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine  
1674 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche  
1675 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher\*innen  
1676 schützen. Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab. Damit sichern wir die Zukunft  
1677 besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1678

1679

1680

1681 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen  
1682 uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030  
1683 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und  
1684 Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um  
1685 verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbareit von Lebensmitteln zu liefern.

### 1686 **Landwirtschaft ökologisch gestalten**

1687 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu  
1688 sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken  
1689 widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen  
1690 Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO<sub>2</sub> zu  
1691 binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern  
1692 anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark  
1693 wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität,  
1694 Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft. Unser  
1695 Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent ökologischer Landwirtschaft zu erreichen  
1696 und diesen Anteil bis 2035 und darüber hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende  
1697 Betriebe erzielen in Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle  
1698 Betriebe. Das zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und  
1699 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür stärken.

1700 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens 30 Prozent  
1701 der Mittel, die für die landwirtschaftliche Forschung und die ländliche Entwicklung  
1702 ausgegeben werden, für die Weiterentwicklung und Förderung der Ökologisierung der  
1703 Landwirtschaft und innovativer Konzepte für die Bio-Wertschöpfungskette, ebenso wie für  
1704 ökologische Züchtungsforschung. Das EU-Biosiegel und seine Anwendung wollen wir verbessern -  
1705 etwa bei der Tierhaltung. Ökobetriebe sollen keine Doppelnachweise mehr führen müssen,  
1706 sondern auf Grund ihrer Umweltleistungen als "green per definition" gelten.

1707 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass Betriebe, die  
1708 gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU soll garantieren, dass

1709 alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es hergestellt wurde. Transparenz und  
1710 Wahlfreiheit müssen besonders bei gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln  
1711 sichergestellt werden. Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in  
1712 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern wir die  
1713 Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und Zuchtbetriebe.

1714 Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher  
1715 verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht  
1716 ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und  
1717 Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die  
1718 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer  
1719 Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die  
1720 Europäische Kommission, kämpfen wir weiter für ein schnellstmögliches Glyphosatverbot in  
1721 Europa.

1722 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von  
1723 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in Pestiziden  
1724 erlauben. Bei den Genehmigungsverfahren für Pestizide müssen die entscheidenden Behörden  
1725 unabhängiger von den antragstellenden Herstellern und ihren Angaben werden. Die Hersteller  
1726 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden ihre  
1727 Anträge prüfen. Außerdem müssen für weitere gefährdete Tiergruppen Risikoabschätzungen  
1728 entwickelt und berücksichtigt werden. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir  
1729 die Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund von  
1730 Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für die konsequente  
1731 Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die Pestizide in den Verkehr  
1732 bringen, für entstandene Schäden zum Beispiel im Grundwasser oder in der Biolandwirtschaft  
1733 haften.

#### 1734 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

1735 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und plötzlichem  
1736 Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von fossilen Düngern zurückfahren  
1737 und die Böden wieder zu Senken von CO<sub>2</sub> machen, ist die Landwirtschaft ein zentraler Teil des  
1738 natürlichen Klimaschutzes. Deshalb setzen wir uns für die Wiedervernässung von Moorböden,  
1739 Aufbau von Humus in Ackerböden und den Aufbau von Holzmasse in Agroforstsystemen ein – mit  
1740 stabilen Einkommensperspektiven für Landwirt\*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen  
1741 Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung leisten.

1742 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt\*innen zusammen. Uns ist wichtig,  
1743 dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen unterstützen wir  
1744 Landwirt\*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten Moorflächen (Paludikultur) und  
1745 fördern auch die Produktion von Rohstoffen für klimafreundliche Bau- und Dämmstoffe sowie  
1746 für die Erdenindustrie und den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen. Wir  
1747 wollen die Nutzung von wiedervernässten Moorböden im Rahmen der GAP fördern und  
1748 klimaschädliche Subventionen abbauen. Moore sind echte Klimaschützer, da hier deutlich mehr  
1749 Kohlenstoff gespeichert wird als im Ackerboden. Die Weidewirtschaft mit Mutterkuhhaltung  
1750 stellt eine der tierfreundlichsten Haltungsformen dar und leistet einen Beitrag zum  
1751 Artenschutz. Auch deshalb wollen wir sie stärker unterstützen.

1752  
1753 Agroforstsysteme, bei denen landwirtschaftlich beackerte oder beweidete Flächen mit Baum-  
1754 und Strauchbestand kombiniert wird, sind sowohl mit ökologischer als auch mit  
1755 konventioneller Landwirtschaft realisierbar. Sie haben eine wichtige Bedeutung für den  
1756 Klimaschutz, die Bodenfruchtbarkeit, den Wasserhaushalt und die Biodiversität und damit auf  
1757 die Entwicklung resilientere Ökosystem. Durch die Diversifizierung von Betriebszweigen  
1758 entsteht eine größere Einkommenssicherheit für Landwirt\*innen. Damit die vielen positiven

1759 Effekte realisiert werden können, wollen wir Hemmnisse abbauen, ihre Erforschung und eine  
1760 breitere Anwendung in der Praxis fördern und weiterentwickeln.

1761 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden  
1762 deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren  
1763 Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den  
1764 Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiressourcen und zum Schutz der  
1765 Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der  
1766 Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren  
1767 Grenzen eingehalten werden.. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und  
1768 Schleppnetzfisherei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten  
1769 Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.

### 1770 **Tiere gut halten**

1771 Wir wollen Tierhaltung so gestalten, dass Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen  
1772 respektiert und nachhaltig erzeugte, wertvolle Lebensmittel liefern kann. Ziel ist  
1773 schnellstmöglich eine flächengebundene Tierhaltung zu erreichen, dabei unterstützen wir die  
1774 landwirtschaftlichen Betriebe. Eine naturgemäße Weidehaltung sehen wir als integralen  
1775 Bestandteil unserer vielfältigen Landschaften. Die industrielle Tierhaltung dagegen schafft  
1776 großes Tierleid und gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die Gesundheit der Menschen:  
1777 zoonotische Erreger, multiresistente Keime, Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung,  
1778 Artenverlust, Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und zu hohe Klimagasemissionen –  
1779 wenn wir Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1780 Die Zahl der Tiere, die wir in der europäischen Landwirtschaft halten, muss sich zukünftig  
1781 am Klimaschutzabkommen von Paris orientieren. Deshalb wollen wir weniger Tiere halten, ihre  
1782 Haltungsbedingungen deutlich verbessern und die Züchtung stärker auf Tiergesundheit  
1783 ausrichten.

1784 Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher  
1785 europaweiter Tierschutzstandards bei Zucht, Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das  
1786 umfasst das Ende von Käfig- und Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen.  
1787 Entsprechend soll die Förderkulisse auf eine flächengebundene Tierhaltung ausgerichtet  
1788 werden und weide- und grünlandgebundene Haltung besonders unterstützt werden. Ziel ist es,  
1789 dass die Tiere erheblich mehr Platz sowie ganzjährig Außenzugang erhalten und nicht mehr auf  
1790 Vollspaltenböden stehen müssen. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von  
1791 Lebendtiertransporten, eine Begrenzung der Langstreckentransporte auf maximal acht Stunden  
1792 und ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten außerhalb des Schengenraums. Das stärkt  
1793 auch die lokale Verarbeitung. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle und  
1794 setzen uns für bessere, verbindliche Betäubungsmethoden, auch für Fische, Krebse, Hummer und  
1795 Tintenfische ein. Zudem wollen wir die Schlachtung im Herkunftsbetrieb ermöglichen, wenn ein  
1796 Befähigungsnachweis vorliegt und ein Tierarzt anwesend ist. Die Tötung von Küken gehört EU-  
1797 weit verboten.

1798 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz in der  
1799 landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr Antibiotika an gesunde  
1800 Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch  
1801 reduzieren, um die Entstehung multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten  
1802 gesundheitlichen Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine  
1803 Umstellung auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die Einschränkung  
1804 der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker Einzeltiere. Reserveantibiotika  
1805 sollen der Humanmedizin vorbehalten sein. In der Tierzucht wollen wir die künstliche  
1806 Stimulierung durch Hormone aus Pferdeblut beenden.

## Beschluss (vorläufig)

Was uns schützt.

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 25.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-WS Was uns schützt.

### Antragstext

1 Antrag für das gesamte Kapitel: Nach Beschlusslage in geschlechtergerechte Sprache  
2 umformulieren.

3  
4 Liebe Wählerinnen und Wähler,

5 am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das erhalten,  
6 was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als unseren  
7 Frieden und Wohlstand. Das ist Grundlage für den sozialen und gesellschaftlichen  
8 Zusammenhalt in einem geeinten Europa.

#### 9 **Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden schafft**

10 Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen Jahrzehnten  
11 Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen und  
12 Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
13 Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

14 Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

15 Die Idee der Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz  
16 und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich.  
17 Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

18 Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Frieden und  
19 Freiheit zu leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein  
20 und zu bleiben. Er richtet sich aber auch gegen international verankerte europäische Werte,  
21 wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen  
22 Schutz die Europäische Union für uns alle bedeutet. Um diesen Schutz zu bewahren, gilt es  
23 diese Werte auch in der Europäischen Union täglich zu verteidigen. Das heißt auch: eine  
24 klare Absage an antidemokratische, nationalistische und rechtsextreme Kräfte zu erteilen.

25 In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein  
26 starkes und geeintes Europa die Sicherheit und den Wohlstand bieten, nach der sich so viele  
27 Menschen sehnen, und als globaler Akteur Verantwortung übernehmen. Wenn wir Freiheit,  
28 Demokratie und Menschenrechte nach innen stärken, kann die Europäische Union sie auch nach  
29 außen als fairer und verantwortlicher Partner in der Weltgemeinschaft überzeugend vertreten.  
30 Wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die der Europäischen  
31 Union erst an.

32 Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es  
33 stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um Freiheit  
34 zu wahren.

## 35 **Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand für alle** 36 **mehrt**

37 Frieden und Wohlstand sind in der europäischen Idee untrennbar miteinander verbunden. Mehr  
38 noch, ihre Verknüpfung war Ausgangspunkt der europäischen Einigung: Die Interessen der  
39 einzelnen Staaten sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht  
40 nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ werde.

41 Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung entstand eine  
42 politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und  
43 Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der unverzichtbaren Ergänzung  
44 wirtschaftlicher Einigung.

45 Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der Welt, soziale  
46 Ungerechtigkeit, der technologische Wandel und die Klimakrise als Katalysator all dessen:  
47 Sie stellen uns und unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue  
48 Herausforderungen. Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu  
49 erhalten. Wir definieren Wohlstand anhand Gerechtigkeit, Klimaneutralität, Lebensqualität  
50 und Vorsorge. Das ist das Fundament für die persönliche finanzielle Sicherheit und ein Leben  
51 in Würde. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der  
52 nächsten Jahrzehnte entstehen, soziale Sicherheit schaffen und dabei unsere natürlichen  
53 Lebensgrundlagen bewahren. Damit lassen wir das Versprechen des Wohlstandes für alle  
54 Europäer\*innen Wirklichkeit werden.

55 Europa zu stärken und das Klima zu schützen, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren  
56 Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit zu schützen und zu mehren.

57 Wir wollen eine Infrastrukturunion schaffen: aus Solaranlagen und Windparks, aus  
58 Wasserstoffnetzen und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aber auch aus  
59 modernen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen – aus Institutionen also und Standards,  
60 die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen, für Verbraucherschutz und faire Löhne,  
61 gegen Willkür und Ausbeutung. Eine Infrastrukturunion, die uns in Europa enger und  
62 nachhaltiger verbindet, so unseren Zusammenhalt stärkt, Innovation und Fortschritt  
63 ermöglicht. Wir wollen Europa ganz wörtlich verbinden.

64 Die Klimakrise ist global und muss auch global gelöst werden. In einer Zeit, in der  
65 insbesondere China und die USA endlich massiv in die klimaneutrale Modernisierung ihrer  
66 Wirtschaft investieren, brauchen wir eine ebenso gestaltende, strategische europäische  
67 Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb besteht und  
68 zum ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort wird. Für eine solche Politik brauchen wir  
69 Investitionen, die sich aber auszahlen. Wenn wir sozial und ökologisch das Klima schützen,  
70 schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und sicheren Wohlstand.

71 Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab: Sie  
72 reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige Schutz- und  
73 Beteiligungsstandards aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die  
74 Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert. Dabei  
75 helfen Digitalisierung, die dem Menschen dient und die Vereinheitlichung der Regelungen und  
76 Standards verschiedener Ebenen und Staaten, wie es auch die Europäischen Union möglich  
77 macht.

78 Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der Zukunft  
79 sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach-

80 und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren Wohlstand nicht  
81 nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt: in der  
82 Breite der Gesellschaft. Diesen Anspruch verfolgen wir.

83 Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen und weniger Ressourcen  
84 verbrauchen, schützen wir unsere vielleicht kritischste Infrastruktur: unsere Umwelt und  
85 unser Klima, unsere Artenvielfalt und vielfältige Natur, von der wir ein Teil sind. Die  
86 Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer  
87 drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter wie Hitzewellen und Überschwemmungen haben  
88 Leben gekostet, Häuser und Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört. Das Artensterben  
89 und die Verschmutzung der Natur gefährden die Ökosysteme, auf die wir unmittelbar angewiesen  
90 sind. Es liegt auch in unserem ureigensten Interesse, diesen Trend zu stoppen: Deswegen  
91 wollen wir das Klima schützen, uns aber auch vor den veränderten klimatischen Bedingungen  
92 schützen und daran anpassen. Mit dem „European Green Deal“ sind wir wichtige Schritte in  
93 diese Richtung gegangen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

94 Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien und rasche  
95 Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung unserer  
96 Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für seine  
97 Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

98 Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

## 99 **Der Weg dorthin: Haltung und Verantwortung**

100 Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für  
101 eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die  
102 zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten gibt.

103 Was uns Kraft gibt, sind die Erfolge der letzten Legislaturperiode. Der Corona- und  
104 Energiekrise sind wir mit europäischer Solidarität begegnet. Europäischer Klimaschutz ist  
105 auf dem Weg Richtung Pariser Klimaziele eingeschwenkt - dank des Ausbaus der Erneuerbaren  
106 und zum Beispiel dem Verbrenneraus. Und Große Digital-Konzerne folgen jetzt demokratischen  
107 Regeln.

108 Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen  
109 Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen. Wir wollen  
110 Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein könnte.

111 Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch  
112 gemeinsam vorankommen. Verantwortung, die ernst gemeint ist, bedeutet immer auch Kompromiss.  
113 Dabei haben wir unsere klaren Werte als Stärke und Orientierung im Rücken, sie sind unsere  
114 Leitplanken. Eines ist dabei klar: Menschenrechte gelten uneingeschränkt und sind  
115 unverhandelbar. Gleichzeitig war europäischer Fortschritt gerade in einem Europa der  
116 Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß.  
117 Wer aber deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht  
118 darum, Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der  
119 nimmt in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

120 Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die Fähigkeit des  
121 Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu verteidigen.  
122 Die EU mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie bleibt der  
123 Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit. Wenn wir heute vor gleich mehreren  
124 Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren Gleichzeitigkeit und Größe  
125 auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen und Europäer: Die Antwort  
126 wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

127

128 Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Erfolg hat keine politische  
129 Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in Deutschland und Europa lebenswerter  
130 macht. Was uns gemeinsam stärker macht. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Was auch Sie  
131 schützt. Für eine solche Politik treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Wettbewerb um die  
132 besten Ideen. Eine solche Politik ist unser Angebot an Sie.

133

134 Für diesen Weg bitten wir Sie um Ihr Vertrauen: Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.